

Z 6 - j / 2004

Niedersachsen-Monitor 2004

Impressum

Herausgeber: Niedersächsisches Landesamt für Statistik (NLS)

Redaktion: Prof. Lothar Eichhorn (NLS)
E-mail: lothar.eichhorn@nls.niedersachsen.de

Autoren: Prof. Lothar Eichhorn (NLS), Dr. Dirk Soyka (NLS),
Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Zu beziehen durch: NLS - Schriftenvertrieb -,
Postfach 910764, 30427 Hannover
Dienstgebäude: Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover

Tel. (05 11) 98 98 - 31 66/- 31 64, Fax - 41 33
E-mail: vertrieb@nls.niedersachsen.de
Internet: www.nls.niedersachsen.de

Preis: 7,50 €
Erschienen im November 2004
ISSN 1432-5756

© Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Hannover 2004. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



Inhalt

Seite

Textteil I und Schaubilder

Einführung.....	6
Bevölkerung.....	8
Erwerbstätigkeit.....	11
Wirtschaft und Einkommen.....	16
Innovation.....	21
Humanpotenzial.....	26
Finanzen	27
Soziale Probleme, Sicherheit.....	30
Fazit.....	33

Tabellenteil

Bevölkerung.....	36
Erwerbstätigkeit.....	38
Wirtschaft und Einkommen.....	40
Innovation.....	45
Humanpotenzial.....	47
Finanzen	48
Soziale Probleme, Sicherheit.....	50

Textteil II

Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik Fortschrittsbericht (Kurzfassung), September 2004.....	54
---	----

Zeichenerklärung:

- = Nichts vorhanden.
- = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu.
- ... = Angabe ist noch nicht vorhanden.

Textteil I und Schaubilder



Einführung

Seit dem Jahr 1998 legt das Niedersächsische Landesamt für Statistik (NLS) jährlich im Herbst einen umfassenden Ländervergleich, den *Niedersachsen-Monitor* vor. Die Ausgabe 2004 besteht wie die früheren Ausgaben aus zwei Teilen:

- Der erste Teil des *Monitors* stellt kurz- und mittelfristige Entwicklungen und aktuelle Strukturen im Vergleich der 16 Bundesländer dar. Die Auswahl hochverdichteter Indikatoren wird so vorgenommen, dass der Ländervergleich und damit eine Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen einerseits aktuell, andererseits umfassend möglich ist. Dargestellt werden die Bereiche Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Wirtschaft, Humanpotenzial, Innovation, Finanzen und Soziales.
- Der zweite Teil des *Monitors* besteht aus einer vertiefenden Darstellung eines bestimmten Problemgebietes. Im Laufe der Jahre hat es dabei unterschiedliche Themenschwerpunkte gegeben. In diesem Jahr wird über den „Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik“ berichtet.

Der Masterplan enthält miteinander abgestimmte Reformprojekte der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die insgesamt darauf abzielen, die amtliche Statistik Deutschlands leistungsfähiger und auch kostengünstiger zu machen. Im Fortschrittsbericht vom September 2004 heißt es dazu: *„Im Jahr 2003 haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die wesentlichen Grundlagen und Ziele als ‚Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik‘ formuliert, mit denen die Zukunft der amtlichen Statistik in Deutschland unter Beachtung der föderalen Struktur für die Zukunft gestaltet werden soll. Im Vordergrund stand dabei die Zielsetzung, die Wirtschaftlichkeit des statistischen Systems zu verbessern und gleichzeitig durch Entlastung der Befragten die Akzeptanz zu erhöhen.“*

Als maßgebliche Ausgangsgrundlage dienten sowohl für diesen Bericht wie auch für die im Oktober 2003 von den Amtsleiterinnen und Amtsleitern beschlossenen Ziele zur Fortschreibung und Umsetzung des Masterplans die Empfehlungen von zwölf Rechnungshöfen, die hierzu gefassten Beschlüsse der Statistikressorts des Bundes und der Länder, des Arbeitskreises I der Innenministerkonferenz, die Beschlüsse des Bund-Länder Ausschusses Statistik der Wirtschaftsminister des Bundes und der Länder, der Wirtschaftsministerkonferenz sowie teilweise schon weiter zurückliegende Beschlüsse des statistischen Beirates. Außerdem hat das Positionspapier des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Eingang in den Fortschrittsbericht gefunden.

Während die ersten Berichte jeweils als Arbeitspapier für weitergehende Beratungen in den Fachgremien zu einzelnen Teilprojekten erstellt worden sind, soll mit diesem Fortschrittsbericht eine Gesamtübersicht über den inzwischen erreichten Stand der Projekte gegeben werden. Im November 2003 hat die Innenministerkonferenz einem Bericht des Arbeitskreises I der Innenministerkonferenz zugestimmt, der mit den Inhalten des Masterplans weitgehend übereinstimmt. Die Innenministerkonferenz hat den Auftrag erteilt, bis zu ihrer Herbstsitzung 2004 einen umfassenden Fortschrittsbericht vorzulegen.“

Die Kurzfassung des umfangreichen Fortschrittsberichts wird auf den Seiten 54 bis 58 dokumentiert.

Grundkonzept des Ländervergleichs im *Niedersachsen-Monitor*

Der Ländervergleich ist im Kern eine Sammlung von derzeit 46 nach Sachgebieten geordneten Tabellen, die durch statistische Schaubilder (Balkendiagramme) illustriert und in einem begleitenden Text kommentiert werden. Die Tabellen sind nach einem bestimmten einheitlichen Bauplan konstruiert:

Ländervergleich: Es werden die Daten aller 16 Länder sowie natürlich das Deutschland-Ergebnis dargestellt. Die niedersächsische Entwicklung, um die es in erster Linie geht, wird überwiegend am Bundestrend gemessen. Das Landes- und das Bundesergebnis werden in den Tabellen darum optisch herausgehoben.

West- und Ostdeutschland: Auch im Jahre 13 nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands verläuft die wichtigste regionale Scheidelinie der Nation immer noch zwischen Ost und West. Als „Ostdeutschland“ werden die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zusammengefasst. Die 10 Länder der „alten Bundesrepublik“ werden unter „Westdeutschland“ subsumiert.

Kurz- und mittelfristiger Zeitvergleich, Aktualität: Alle Tabellen enthalten den aktuellsten zur Verfügung stehenden Jahres- bzw. Stichtagswert sowie im Vergleich dazu a) das Vorjahresergebnis und b) den Datenstand fünf Jahre zuvor. Auf einen Blick wird so im Zeit- und Regionalvergleich die kurz- und mittelfristige Entwicklung der Länder sichtbar. Am aktuellen Rand beziehen sich die Nachweisungen meist auf das Jahr 2003, das ältere Vergleichsjahr ist entsprechend zumeist 1998. Aus dem Bemühen um Aktualität einerseits, Vollständigkeit anderer-

seits resultiert der Erscheinungstermin des *Monitors* im Herbst, weil erst dann die Masse der benötigten Daten sicher vorliegt. Wenn für 2003 noch keine Daten vorhanden waren, wird ersatzweise 2002 dargestellt. Bei den stets sehr aktuellen Arbeitslosenstatistiken werden Daten für das laufende Jahr 2004 herangezogen. Alle Daten des *Monitors* stammen aus jedermann zugänglichen öffentlichen Quellen, zumeist aus amtlichen Veröffentlichungen. Soweit möglich, handelt es sich um endgültige Ergebnisse.

Verwendung von Beziehungszahlen, Quoten und Veränderungsraten: Die absoluten Zahlen sind meist für eine Analyse nicht geeignet. Oft sind sie viel zu groß, um sie im Kopf behalten zu können, und sowieso erhalten Zahlen erst im Vergleich mit anderen Zahlen – anderer Länder, anderer Zeiten – einen Aussagewert. Dabei müssen sie oft standardisiert werden: So ist z.B. die Aussage, dass es in Nordrhein-Westfalen mehr Arbeitslose gibt als im Saarland, völlig trivial, denn dies ergibt sich schon aus der unterschiedlichen Größe der Länder. Durch Verwendung von *Quoten* (z.B. der Arbeitslosenquote), *Beziehungszahlen* (z.B. Ehescheidungen je 10 000 Einwohner) und prozentuellen *Veränderungsraten* (z.B. Wirtschaftswachstum) gegenüber dem Vorjahr und dem Stand vor fünf Jahren wird die regionale Vergleichbarkeit hergestellt.

Laufende Anpassung des Tabellenprogramms

Gegenüber der letzten Ausgabe 2003 ist das Tabellenprogramm unverändert geblieben. Im Laufe der Zeit hat sich – immer in Reaktion auf Wünsche von Kunden, die ihren Datenbedarf äußerten – das Tabellenprogramm von 35 auf jetzt 46 Tabellen erweitert. Auch die ursprüngliche Auswahl der 35 Tabellen im Jahre 1998 erfolgte nach einer intensiven Befragung von Nutzern aus Politik, Verwaltung, öffentlichem Leben und Wissenschaftlern. Ein wichtiger Entwicklungsschritt vollzog sich im Jahr 2000, als eine Publikation des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums komplett in den *Monitor* integriert wurde.

In diesem Jahr wurden drei Veränderungen vorgenommen:

- Eine kleinere konzeptionelle Innovation betrifft die Tabelle 25 (Verdienste der weiblichen Arbeitnehmer): Um das Niveau und die Entwicklung der geschlechtsspezifischen Verdienstunterschiede noch schärfer herauszuarbeiten, wird der Abstand der Frauenverdienste nicht mehr wie bisher am Durchschnitt aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern am *Durchschnitt der Männer* gemessen. Dadurch treten die Differenzen und ihre Entwicklung um einiges schärfer hervor.
- Die illustrierenden Balkendiagramme, die Strukturen oder Entwicklungen der 16 Länder im Vergleich zeigen, werden so gestaltet, dass sowohl Strukturen als auch Entwicklungen sichtbar werden, also z.B. die Höhe der Arbeitslosenquoten *und* die Zu- oder Abnahme der Arbeitslosigkeit.
- In den kommentierenden Text werden an einigen Stellen *Streudiagramme* aufgenommen, so z.B. auf S. 25. Jeder Punkt in diesen Diagrammen steht für ein Bundesland. Dargestellt werden z.B. die Höhe der Patentanmeldungsintensität auf der x- und das mittelfristige Wirtschaftswachstum auf der y-Achse des Diagramms. Die jeweiligen Bundesdurchschnitte unterteilen das Diagramm in 4 Quadranten. In einem dieser Quadranten, in diesem Fall oben rechts, versammeln sich alle Länder, die ein überdurchschnittliches Wachstum und eine überdurchschnittliche Patentanmeldungsintensität aufweisen. Im Quadranten unten links stehen die Länder, die in beiden Werten unterdurchschnittlich sind. Liegen die 16 Punkte annähernd auf einer Linie, so lassen sich Korrelationen vermuten. Diese Streudiagramme sind einfache Hilfsmittel einer bivariaten Datenanalyse, weil Zusammenhänge von zwei Variablen schnell erkennbar sind.



Bevölkerung

Bevölkerungswachstum Niedersachsens überdurchschnittlich, wird aber schwächer

Die Einwohnerzahl Niedersachsens wuchs im Jahr 2003 noch einmal um knapp 13 000 Menschen bzw. + 0,2 %. Die Bevölkerung des Landes lag am Jahresende 2003 bei 7 993 415 Einwohnern und hatte sich damit weiter der 8 Millionen-Grenze genähert (vgl. Tab. 1). Im Fünfjahresvergleich mit 1998 kann man eine Zunahme von + 1,6 % beobachten.

Ein Plus von + 0,2 % ist im Regionalvergleich relativ viel und im Zeitvergleich relativ wenig: Deutschlands Bevölkerungszahl ging im Jahr 2003 leicht zurück (- 0,0 % bzw. - 5 009 Einwohner), wobei sich diese Entwicklung aus einer Abnahme in Ostdeutschland von - 0,6 % und einem Plus in Westdeutschland von + 0,1 % zusammensetzte. Im Zeitvergleich aber wird bereits eine Abschwächung des Wachstumstempos sichtbar.

Im mittelfristigen Fünfjahresvergleich wird ein hoher Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sichtbar: Besonders hohes Bevölkerungswachstum haben die wirtschaftlich erfolgreichen Südländer Bayern (+ 2,8 %) und Baden-Württemberg (+ 2,6 %) sowie Hamburg (+ 2,0 %), dazwischen Schleswig-Holstein (2,1 %). Niedersachsen liegt mit + 1,6 % auf Platz 5 der Bundesländer, im Schnitt der westdeutschen Länder und klar über dem Deutschlandwert von + 0,6 %. Umgekehrt weisen die mit wirtschaftlichen Problemen kämpfenden Länder Ostdeutschlands zum Teil heftige Bevölkerungsrückgänge von - 5,7 % (Sachsen-Anhalt), - 3,7 % (Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen) und - 3,6 % (Thüringen) auf.

Starker Rückgang der Geburten

2003 wurden in Niedersachsen nur noch 70 563 Kinder geboren (Tab. 2). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um - 2 631 bzw. - 3,6 %. Damit erhöhte sich der Negativsaldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Tab. 3). Man muss bis ins Jahr 1985 zurückgehen, um einen höheren Sterbeüberschuss als den von 14 773 Menschen im Jahr 2003 zu finden.

Für den Regionalvergleich muss man mit einem mit der Bevölkerungszahl standardisierten Indikator arbeiten: „Geborene je 1 000 Einwohner“. Dieser Wert lag in Niedersachsen 2003 bei 8,8 und damit noch knapp über dem Deutschlandwert von 8,6, befindet sich aber erstmals unter dem Schnitt der westdeutschen Länder (8,9). Wiederum weisen Baden-Württemberg und Bayern sowie Hamburg (Platz 1 mit 9,2!) die höchsten Werte auf. Nie-

sachsen liegt, zusammen mit Nordrhein-Westfalen, auf Platz 5 der Länder. Wie bereits 2002 war Baden-Württemberg auch 2003 das einzige Land, das noch einen – wenn auch kleinen – Geburtenüberschuss aufwies.

Der Ost-West-Strukturbruch schwächt sich hier allmählich ab, ist aber immer noch krass: Während in den westdeutschen Ländern im Fünfjahresvergleich die Geburtenhäufigkeit von 10,3 auf 8,9 zurückgeht, steigt sie in Ostdeutschland von 7,1 auf 7,4.

Bedenklich ist die mittelfristige Entwicklung der Geburtenhäufigkeit in Niedersachsen. Verglichen mit 1998 ging die Geburtenzahl im Lande bis 2003 um - 14,2 % zurück. Nur noch das Saarland hat eine noch höhere Abnahmerate. War die Geburtenhäufigkeit im Lande 1998 noch klar überdurchschnittlich, so ist sie 2003 im Vergleich der westdeutschen Länder sogar unter dem Durchschnitt.

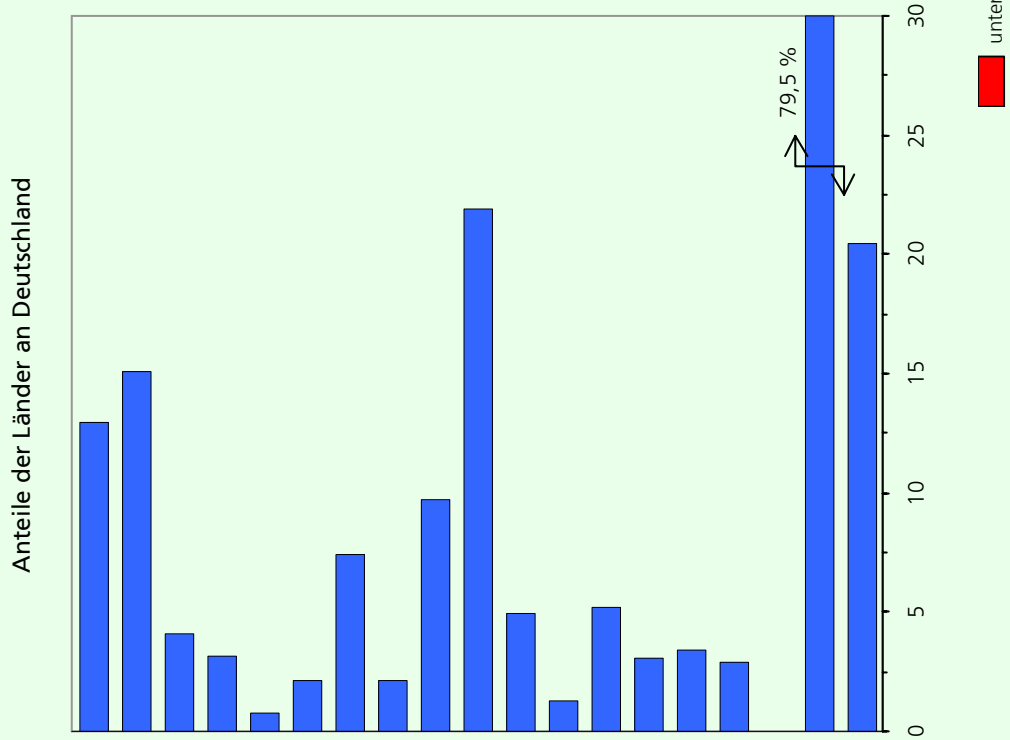
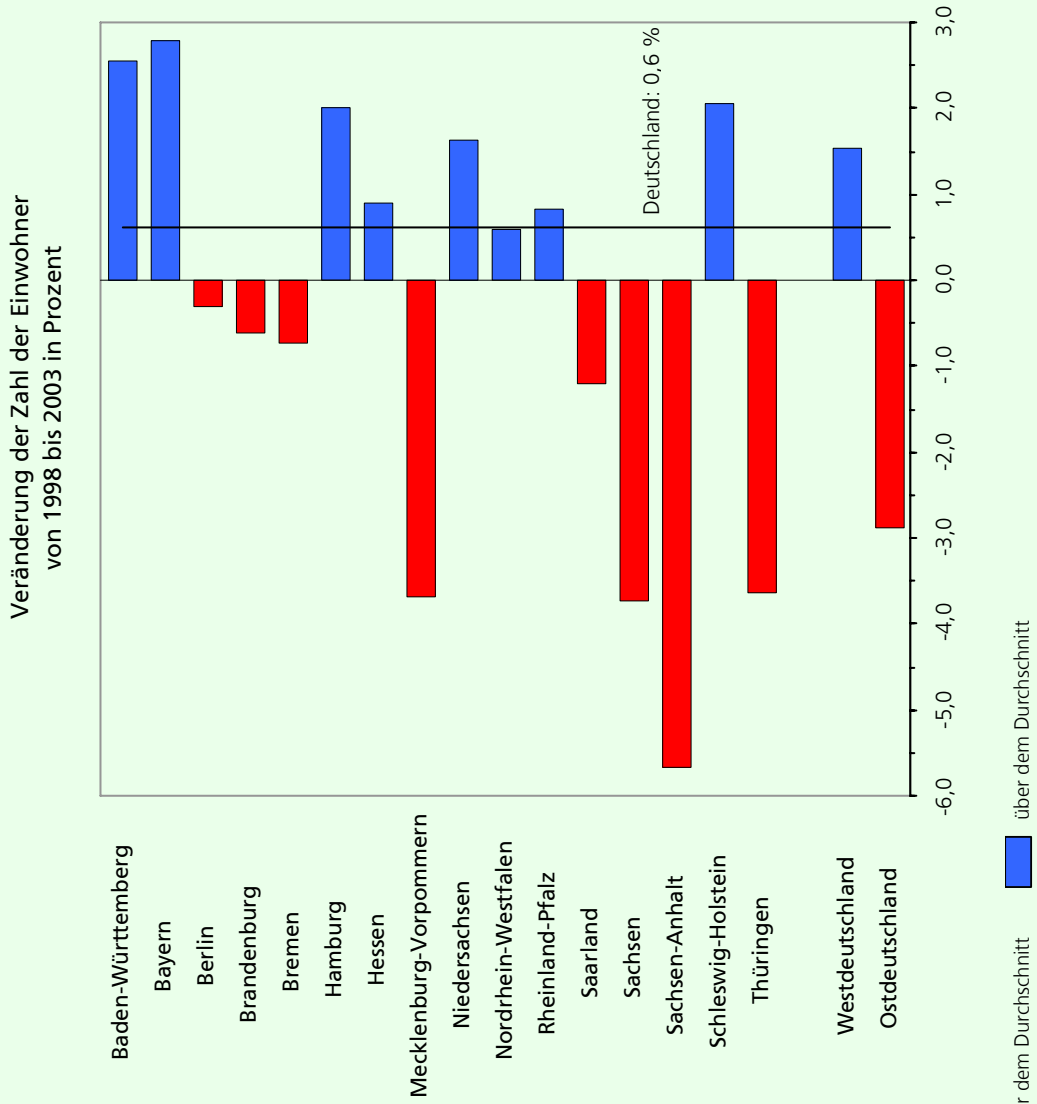
Positiver Wanderungssaldo sorgt noch für Bevölkerungswachstum

Das Bevölkerungswachstum des vergangenen Jahres von ca. 13 000 Personen erklärt sich beim gleichzeitigen Geburtendefizit von ca. 15 000 ausschließlich durch einen nach wie vor positiven Wanderungssaldo von knapp + 28 000 (Tab. 4). Der absoluten Höhe nach befindet sich dieser Positivsaldo im Länderranking auf Platz 4. Pro 1 000 Einwohner gerechnet, liegt der Saldo 2003 bei 3,5 und damit deutlich höher als bundesweit (+ 1,7) und auch im Schnitt der westdeutschen Länder (+ 2,8). Verglichen mit dem Vorjahr, hat der Bevölkerungsgewinn durch Zuwanderung stark abgenommen.

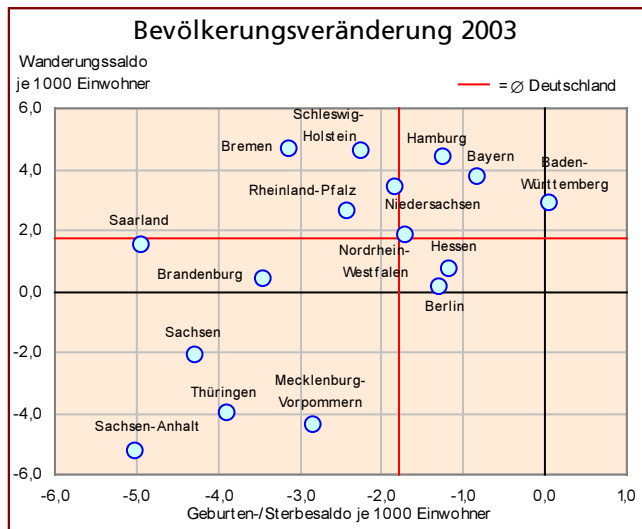
Im Ländervergleich zeigt sich, dass – bezogen auf die Bevölkerung – relativ hohe Wanderungssalden in den Stadtstaaten Bremen (Platz 1 mit 4,7) und Hamburg, in Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie in Bayern und Baden-Württemberg auftreten. Auch Berlin weist einen leichten Gewinn auf. Nach wie vor verlieren die Stadtstaaten also durch Abwanderung Einwohner an ihr jeweiliges Umland. Sie gleichen das derzeit aber mehr als aus durch Zuwanderung, die auf ihre Attraktivität als Ausbildungs- und Wirtschaftsstandort zurückgeht.

Die Wanderungsbewegung ist nach wie vor durch den dominierenden Ost-West-Strukturbruch bestimmt, wenngleich sich dieser auch – wie bei den Geburten – leicht abschwächt. Per saldo verloren die Ostländer im vergangenen Jahr durch Abwanderung ca. 38 000 Einwohner, während die Westländer gut 183 000 gewannen. Das Defizit des Ostens nimmt verglichen mit 2002 ab, stärker noch aber sinkt der Gewinn des Westens. Das bedeutet, dass die Zuwanderung aus dem Ausland abnahm.

Bevölkerung am 31.12.2003



Das Streudiagramm zeigt zugleich, dass alle Flächenländer Ostdeutschlands sowie das Saarland sowohl beim Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung als auch beim Wanderungssaldo unterdurchschnittliche Werte aufweisen – sie befinden sich im Quadranten unten links. Umgekehrt liegen Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg – derzeit auch wirtschaftlich erfolgreiche Länder – klar im Quadranten oben rechts mit überdurchschnittlichen Werten in beiden Indikatoren.



Eheschließungshäufigkeit weiter überdurchschnittlich, aber abnehmend

Die Zahl von 40 827 Eheschließungen im Jahr 2003 in Niedersachsen bedeutete zwar kurz- und mittelfristig einen überdurchschnittlichen Rückgang (- 12,3 % gegenüber 1998, - 3,7 % gegenüber 2002, Tab. 5). Dennoch ist die Eheschließungshäufigkeit in Niedersachsen weiterhin überdurchschnittlich: bundesweit kamen 46 Heiraten auf 10 000 Einwohner, in Niedersachsen waren es 51. Das bedeutet wie im Vorjahr Platz 2 hinter Schleswig-Holstein (60).

Der Ost-West-Bruch ist weiterhin deutlich spürbar, aber er verringert sich allmählich. In den westdeutschen Ländern verringerte sich im Fünfjahresvergleich die Eheschließungshäufigkeit von 54,7 auf 48,8, im Osten stieg sie leicht von 36,9 auf 37,0. Dennoch liegt sie in Deutschland-West nach wie vor fast ein Drittel höher als in Deutschland-Ost.

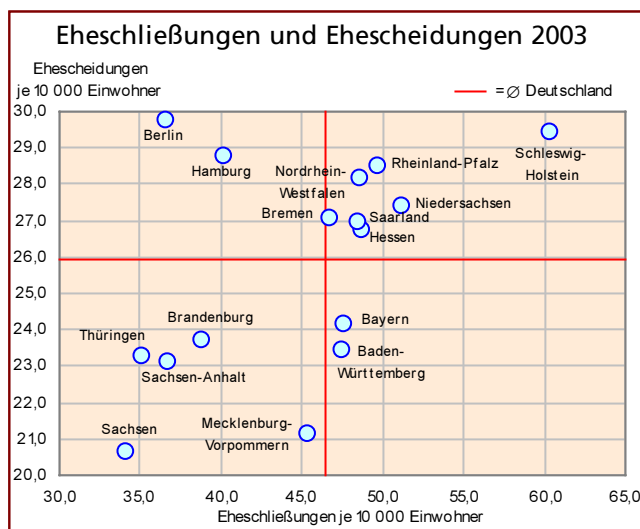
Überdurchschnittliche und stark steigende Scheidungshäufigkeit

Die Zahl von 21 921 Ehescheidungen im vergangenen Jahr in Niedersachsen bedeutete einen bis dahin nicht erreichten „Rekord“. Lange Zeit bis zum Ende des 20. Jahrhunderts war die Scheidungshäufigkeit in Niedersachsen im Bundesvergleich unterdurchschnittlich, im Jahr 2001 war dies das erste Mal anders. Im Fünfjahresvergleich zu 1998

stieg die Zahl der Scheidungen in Niedersachsen um + 20,8 %. Das war die höchste Zunahmerate aller Bundesländer, und sie lag fast doppelt so hoch wie die in Deutschland insgesamt (+ 11,2 %). Die 1998 noch unterdurchschnittliche Scheidungshäufigkeit lag im Jahr 2003 in Niedersachsen bei 27,4 Scheidungen je 10 000 Einwohner, bundesweit lag dieser Wert bei 25,9.

Diese starke Zunahme geht darauf zurück, dass sich auch im zum großen Teil ländlich geprägten Flächenland Niedersachsen die Tendenzen zur Individualisierung der Lebensstile und -entwürfe und zur Auflösung traditionaler sozialer Bindungen durchsetzen – zum Teil zeitverzögert gegenüber anderen, eher städtisch geprägten Lebensräumen. Die regionale Differenzierung der Entwicklung der Scheidungshäufigkeiten in Niedersachsen zeigt im Vergleich 1998 zu 2003, dass in den beiden größten Städten des Landes, Hannover und Braunschweig und auch z.B. in Wolfsburg die Scheidungszahlen sogar zurückgehen, während sie in den ländlichen Räumen zum Teil stark anstiegen. Sehr hohe Zuwachsraten kann man z.B. in den ländlich-katholischen Gebieten des Oldenburger Münsterlandes und im Emsland beobachten.

Gleichwohl ist die Scheidungshäufigkeit dort immer noch vergleichsweise niedriger als in den Städten und im Landesdurchschnitt. Und auch ein Bezug zur Eheschließungshäufigkeit muss hergestellt werden. Wer nicht heiratet, kann sich nicht scheiden lassen. In allen ostdeutschen Flächenländern beispielsweise korrelieren unterdurchschnittliche Scheidungshäufigkeiten mit unterdurchschnittlichen Eheschließungszahlen. Dies zeigt auch das Streudiagramm. Setzt man die neu geschlossenen mit den durch Scheidung aufgelösten Ehen in Bezug (= Schließungen durch Scheidungen), so ergibt sich für Niedersachsen 2003 ein Wert von 1,86. Das ist zwar erheblich weniger als 1998 (2,56), aber immer noch deutlich mehr als bundesweit (1,79) und etwas mehr als im Schnitt Westdeutschlands (1,84).





Erwerbstätigkeit

Weniger Erwerbstätige, aber Zuwächse bei Frauen und Selbstständigen

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnort in Niedersachsen (Tab. 7) ist, wie schon im Vorjahr, im Jahr 2003 auf jetzt 3,39 Mio. Personen leicht gesunken. Niedersachsen liegt mit der Abnahmerate von - 0,6 % im Vergleich 2003 zu 2002 sogar noch vergleichsweise günstig – bundesweit gingen die Zahlen um - 1,0 %, im Durchschnitt aller westdeutschen Länder um - 0,9 % zurück. Nur drei von 16 Bundesländern konnten ein geringes Wachstum verzeichnen. Mittelfristig im Vergleich zu 1998 sieht es etwas anders aus: Das Land kann sich über ein kleines Plus von + 0,6 % freuen (Deutschland: + 0,9 %).

Zwei Gruppen von Erwerbstätigen haben gegen den allgemeinen Trend klare Zuwächse: Selbstständige und Frauen. Die Kehrseite der Medaille: Für männliche Arbeitnehmer, die immer noch größte Gruppe der Erwerbstätigen, haben sich die Arbeitsmarktdaten im letzten Jahr deutlich verschlechtert. Ebenfalls ungünstig ist die Situation für schlecht oder nur mittelmäßig qualifizierte Arbeitnehmer, denn der Anteil der Hochqualifizierten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (vgl. Tab. 34) ist in Niedersachsen innerhalb von fünf Jahren um 1,2 Prozentpunkte gestiegen.

Die Zahl der Selbstständigen erhöhte sich von 2002 auf 2003 um 3,3 %. Die Selbstständigenquote – der Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen – erhöhte sich damit von 9,5 (2001) über 9,7 % (2002) auf 10,1 % (2003). Immer noch ist sie aber im Regionalvergleich leicht unterdurchschnittlich (Deutschland: 10,4 %). In Zeiten eines anhaltend schwachen Arbeitsmarktes ist die selbstständige Form der Erwerbstätigkeit für eine zunehmende Zahl von Menschen – 343 000 im letzten Jahr in Niedersachsen – eine, wenn auch oft nicht unbedingt angestrebte, Alternative.

Zugleich wächst die Erwerbstätigkeit der Frauen. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen (Tab. 8) stieg gegen den Gesamttrend um + 5,8 % mittelfristig und um + 1,2 % kurzfristig. Beide Werte sind deutlich besser als die entsprechenden Daten für Gesamtdeutschland. Von 100 Frauen sind mittlerweile 37 erwerbstätig. Vor fünf Jahren waren es erst 35.

Teilzeitarbeit weiter auf dem Vormarsch

Die relativ guten Werte für die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit hängen auch mit einem relativ hohen und weiter zunehmenden Potenzial an Teilzeitarbeitsplätzen

zusammen (Tab. 9). Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, zumeist sind diese weiblichen Geschlechts, nahm von 2002 auf 2003 (Stichtag 30.6.) abermals um 1,3 % auf 415 000 zu. Von den 2 376 Tsd. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort in Niedersachsen waren am 30.6.2003 bereits 17,5 % teilzeittätig. Das ist deutlich mehr als im Vorjahr (17,0 %) und ebenfalls deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt (15,9 %).

Arbeitslosigkeit stagniert auf hohem Niveau

Die Arbeitslosenquote ¹⁾ lag im Juni 2004 in Niedersachsen bei 10,1 % und damit geringfügig niedriger als ein Jahr zuvor (10,2 %). Im Ländervergleich liegt die niedersächsische Quote deutlich unter der gesamtdeutschen von 11,3 %. Hier ist nach wie vor der Ost-West-Unterschied krass: Im Beitrittsgebiet liegt sie mit 19,8 % mehr als doppelt so hoch wie im „alten“ Bundesgebiet (9,1 %). Immerhin hat sich im Vorjahresvergleich die Ost-West-Diskrepanz wenigstens nicht noch weiter erhöht, was u.a. natürlich in der Abwanderung von Erwerbspersonen von Ost nach West begründet liegt. Im Vergleich der „alten Länder“ haben die Stadtstaaten höhere Werte als Niedersachsen, Schleswig-Holstein sowie Nordrhein-Westfalen. Die anderen westdeutschen Flächenländer weisen niedrigere Quoten auf, nach wie vor am günstigsten ist die Arbeitsmarktsituation in Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen, also im Süden und Südwesten der Republik.

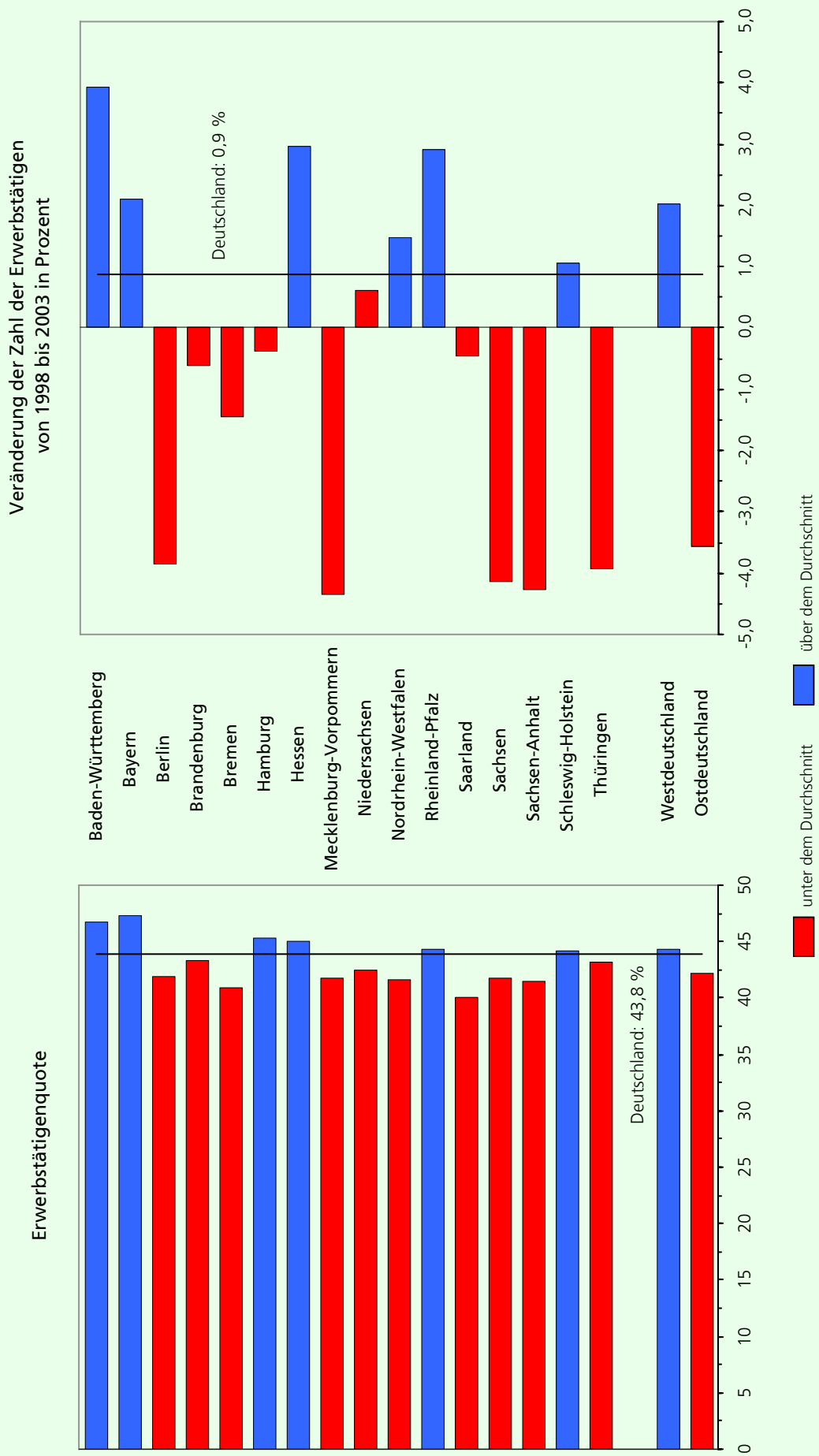
Im mittelfristigen Fünfjahresvergleich 2004 zu 1999 zeigt sich in Niedersachsen eine vergleichsweise günstige Entwicklung: Hier sank die Arbeitslosenquote um 0,8 Prozentpunkte, während sie bundesweit stagnierte (+ 0,1 Prozentpunkte). Im Schnitt der „alten Länder“ war eine nur ganz geringe Abnahme (- 0,1 Prozentpunkte) feststellbar.

4 von 10 Arbeitslosen sind seit mehr als einem Jahr arbeitslos

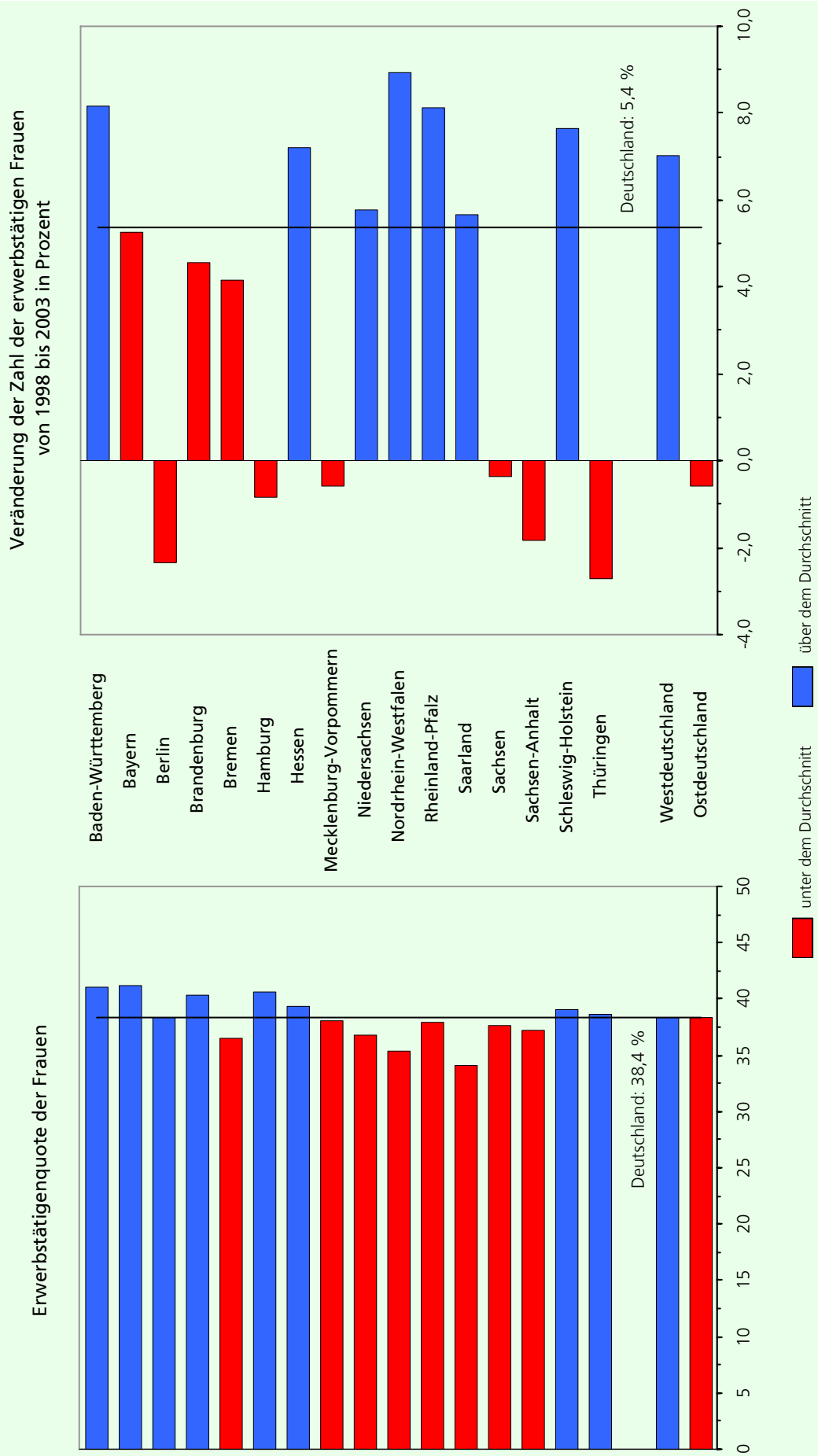
Mitte des Jahres 2004 waren in Niedersachsen 38,9 % aller Arbeitslosen schon seit mehr als einem Jahr ohne Beschäftigung (Langzeitarbeitslose, Tab. 11). Bundesweit lag dieser Anteil sogar bei 39,6 %, besonders hoch war er mit 44,8 % in Ostdeutschland. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen stieg im Vergleich zum Jahr 1999 in Niedersachsen „nur“ um + 0,5 % auf jetzt 139 018. Diese Zunahme war relativ gering – im Schnitt der ostdeutschen

¹⁾ bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen. Die Daten über Arbeitslose sind ein Jahr aktueller als die meisten anderen Daten, beziehen sich also am aktuellen Rand auf 2004.

Erwerbstätigkeit 2003

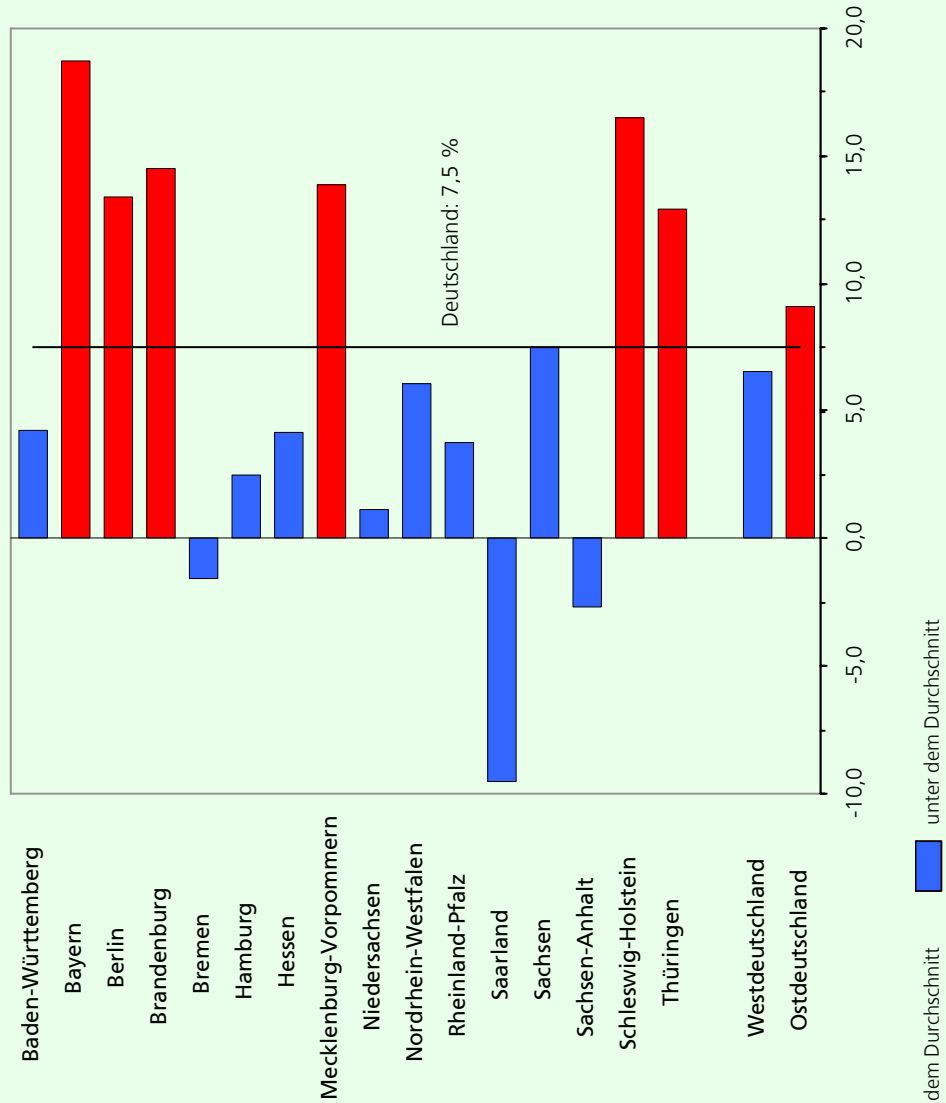


Erwerbstätigkeit der Frauen 2003

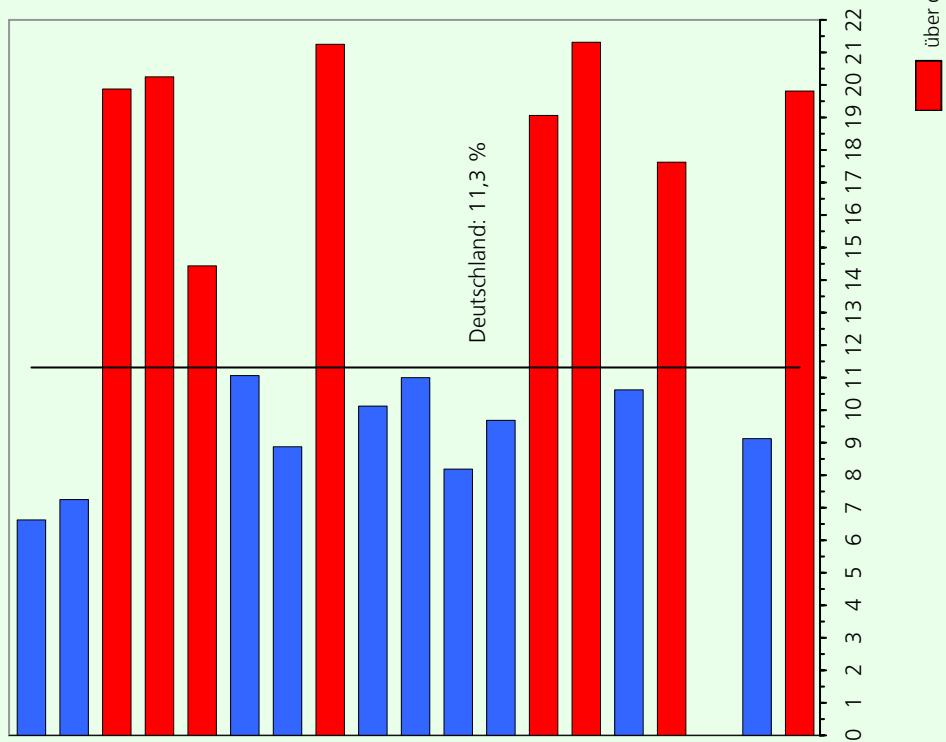


Arbeitslosigkeit 2004

Veränderung der Zahl der Arbeitslosen vom 30.6.1999 bis 30.6.2004 in Prozent



Arbeitslosenquote am 30.6.2004



Länder stieg die Anzahl sogar um 45,5 %. Das Kernstück der „Hartz IV-Reformen“, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II, zielt gerade darauf, eben diese Personengruppe verstärkt ins Arbeitsleben wiederenzugliedern.

Frauenarbeitslosigkeit weiter rückläufig

Spiegelbildlich zu den für die Frauen relativ günstigen Entwicklungen bei den Erwerbstätigenzahlen gingen im Beobachtungszeitraum die Arbeitslosenzahlen der Frauen mittel- und kurzfristig deutlich zurück (Tab. 12). Mitte 2004 lag die Arbeitslosenquote der Frauen in Niedersachsen bei 9,0 % – fünf Jahre zuvor waren es noch 11,3 %. Die absolute Zahl der arbeitslosen Frauen verringerte sich innerhalb von 5 Jahren um - 8,0 % auf 149 531. Bundesweit betrug der Rückgang nur - 0,3 %.

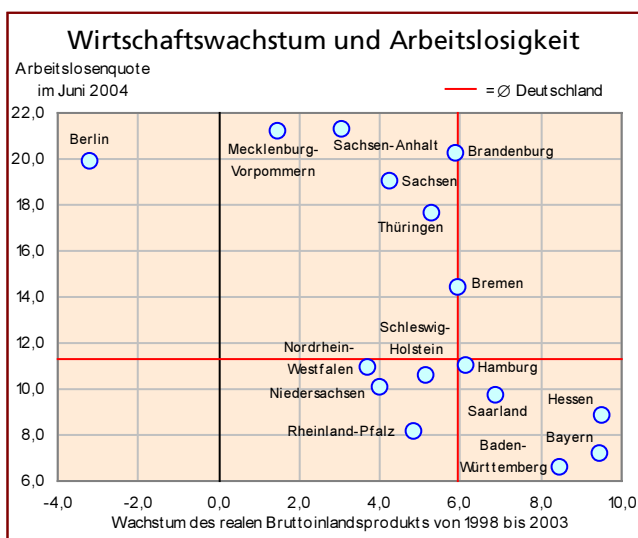
Bemerkenswert ist, dass – im Gegensatz zu den Männern – in Ostdeutschland die Arbeitslosenzahlen und -quoten für die Frauen kurz- und mittelfristig abnehmen, wenngleich von einem auch im Geschlechtervergleich sehr hohen Niveau aus.

Wirtschaft und Einkommen

Wirtschaftswachstum stagniert – klares Südwest-Nordost-Gefälle

Die wirtschaftliche Leistung Deutschlands ging im Jahr 2003 real (preisbereinigt) um - 0,1 % zurück, wobei der Rückgang einmal mehr in Ostdeutschland etwas stärker als im Westen ausfiel. Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP, Tab. 13) in Niedersachsen von + 0,4 % war zwar viel zu gering, um nachhaltige Arbeitsmarktimpulse zu setzen, im Ländervergleich aber der zweithöchste Wert nach Thüringen. 9 von 16 Ländern mussten rote Zahlen schreiben.

Mittelfristig, im Vergleich 2003 zu 1998, bestätigt sich immer mehr die von kurzfristigen Konjunkturschwankungen unabhängige Regionalstruktur Deutschlands: Es sind die Länder im Süden und Südwesten Deutschlands, vor allem Bayern, Hessen und Baden-Württemberg, die ihren Vorsprung gegenüber den anderen Ländern vergrößern. Der Norden und vor allem der Osten hinken hinterher. Ein Vergleich Niedersachsens mit Hessen verdeutlicht dies. Bis 1994 war Niedersachsens Wirtschaftsleistung höher als die Hessens. Niedersachsen war nach Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern das der Wirtschaftsleistung nach viertgrößte Land der Bundesrepublik. 1995 überholte Hessen Niedersachsen, und seitdem erhöht sich der Abstand zwischen beiden Ländern: 1998 betrug er ca. 5 Mrd. €, 2003 waren es fast 15 Mrd. €.



Das Streudiagramm verdeutlicht die Ausnahmestellung der drei süddeutschen Länder: sie finden sich nahezu gleichauf im Quadranten unten rechts (unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, überdurchschnittliches Wachstum), während die ostdeutschen Länder sich im Quadranten oben links (überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, niedriges Wachstum) versammeln.

Überdurchschnittliche Entwicklung bei den Arbeitsplätzen – 2003 leichte Verluste

Die Zahl der in Niedersachsen arbeitenden Erwerbstätigen nahm von 2002 auf 2003 um - 0,6 % auf 3,478 Mio. ab (Tab. 14). Diese Abnahme war etwas moderater als im Durchschnitt aller Länder (- 1,0 %) und auch im Durchschnitt Westdeutschlands (- 0,9 %). Mittelfristig sieht es deutlich günstiger aus. Im Vergleich zu 1998 lag die Zahl der Arbeitsplätze in Niedersachsen um + 3,7 % höher; auch dieses Ergebnis ist klar besser als das Bundesergebnis von + 1,9 % und liegt auch leicht über dem westdeutschen Ergebnis von + 3,5 %. Im Ländervergleich ist dies das zweitbeste Ergebnis nach Baden-Württemberg. Die Erwerbstätigkeit entwickelt sich also etwas besser, die wirtschaftliche Gesamtleistung (BIP) etwas schlechter als im Bundesschnitt – auch eine Folge innovativer Arbeitszeitmodelle z.B. in der Automobilindustrie.

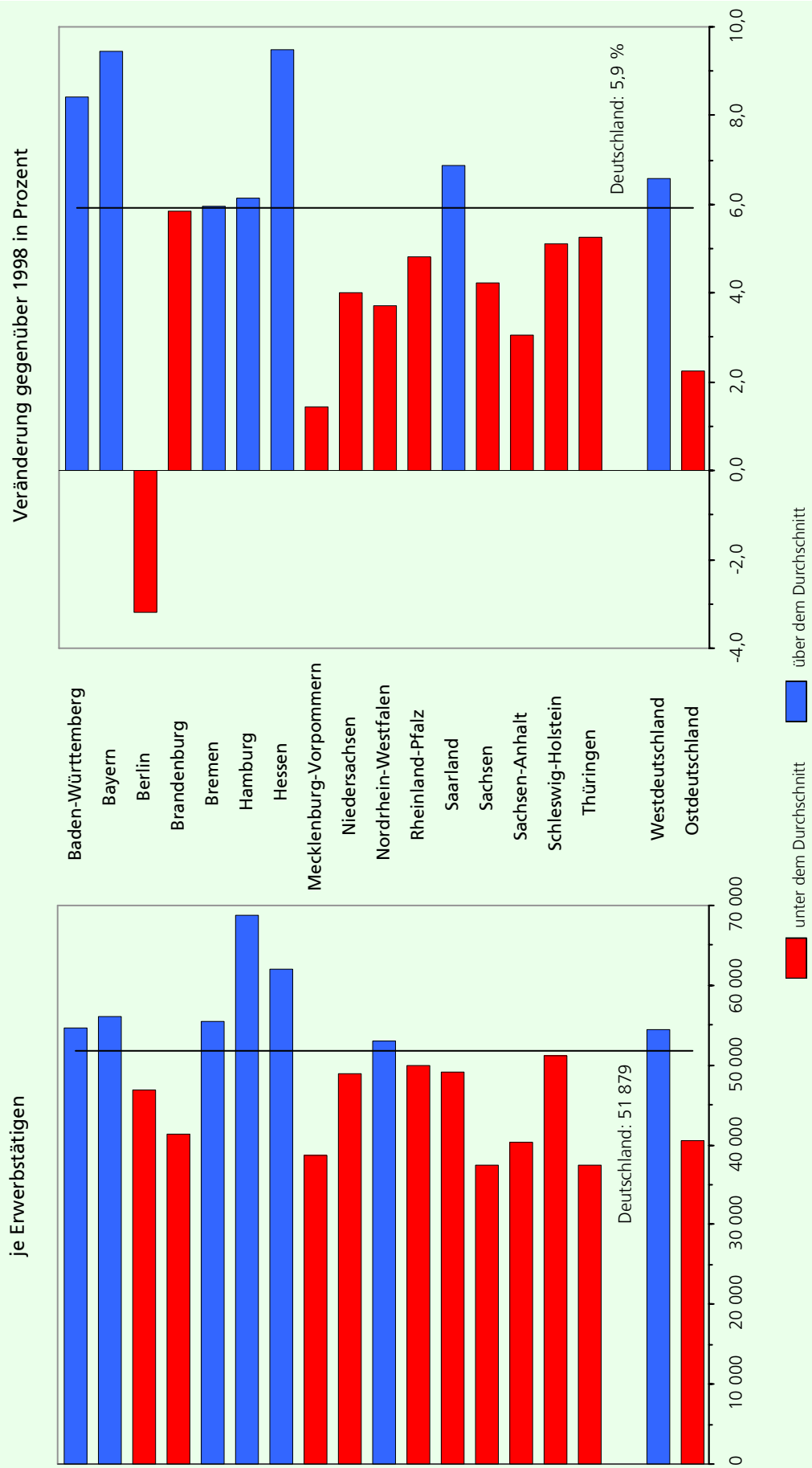
Zum Begriff des „Erwerbstätigen“

An dieser Stelle ist ein methodischer Einschub nötig. Es gibt zwei verschiedene Begriffe von „Erwerbstätigen“, die unterschiedliche Sachverhalte widerspiegeln: Die Zahlen der Tabelle 14 stammen aus der *Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder*. Diese Zahlen gehen z.B. auch in die Produktivitätsberechnungen (BIP bzw. BWS je Erwerbstätigen) der Tabellen 13, 15, 16 und 17 ein. Die Erwerbstätigenrechnung ist eng mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verzahnt und berechnet unter Zugrundelegung sehr vieler Datenquellen (Mikrozensus, Beschäftigtenstatistik, verschiedene Bereichsstatistiken) Daten über Erwerbstätige am *Arbeitsort* und im *Jahresdurchschnitt*.

Demgegenüber stammen die Daten der Tabellen 7 und 8 aus dem *Mikrozensus*, einer jährlich durchgeführten Repräsentativbefragung von 1 % der Bevölkerung. Die Mikrozensus-Daten beziehen sich auf die Erwerbstätigen *am Wohnort im April bzw. Mai* des betreffenden Jahres. Sie unterscheiden sich also von den Daten der Erwerbstätigenrechnung u.a. durch den Pendlersaldo. So kann z.B. die Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnort in Niedersachsen dadurch sinken, dass diese ihren Arbeitsplatz in Hamburg verloren haben.

Da es sich um zwei verschiedene Begriffe handelt, weichen die Ergebnisse beider Erhebungen leicht voneinander ab, wenn sie auch im Trend natürlich in dieselbe Richtung weisen. In diesem Jahr weisen beide Erhebungen für Niedersachsen ein leichtes Minus (- 0,6 %) auf.

Reales Bruttoinlandsprodukt 2003



Niedersachsen führend in der Landwirtschaft

Niedersachsen ist das Agrarland Nr. 1 in Deutschland. Auf Niedersachsen entfallen fast ein Fünftel (19,1 %) der gesamtdeutschen Wertschöpfung des Agrarsektors (Tab. 15). Niedersachsens Landwirtschaft ist die produktivste in Deutschland: 37 715 € werden pro Erwerbstätigen erwirtschaftet, nur Mecklenburg-Vorpommern mit seinen flächenmäßig sehr großen Betrieben erreicht ähnlich hohe Werte. Auch die Zuwachsraten der Bruttowertschöpfung sind in Niedersachsen Spitze: Im kurzfristigen Vergleich 2003 zu 2002 Platz 2 mit einem Plus von + 4,7 % (Deutschland - 0,8 %), im mittelfristigen Vergleich zu 1998 sogar + 27,9 % (Deutschland + 2,0 %).

Demzufolge erhöhte sich der Anteil, den die landwirtschaftliche Wertschöpfung an der gesamten Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft hat, in Niedersachsen von 2,3 auf 2,8 %. Dabei gibt dies die Bedeutung des Agrarsektors bei weitem nicht wieder, denn er ist u.a. Grundlage der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und anderer Weiterverarbeiter land- und forstwirtschaftlicher Produkte.

Der Bedeutungsgewinn der Landwirtschaft steht im Gegensatz zum Bundestrend (Anteilsrückgang von 1,3 auf 1,2 %) und auch im Gegensatz zum allgemeinen Langzeittrend zum Strukturwandel von den Produzierenden Sektoren hin zu den Dienstleistungen. Ein innovativer und leistungsstarker Agrarsektor kann also auch heute noch zum Wachstum beitragen.

Produzierendes Gewerbe: Niedersachsen trotz dem Abwärtstrend

Bundesweit sank die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (Tab. 16) im Jahr 2003 um - 0,4 % gegenüber dem Vorjahr. Nur einige ostdeutsche Länder, Bayern und Niedersachsen (+ 0,7 %) konnten schwarze Zahlen schreiben. Auch mittelfristig hält sich Niedersachsens industrieller Sektor trotz der unbefriedigenden Konjunktur mit einem moderaten Rückgang von - 1,5 % im Fünfjahresvergleich noch relativ gut – bundesweit lag die Abnahmerate bei - 1,9 %, was vor allem an der schlechten Entwicklung in Ostdeutschland (- 8,4 %) lag. Die Arbeitsproduktivität ist mit 52 806 € pro Erwerbstätigen nach wie vor überdurchschnittlich – sie liegt 3,7 % über dem Bundesdurchschnitt.

Innerhalb des Produzierenden Gewerbes zeigt das Verarbeitende Gewerbe (Tab. 21) eine im Ländervergleich durchschnittliche Umsatzentwicklung: kurzfristig liegt das Umsatzwachstum leicht über, mittelfristig leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Bemerkenswert ist vor allem

das schnelle Wachstum des internationalen Geschäfts: Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz stieg von 36 % (1998) auf 40 % im Jahr 2003.

Das Bauhauptgewerbe (Tab. 22) steckt nach wie vor in der Krise. Auch hier halten sich die niedersächsischen Betriebe aber vergleichsweise gut. Dem bundesweiten Rückgang von - 19,2 % im mittelfristigen Vergleich 2003 zu 1998 steht ein Rückgang von „nur“ - 12,6 % in Niedersachsen gegenüber. Krass war der Einbruch vor allem in Ostdeutschland (- 33,4 %). Im kurzfristigen Vergleich zum Vorjahr konnte das niedersächsische Bauhauptgewerbe sogar ein leichtes Plus von + 0,2 % bei gleichzeitigen bundesweiten Einbußen von - 3,3 % vermelden.

Strukturelle Schwäche im Dienstleistungssektor, aber leichte Aufholtendenzen

Zum Dienstleistungssektor (Tab. 17) gehören Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Banken und Versicherungen, Vermietungen und Wohnungswirtschaft sowie öffentliche und private Dienstleister (u.a. der staatliche Sektor und das Gesundheitswesen). Mehr als sieben Zehntel der wirtschaftlichen Leistung Deutschlands werden mittlerweile in diesem Sektor erarbeitet. Während im landwirtschaftlichen und industriellen Sektor die Wirtschaft derzeit stagniert, werden hier nach wie vor bemerkenswerte Wachstumsraten erzielt – bundesweit stieg die Bruttowertschöpfung im Fünfjahresvergleich um + 12,4 %, während die des Produzierenden Gewerbes um - 1,9 % sank und die der Landwirtschaft mit + 2,0 % stagnierte.

Das große wirtschaftsstrukturelle Problem Niedersachsens ist seine Schwäche ausgerechnet in diesem zukunftsträchtigen Sektor. Die Arbeitsproduktivität liegt mit 45 853 € pro Erwerbstätigen um 9,6 % unter dem Bundesdurchschnitt. Im Vergleich zu 1998 wuchs dieser Sektor in Niedersachsen nur um + 8,7 %, eine um 3,7 Prozentpunkte geringere Wachstumsrate als in Gesamtdeutschland. Immerhin gibt es in den letzten beiden Jahren ganz leichte Aufholtendenzen des Landes; so stieg die wirtschaftliche Leistung des Dienstleistungssektors 2003 im Vorjahresvergleich in Niedersachsen um + 0,6 %, bundesweit waren es + 0,5 %.

Innerhalb des vielgestaltigen Dienstleistungssektors sind es vor allem zwei Branchen mit großen Zukunftspotenzialen und gleichzeitigen Defiziten des Landes: Banken und Versicherungen sowie unternehmensnahe Dienstleister. Diese Branchen werden aber, obwohl eigentlich standortungebunden, magnetisch von den großen Metropolen angezogen, und mit diesen ist Niedersachsen bekanntermaßen eher spärlich gesegnet.

1 von 80 Unternehmen ging in die Insolvenz

Aufgrund verschiedener Änderungen des Insolvenzrechts ist der langfristige Zeit- und Regionalvergleich des Insolvenzgeschehens beeinträchtigt (Tab. 18). Die Daten der Jahre 2002 und 2003 sind aber voll vergleichbar. Je 10 000 bestehende Unternehmen gingen im vergangenen Jahr in Niedersachsen 125 in die Insolvenz – von 80 Unternehmen eins. Die Insolvenzhäufigkeit ist damit in Niedersachsen wie in den meisten westdeutschen Ländern im Bundesvergleich unterdurchschnittlich (Deutschland: 134,4). Ostdeutsche Unternehmen – meist jung, oft wenig kapitalkräftig – haben ein mehr als doppelt so hohes Insolvenzrisiko wie westdeutsche. Deutlich ist auch im Positiven der Bezug zur gesamtwirtschaftlichen Lage: die süddeutschen Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz weisen im Regionalvergleich geringe Insolvenzquoten auf.

Im Vorjahresvergleich nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Niedersachsen um 16,3 % zu. Diese Zuwachsrate lag deutlich über dem Deutschlandwert von + 4,6 %. Immerhin zeichnet sich im Jahr 2004 eine Beruhigung des Insolvenzgeschehens ab. Im 1. Halbjahr ging in Niedersachsen die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um - 3,8 % zurück.

Wenige Großunternehmen dominieren die Wirtschaft

In Niedersachsen gab es Ende 2002 knapp 250 000 Unternehmen (Tab. 19 und 20), die insgesamt 372 Mrd. € „Lieferungen und Leistungen“ erbrachten und bei den Finanzämtern angaben. Diese sind mit ganz wenigen Ausnahmen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit einem Jahresumsatz von weniger als 50 Mio. €. Wie im Vorjahr zählen 99,7 % aller Unternehmen zu den KMU. Auf diese KMU entfielen 2002 aber nur 43,0 % der Lieferungen und Leistungen, oder andersherum: Auf 0,3 % der Unternehmen entfallen 57 % der Umsätze.

Der Anteil der KMU am Umsatz ist tendenziell rückläufig: Im Jahr 1998 lag er noch bei 49,5 %, 2001 bei 44 %. Trotz der Bedeutung mittelständischer Unternehmen für den Arbeitsmarkt und die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft wirkt weiterhin die Tendenz zur Konzentration auf große Unternehmen. Dabei ist der niedersächsische KMU-Anteil von 43 % im Bundesvergleich (Deutschland: 41,2 %) noch relativ hoch. Nur noch in Ostdeutschland, wo es nur wenige Großunternehmen gibt, halten die KMU einen höheren Anteil von 66 %.

Weiter Einbußen im Tourismus – Bei den Auslands- gästen gibt es noch Potenzial

Die flauere Konjunktur und die größere Ausgabenzurückhaltung bekommen auch die Hoteliers zu spüren. Wie

bereits im Jahr 2002, gingen auch im vergangenen Jahr die Übernachtungszahlen in Niedersachsen zurück, diesmal um - 1,9 % auf 32,3 Mio. (Tab. 23). Auch bundesweit war ein Rückgang zu spüren (- 0,7 %). Dem Trend trotzten die drei Stadtstaaten, die vom Wachstum des Städtetourismus profitierten, fast alle ostdeutschen Länder sowie auch Schleswig-Holstein. Niedersachsen bleibt in der Rangskala der beliebtesten Reiseländer weiter auf Platz 4 hinter Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

Immerhin konnte das Beherbergungsgewerbe bei den Übernachtungen von Auslandsgästen ein Plus von + 3,5 % erzielen. Bundesweit waren es + 2,1 %. Niedersachsen hat hier noch einen großen Aufholbedarf, denn im Ranking der beliebtesten Reiseländer von Ausländern liegt Niedersachsen nur auf Platz 7. Trotz CeBIT, Hannover-Messe und Expo 2000 liegt der Anteil der Ausländerübernachtungen in Niedersachsen nur bei 5,9 %. Bundesweit sind es 12,2 % – hier ist also noch viel Potenzial.

Export zieht wieder an

Nach den Rückgängen der Vorjahre wuchs der Wert der von niedersächsischen Unternehmen ins Ausland exportierten Waren (Tab. 24) im Jahr 2003 um + 4,2 %. Dieser Wert liegt über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder (+ 2,2 %). Von einem relativ niedrigen Niveau ausgehend, wuchs der Export der ostdeutschen Länder gleichzeitig um + 10,4 % – allerdings erreicht die Summe aller 6 ostdeutschen Länder immer noch nicht den Wert der niedersächsischen Ausfuhr von 50,9 Mrd. €.

Auch mittelfristig, im Vergleich zu 1998, ist Ähnliches festzustellen. Niedersachsens Exportzuwachs von + 33,5 % ist höher als der der westdeutschen Länder (+ 27,7 %), und Ostdeutschland holt mit + 69,5 % auf. Der Wert für Deutschland insgesamt (+ 1,6 % kurzfristig, + 35,5 % mittelfristig) ist mit diesen Länderdaten nur schwer vergleichbar, weil ein großer Teil der Exporte – 2003 waren es mehr als 119 Mrd. € – regional nicht zugeordnet werden kann.

Weiterhin unterdurchschnittliche Verdienste – Frauen liegen 22 % unter dem Männerverdienst

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen lag im Januar 2004 in Niedersachsen bei 2 864 € und damit + 10,8 % höher als 1999 und - 2,3 % unter dem deutschen Durchschnittswert von 2 933 €. Mittelfristig hat sich der Verdienstabstand sogar noch erhöht – deutschlandweit nahmen die Bruttoverdienste seit 1999 um 13,2 % zu, im Westen sogar etwas schneller als im Osten.

Die Verdienste der Frauen stiegen mittelfristig mit + 14,4 % etwas schneller als die Männerverdienste. Der Verdienstabstand der weiblichen zu den männlichen Arbeitnehmern verringerte sich damit von 25,3 % (1999) auf 21,7 % im Januar 2004. Traditionell ist übrigens der geschlechtsspezifische Verdienstabstand in Ostdeutschland erheblich geringer als im Westen.



Innovation

Dynamik im Gründungsgeschehen nimmt wieder zu

Im letzten Jahr gab es in Niedersachsen 72 099 Gewerbeanmeldungen (Tab. 27). Diese standen 56 376 Abmeldungen von Gewerben (Tab. 28) gegenüber, was für 2003 einen positiven Saldo von + 15 723 ergibt. Das Gründungsgeschehen in Niedersachsen ist damit zwar immer noch leicht unterdurchschnittlich – auf je 1 000 Einwohner entfielen 9,0 Gewerbeanmeldungen, bundesweit erreichte diese Beziehungszahl einen Wert von 9,8. Aber die Entwicklung in Niedersachsen ist schnell und dynamisch: Im kurzfristigen Vergleich 2003 zu 2002 nahm die Zahl der Gewerbeanmeldungen in Niedersachsen um + 16,2 % zu, bundesweit waren es + 12,1 %. Noch deutlicher ist der mittelfristige Vergleich zu 1998. In diesem Zeitraum wuchs die Zahl der Gewerbeanmeldungen in Niedersachsen um + 8,0 %, während sie bundesweit um - 0,1 % leicht zurückging. Der Zuwachs von 8 Prozent ist bundesweit Spitze.

Auch die Daten über die Abmeldungen von Gewerben zeigen für Niedersachsen überdurchschnittliche Steigerungsraten, ebenso wie auch die Daten über Insolvenzen von Unternehmen. Werden mehr Unternehmen gegründet, steigen auch mehr irgendwann aus dem Markt aus oder werden gar insolvent. Die Steigerungsraten der Abmeldungen sind aber bei weitem nicht so hoch wie die der Anmeldungen, was sich auch in dem bereits dargestellten Anstieg der Selbstständigenquote widerspiegelt.

2002 wieder zunehmende Investitionstätigkeit

Nachdem in den vergangenen Jahren die Investitionstätigkeit niedersächsischer Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe (Tab. 29) eher rückläufig war, konnte im Jahr 2002 ein Plus von + 6,6 % gegenüber 2001 erzielt werden. Bundesweit ging sie zeitgleich um - 11,7 % zurück. Aktuellere Daten liegen aus dieser Erhebung, die auf den Jahresabschlüssen der Unternehmen basiert, nicht vor. Pro Beschäftigten wurde in Niedersachsen ein Betrag von 8 574 € investiert, auch dies ein überdurchschnittlicher Wert. Bemerkenswert ist, dass nach wie vor in Ostdeutschland pro Beschäftigten wesentlich mehr investiert wird als im Westen. Aus dem Fünfjahresvergleich sieht man, dass die relativ hohe Zuwachsrate des letzten Berichtsjahres in Niedersachsen gerade ausgereicht hat, um das Niveau von 1997 wieder zu erreichen.

Ausländisches Kapital wird vor allem in Nordrhein-Westfalen und Hessen investiert – Niedersachsen bleibt unterrepräsentiert

Die ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland (Tab. 30) konzentrieren sich in dieser Reihenfolge auf Nord-

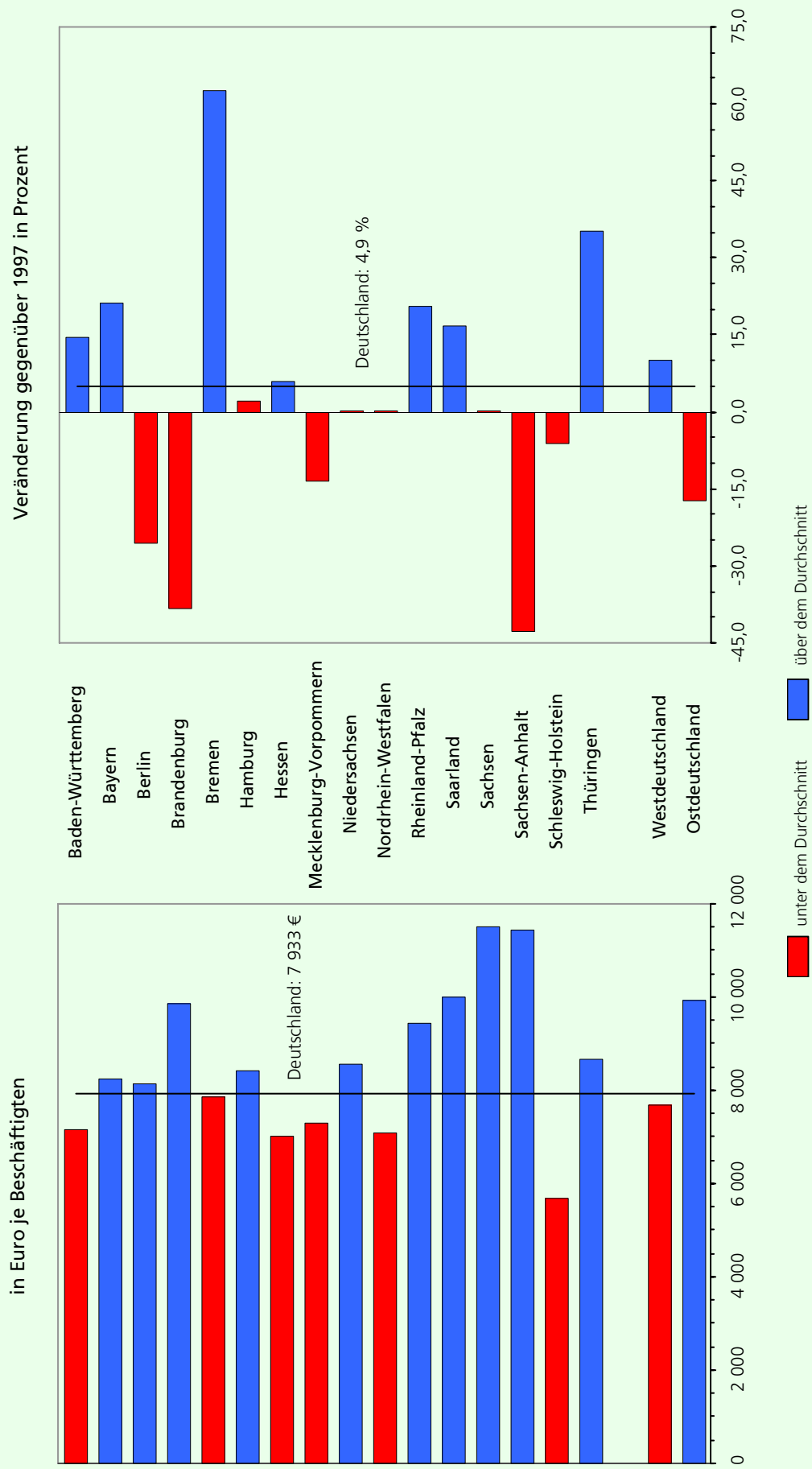
rhein-Westfalen, dem wirtschaftsstärksten Land, Hessen mit der Banken- und Finanzmetropole Frankfurt sowie die beiden süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg. In Niedersachsen erreichte der Bestand der Direktinvestitionen des Auslands Ende des Jahres 2002 eine Höhe von 11,5 Mrd. €, das waren nur 2,3 % aller in Deutschland getätigten Investments. In Niedersachsen haben ohnehin nur wenige Großunternehmen ihren rechtlichen Sitz, und das Land ist daher als Zielort ausländischen Kapitals unterrepräsentiert. Die Auseinandersetzung mit der EU um das VW-Gesetz zeigt, dass auch der Einfluss ausländischer Kapitalgeber auf die Entscheidungen von Unternehmen, die das Land prägen, gefürchtet wird. Das „unfriendly takeover“ von Mannesmann durch Vodafone, das zum Teil die hohen Zuwachsraten in Nordrhein-Westfalen erklärt, zeigt, dass der Zustrom ausländischen Kapitals durchaus eine zweischneidige Sache sein kann. Unter dem Strich aber kann man erkennen, dass das Land Niedersachsen hinsichtlich des Globalisierungstempos hinter den anderen Ländern zurückbleibt. Bundesweit stieg der Bestand ausländischer Investitionen um + 188,0 % in fünf Jahren, in Niedersachsen nur um 36,2 % – der zweitniedrigste Wert aller Länder.

Patentanmeldungen: Niedersachsen fällt weiter zurück

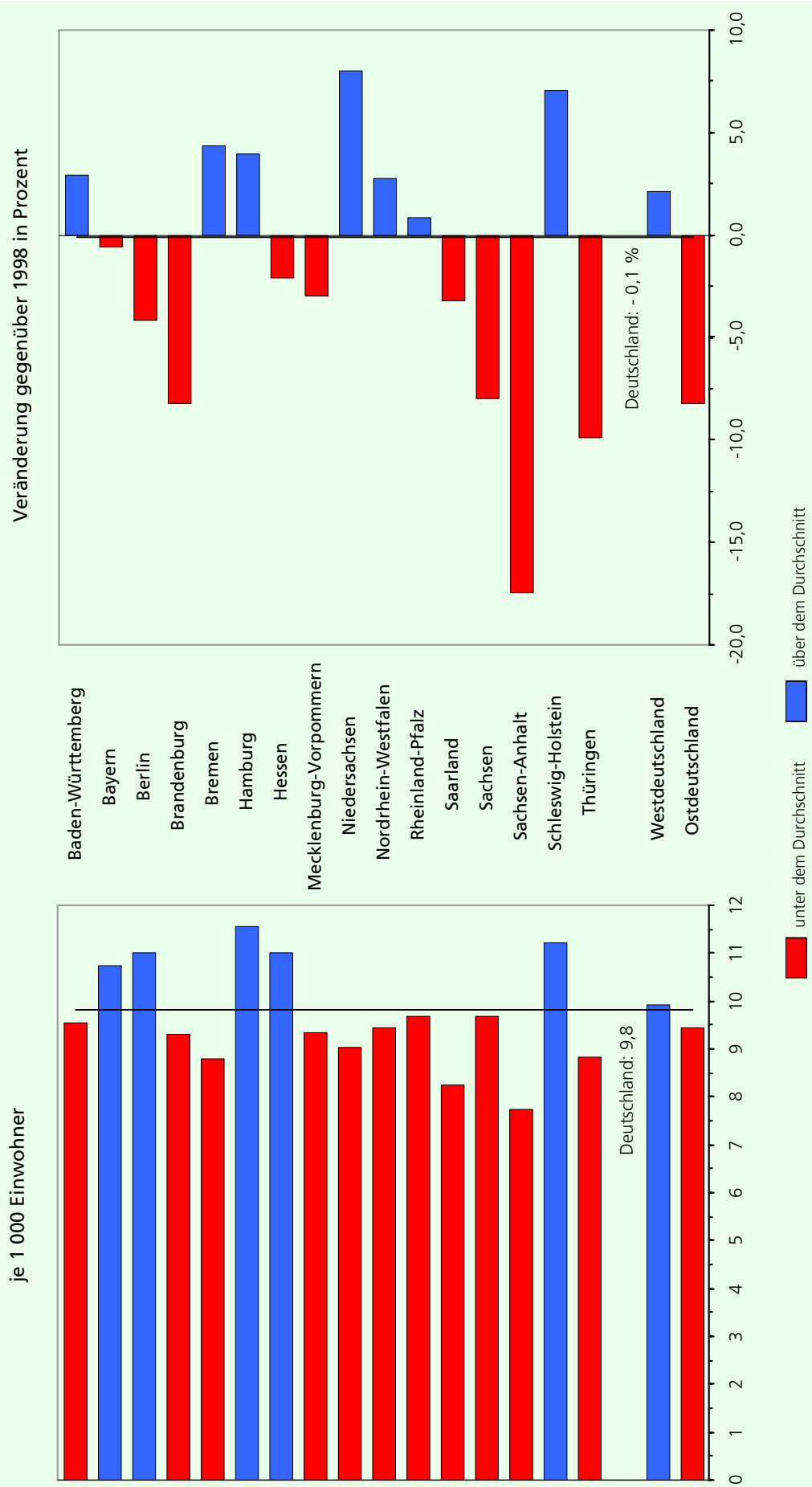
Patentanmeldungen (Tab. 31) sind ein wichtiger Indikator für Innovationen, neue Produkte und damit künftiges Wirtschaftswachstum. Immer wieder wurde auf den engen Zusammenhang zwischen Wachstum bzw. Arbeitslosigkeit einerseits und Patentanmeldungen andererseits hingewiesen. Zwei Länder – Baden-Württemberg und Bayern – ragen mit Werten von über 100 Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner heraus, auf den weiteren Plätzen folgen Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg. Niedersachsen liegt 2003 auf dem siebten Platz; auf den letzten vier Plätzen sind vier ostdeutsche Länder zu finden. Es gibt also ein klares Süd-Nord- sowie auch ein West-Ost-Gefälle. Das starke Gewicht Baden-Württembergs und Bayerns wird an dem hohen Anteil von zusammen 53,7 % aller Anmeldungen deutlich – Niedersachsen kommt auf 6,2 %.

Im rechten Teil der Abbildung auf S. 24 ist die relative Veränderung der Zahl der Patentanmeldungen von 1998 bis 2003 zu sehen. Deutlich wird, dass die Länder, die ohnehin viele Patente anmelden, auch die stärksten Zunahmen aufweisen: An der Spitze liegt Baden-Württemberg, gefolgt von Rheinland-Pfalz und Bayern. In Niedersachsen kam es zu einem geringen, weit unterdurchschnittlichen Anstieg. Niedersachsen und andere Länder,

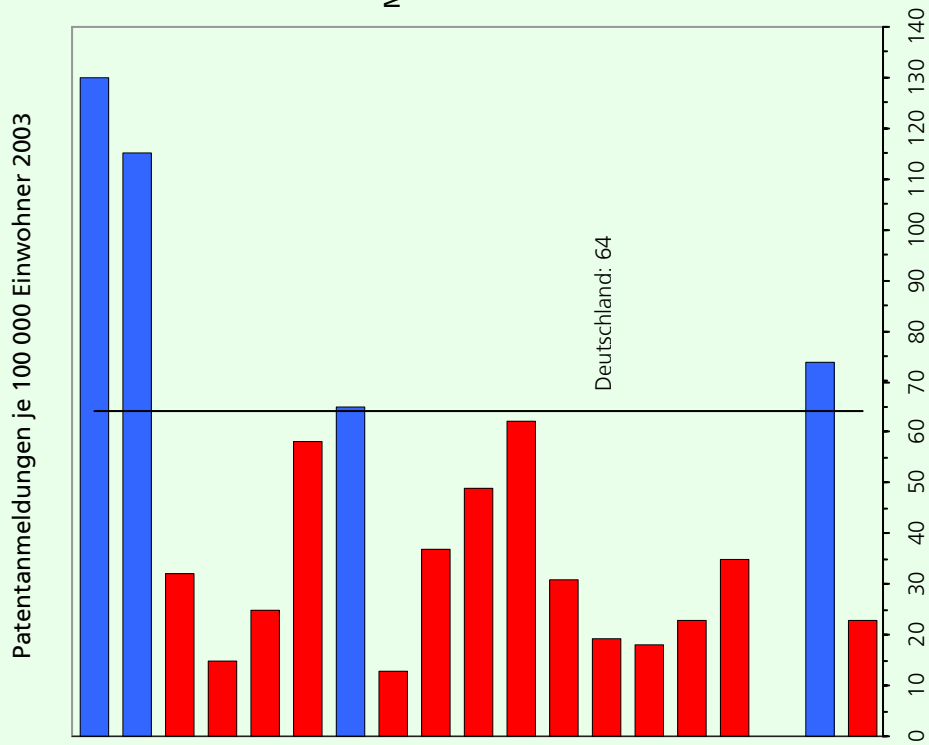
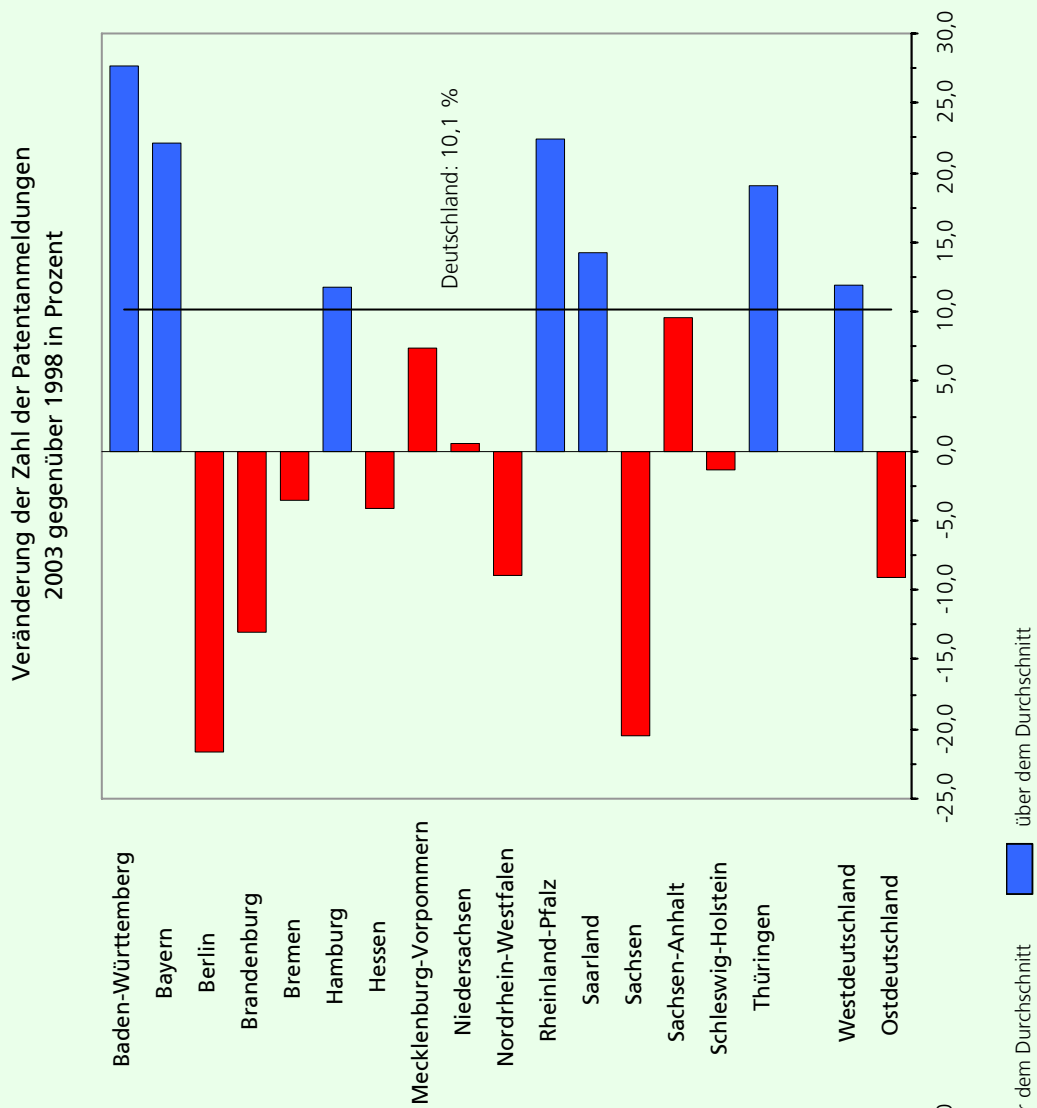
Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2002



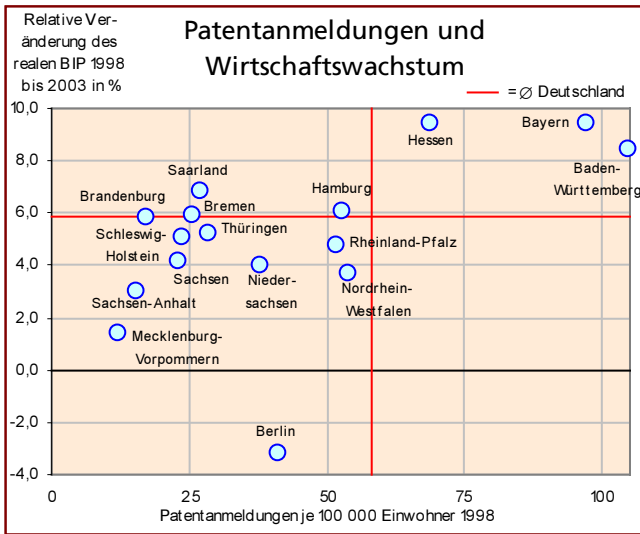
Gewerbeanmeldungen 2003



Anzahl und Veränderung der Patentanmeldungen



die unter dem Durchschnitt liegen, können also nicht aufholen, sondern fallen weiter zurück.



Das Streudiagramm stellt den Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner im Jahr 1998 die relative Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts von 1998 bis 2003 gegenüber. Es zeigt sich, dass Länder, die 1998 eine hohe Zahl von Patentanmeldungen aufwiesen, ein etwas höheres Wachstum von 1998 bis 2003 erreichen konnten, der Korrelationskoeffizient beträgt + 0,53; ohne den Ausreißer Berlin liegt der Koeffizient sogar bei + 0,74. Niedersachsen liegt auch beim Wachstum mit + 4,0 % unterhalb des Durchschnitts in Deutschland von + 5,9 %.



Humanpotenzial

9 776 Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss

Im Jahr 2003 verließen in Niedersachsen 9 776 Jugendliche die allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss (Tab. 32). Wenn auch viele von diesen an den berufsbildenden Schulen oder im 2. Bildungsweg den Abschluss nachholen werden, so ist dies doch ein denkbar schlechter Start ins Berufsleben. Die Zahl dieser Absolventen ohne Hauptschulabschluss stieg gegenüber dem Vorjahr um + 12,7 % und gegenüber 1998 sogar um + 20,4 %. Beide Zuwachsraten liegen deutlich über den entsprechenden Bundesdurchschnitten von - 1,4 % bzw. + 1,2 %. Auch der Anteil an allen Absolventen stieg entsprechend von 9,7 % auf 10,6 % und liegt über dem Deutschlandwert von 8,9 %.

Ein Viertel macht das Abitur – Abiturientenquote 2003 leicht gestiegen

21 962 Schülerinnen und Schüler erwarben 2003 an den allgemein und berufsbildenden Schulen Niedersachsens die Hochschulreife (Tab. 33). Die Abiturientenquote – der Anteil der Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung – stieg damit im Vergleich zu 2002 um 0,7 Prozentpunkte auf 25,3 %. Im Bundesvergleich ist das immer noch relativ niedrig, obwohl die kurz- wie mittelfristigen Veränderungen der Quote in Niedersachsen etwas günstiger sind als bundesweit. Die Bundesquote liegt bei 27,1 % bei einer Spannweite, die von 20,0 % (Bayern) bis 32,8 % (Berlin) reicht. Die Unterschiedlichkeit der Quoten zeigt einerseits unterschiedliche schulpolitische Grundsatzpositionen der Länder,

andererseits aber auch, dass Begabungsreserven nach wie vor regional ungleich erschlossen werden – dies kann man an den hohen Quoten der Stadtstaaten sehen, die es bei dieser Aufgabe leichter haben als Flächenländer, die auch in peripheren dünnbesiedelten Regionen weiterführende Schulen vorhalten müssen.

Weiterhin kräftige Zuwächse bei den hochqualifizierten Arbeitnehmern

Erfreulich sind aus niedersächsischer Sicht die Entwicklungen, die die Tabelle 34 dokumentiert. Am 30. Juni 2003 waren im Lande insgesamt 163 604 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss tätig. Die Zahl dieser Hochqualifizierten stieg im Vorjahresvergleich um + 3,0 % und im Fünfjahresvergleich sogar um + 23,4 %. Das war mittelfristig die zweihöchste Steigerungsrate nach Bayern und kurzfristig sogar der höchste Zuwachs aller Bundesländer. Ein erfolgreich abgeschlossenes Studium schafft, da es immer größeren Bedarf an exzellent ausgebildeten Menschen gibt, beste Arbeitsmarktchancen.

Nach wie vor ist aber der Anteil der Hochqualifizierten an allen Beschäftigten mit 6,9 % in Niedersachsen unterdurchschnittlich (Deutschland: 9,2 %), obwohl er stetig anwächst: 1998 lag er erst bei 5,7 %. Mit dazu trägt bei, dass in Ostdeutschland höhere Qualifikationen immer noch häufiger sind als im Westen, und dass es in den drei Stadtstaaten ohnehin relativ mehr Arbeitsplätze für Hochqualifizierte gibt als in Flächenländern.

Finanzen

Geringer Zuwachs bei den Gesamtausgaben

Bei den bereinigten Gesamtausgaben des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände weist Niedersachsen im Jahr 2003 einen leichten Anstieg um + 0,9 % auf. Die Zunahme liegt unter der in Deutschland insgesamt (+ 1,5 %), allerdings kommt es in immerhin fünf Ländern zu einem Rückgang. Bei den bereinigten Ausgaben je Einwohner hat Niedersachsen mit 3 996 € den niedrigsten Wert aller Länder – in Bremen, dem Land mit den höchsten Pro-Kopf-Ausgaben, liegt der Betrag um rd. 50 % höher. Im mittelfristigen Vergleich ergab sich in Niedersachsen allerdings ein überdurchschnittlich starker Zuwachs von + 11,6 % (Deutschland: + 6,6 %). Bemerkenswert ist, dass die Ausgaben seit 1998 in Westdeutschland um + 9,5 % zunahmten, während sie in Ostdeutschland leicht um - 1,2 % gesunken sind.

Weiterer Anstieg der Personalausgaben

Im Jahr 2003 sind die Personalausgaben in Niedersachsen mit + 1,9 % stärker gestiegen als die Gesamtausgaben. Damit hat Niedersachsen nach Bayern (+ 2,8 %) den zweithöchsten Anstieg zu verzeichnen und liegt deutlich über dem Wert von Deutschland insgesamt (+ 0,4 %). Allerdings gibt Niedersachsen mit 1 580 € je Einwohner vergleichsweise wenig für Personal aus, der Durchschnitt in Deutschland liegt bei 1 667 €. An der Spitze ist Berlin zu finden (2 067 €), allerdings ist hier auch der Rückgang gegenüber dem Vorjahr am größten. Mittelfristig war der Anstieg der Personalausgaben in Niedersachsen mit + 4,2 % unterdurchschnittlich und liegt auch deutlich unter dem der Gesamtausgaben. Die höchsten Zuwächse seit 1998 weisen Bayern (+ 12,4 %) und Baden-Württemberg (+ 12,1 %) auf. Die Personalausgaben haben den größten Anteil an den Gesamtausgaben; deutschlandweit liegt die Quote bei 38,5 %, in Niedersachsen ist sie einen Prozentpunkt höher. Gegenüber 1998 bedeutet dies einen Rückgang um - 2,8 Prozentpunkte.

Deutlicher Rückgang der Sachinvestitionen

Mit - 7,8 % kam es 2003 in Niedersachsen bei den Sachinvestitionen zu einem deutlichen Rückgang, in Deutschland war er mit - 7,4 % etwas geringer. Auffällig bei der Entwicklung der Sachinvestitionen im vergangenen Jahr ist die große Spannweite von - 19,5 % in Baden-Württemberg bis + 18,9 % in Sachsen. Auch bei den Sachinvestitionen je Einwohner gibt es eine große Spannweite von lediglich 88 € in Berlin bis zu 574 € in Sachsen; Nie-

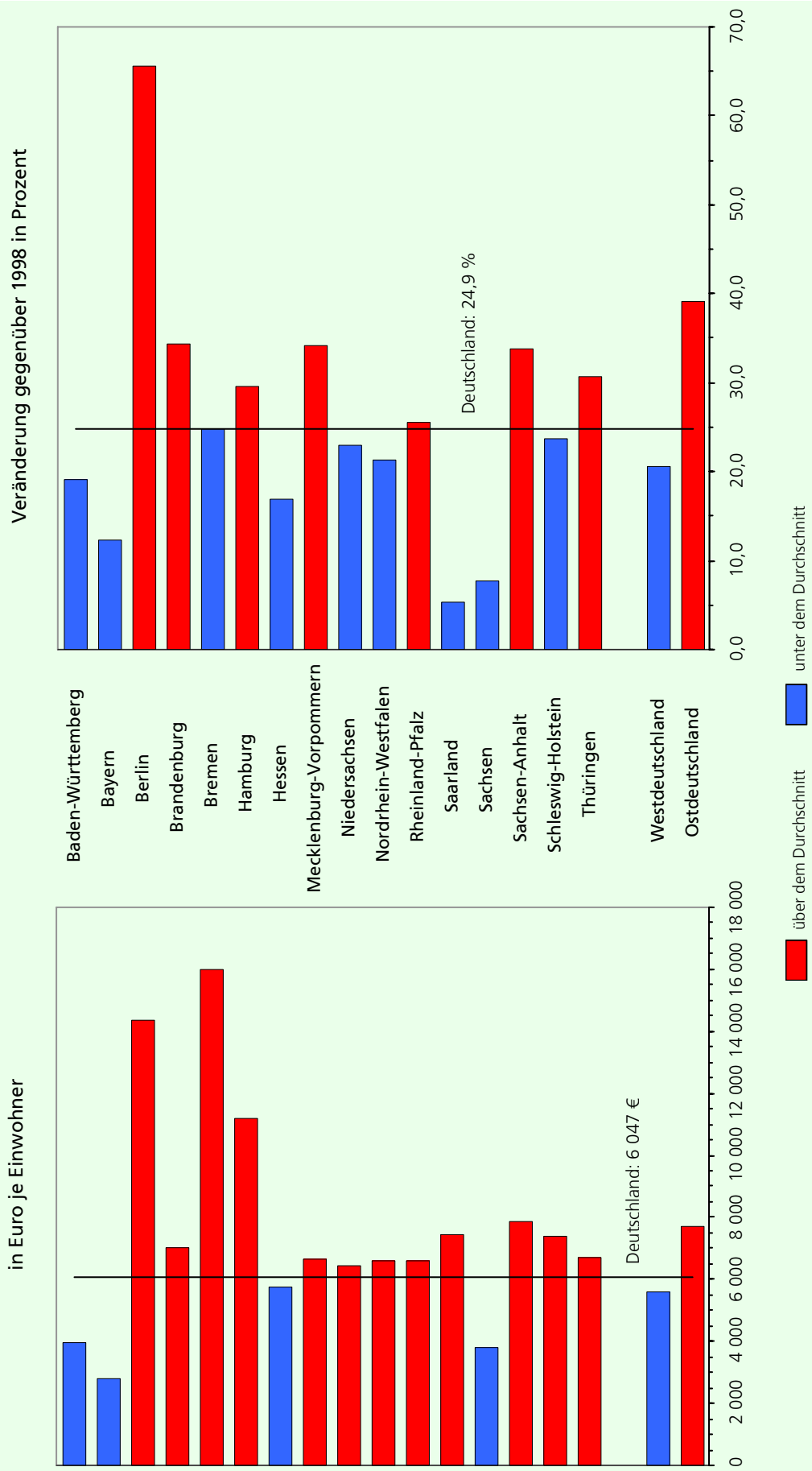
sachsen liegt mit 262 € vor Berlin, Nordrhein-Westfalen (219 €) und dem Saarland (233 €) auf dem viertletzten Platz. Dies spiegelt sich auch im Anteil der Sachinvestitionen an den Gesamtausgaben wider, der in Berlin bei nur 1,5 % liegt, gegenüber 6,6 % in Niedersachsen und 8,0 % in Deutschland insgesamt. Der Rückgang der Sachinvestitionen in Niedersachsen seit 1998 liegt mit - 11,1 % leicht unter dem Durchschnitt in Deutschland insgesamt (- 11,4 %). Insgesamt weisen nur Baden-Württemberg (+ 3,4 %) und Hessen (+ 15,4 %) eine Zunahme auf; Hessen ist auch das einzige Land, in dem der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben nicht gesunken ist. In Deutschland insgesamt beträgt der Rückgang der Sachinvestitionsquote seit 1998 - 1,6 Prozentpunkte, in Niedersachsen - 1,7 Prozentpunkte.

Bereinigte Gesamteinnahmen stagnieren

Die bereinigten Gesamteinnahmen des Landes und der Kommunen sind 2003 in Niedersachsen nur leicht um + 0,1 % gestiegen, je Einwohner gerechnet kam es sogar zu einem geringen Rückgang um knapp - 5 €. In Deutschland insgesamt lag die Zunahme mit + 0,3 % nur wenig höher. Je Einwohner weist Niedersachsen die niedrigsten Gesamteinnahmen aller Länder auf, den niedrigen Ausgaben stehen also auch nur niedrige Einnahmen gegenüber. Gegenüber 1998 gab es einen Rückgang um - 0,7 %, je Einwohner waren es - 84 €, in Deutschland war der Rückgang mit - 1,8 % bzw. - 96 € etwas stärker.

Eine Abnahme um - 0,9 % gegenüber dem Vorjahr ergab sich bei den kassenmäßigen Steuereinnahmen in Niedersachsen, auch hier war die Entwicklung in Deutschland etwas günstiger (- 0,6 %). Bei den Steuereinnahmen je Einwohner liegt Hamburg mit weitem Abstand an der Spitze (4 126 €), gefolgt von Hessen (3 017 €) und Bremen (2 826 €). Niedersachsen befindet sich mit 2 248 € im Mittelfeld, verglichen mit 1998 liegen die Steuereinnahmen um - 621 Mio. € bzw. - 3,3 % niedriger (Deutschland: - 1,5 %). Die Gegenüberstellung von Gesamtausgaben und Steuereinnahmen zeigt, dass in Niedersachsen 56,3 % der bereinigten Gesamtausgaben durch Steuern gedeckt sind, gegenüber 58,4 % in Deutschland insgesamt. Den niedrigsten Wert weist Berlin mit 37,4 % auf, den höchsten Baden-Württemberg mit 67,8 %. Westdeutschland liegt mit 62,0 % mehr als 20 Prozentpunkte über Ostdeutschland (40,9 %). Seit 1998 hat sich die niedersächsische Quote um - 8,7 Prozentpunkte verringert, dies ist der stärkste Rückgang aller Länder; als einziges Land konnte Thüringen einen leichten Anstieg um + 0,9 Prozentpunkte verzeichnen.

Kreditmarktschulden der Länder und Kommunen am 31.12.2003



Negativer Finanzierungssaldo erneut gestiegen

Aus den bereinigten Gesamteinnahmen und -ausgaben errechnet sich der Finanzierungssaldo. Er ist in Niedersachsen im Jahr 2003 um 268 Mio. € gestiegen und liegt nun bei rd. 4 294 Mio. €. Wird er nach Land einerseits und Kommunen andererseits aufgeteilt, zeigt sich, dass das Defizit des Landes um 744 Mio. € gesunken ist, während das der Gemeinden und Gemeindeverbände außerordentlich kräftig um + 1 010 Mio. € gestiegen ist. Je Einwohner gerechnet liegt der Saldo von Land und Kommunen bei 538 € und damit rd. 52 € über dem Wert von Deutschland insgesamt. Den niedrigsten Saldo je Einwohner hat Baden-Württemberg (251 €), den höchsten Berlin (1 300 €).

Entsprechend dem Saldo sind die Kreditmarktschulden zum 31.12.2003 in allen Ländern deutlich gestiegen. Nieder-

sachsen liegt mit + 7,1 % leicht über dem durchschnittlichen Wert von Deutschland (+ 6,8 %). In den fünf Jahren von 1998 bis 2003 nahmen die Kreditmarktschulden aller Länder und Kommunen zusammen um nahezu + 100 Mrd. € bzw. + 24,9 % zu, in Niedersachsen um + 9,6 Mrd. € bzw. + 23,0 %. Mit einem Schuldenstand von 51,2 Mrd. € liegt Niedersachsen auf Platz 2 nach Nordrhein-Westfalen, je Einwohner gerechnet relativiert sich dieses Ergebnis deutlich, das Land befindet sich dann auf Platz 12. Vergleichsweise günstig war die Entwicklung seit 1998 im Saarland (+ 5,3 %) und in Sachsen (+ 7,7 %), geradezu dramatisch dagegen der Anstieg in Berlin mit + 65,6 %. Interessante Ergebnisse zeigen sich, wenn die Kreditmarktschulden und die Steuereinnahmen zueinander in Beziehung gesetzt werden: In Bayern würden die Steuereinnahmen des Jahres 2003 ausreichen, um die Kreditmarktschulden zu 97 % zu tilgen, in Niedersachsen liegt dieser Wert bei nur 35 %. Am Ende der Skala liegen Berlin (16 %) und Bremen (18 %).

Soziale Probleme, Sicherheit

Sozialhilfeausgaben stiegen 2003 auf 298 € pro Kopf

Die reinen Ausgaben für Sozialhilfe (Tab. 41) stiegen von 2002 auf 2003 in Niedersachsen um + 1,3 %, im mittelfristigen Vergleich zu 1998 um + 8,5 %. Beide Zuwachsraten liegen jeweils unter den entsprechenden Werten für Deutschland insgesamt, wobei diese wiederum geprägt sind durch hohe Zuwächse in Ostdeutschland. Pro Kopf wurden in Niedersachsen für die Sozialhilfe 298 € aufgewandt (Deutschland: 274 €). Hohe Sozialhilfekosten entstehen vor allem in den Stadtstaaten; in den Flächenländern Ostdeutschlands waren sie trotz der Zuwächse im Vergleich immer noch relativ niedrig, weil hier die vorgelegerten Sicherungssysteme der Arbeitsverwaltung stärkeres Gewicht hatten.

Zahl der Sozialhilfeempfänger in Niedersachsen nimmt ab

Ende des Jahres 2003 lebten in Niedersachsen 311 923 Sozialhilfeempfänger (HLU-Empfänger außerhalb von Einrichtungen, Tab. 42). Das waren - 0,3 % weniger als 2002 und sogar - 6,8 % weniger als 1998. Beide Veränderungsraten waren deutlich besser als die entsprechenden Bundeswerte von + 2,0 % kurz- und - 2,4 % mittelfristig. Es ist hier zu berücksichtigen, dass zum Jahresbeginn 2003 das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Kraft getreten ist. Ohne die Einführung der Grundsicherung für über 65-Jährige und voll erwerbsgeminderte Personen wäre 2003 die Zahl der Sozialhilfeempfänger auch in Niedersachsen erneut gestiegen.

Die Veränderungsraten sind durch gegenläufige Bewegungen in Ost- und Westdeutschland gekennzeichnet, was besonders im mittelfristigen Vergleich deutlich wird: Während im Westen – trotz steigender Bevölkerung – die Empfängerzahlen binnen 5 Jahren um - 5,9 % schrumpften, wuchsen sie im Osten zeitgleich um + 10,5 %. Die Sozialhilfequote, der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Gesamtbevölkerung, war 1998 in Ost und West noch fast identisch mit Werten von 3,6 % bzw. 3,5 %. 2003 lagen sie bei 4,1 % im Osten und 3,2 % im Westen. Vor allem die hohen Sozialhilfeempfängerzahlen in der Bundeshauptstadt Berlin sind dafür ursächlich. Niedersachsens Quote lag bei 3,9 %, höher lagen die Stadtstaaten.

Bei den Empfängerinnen von Sozialhilfe (Tab. 43) entwickelten sich die Dinge etwas günstiger als bei den Männern. Zwar sind Frauen in Niedersachsen wie bundesweit stärker von Armut bedroht und darum häufiger als Män-

ner auf Sozialhilfe angewiesen: 4,3 % der Frauen waren es in Niedersachsen. Insbesondere alleinerziehende Mütter und ihre Kinder spielen hier eine Rolle. Die 173 868 Sozialhilfeempfängerinnen Ende 2003 in Niedersachsen bedeuteten einen Frauenanteil von fast 56 %. Aber die Entwicklungslinien sind günstig: Kurzfristig gingen bei den Frauen die Empfängerinnenzahlen um - 0,8 %, mittelfristig um - 7,2 % zurück; das sind jeweils bessere Werte als bei den Männern. Bundesweit ist derselbe Trend feststellbar.

Rasche Zunahme der Zahl der Alleinerziehenden

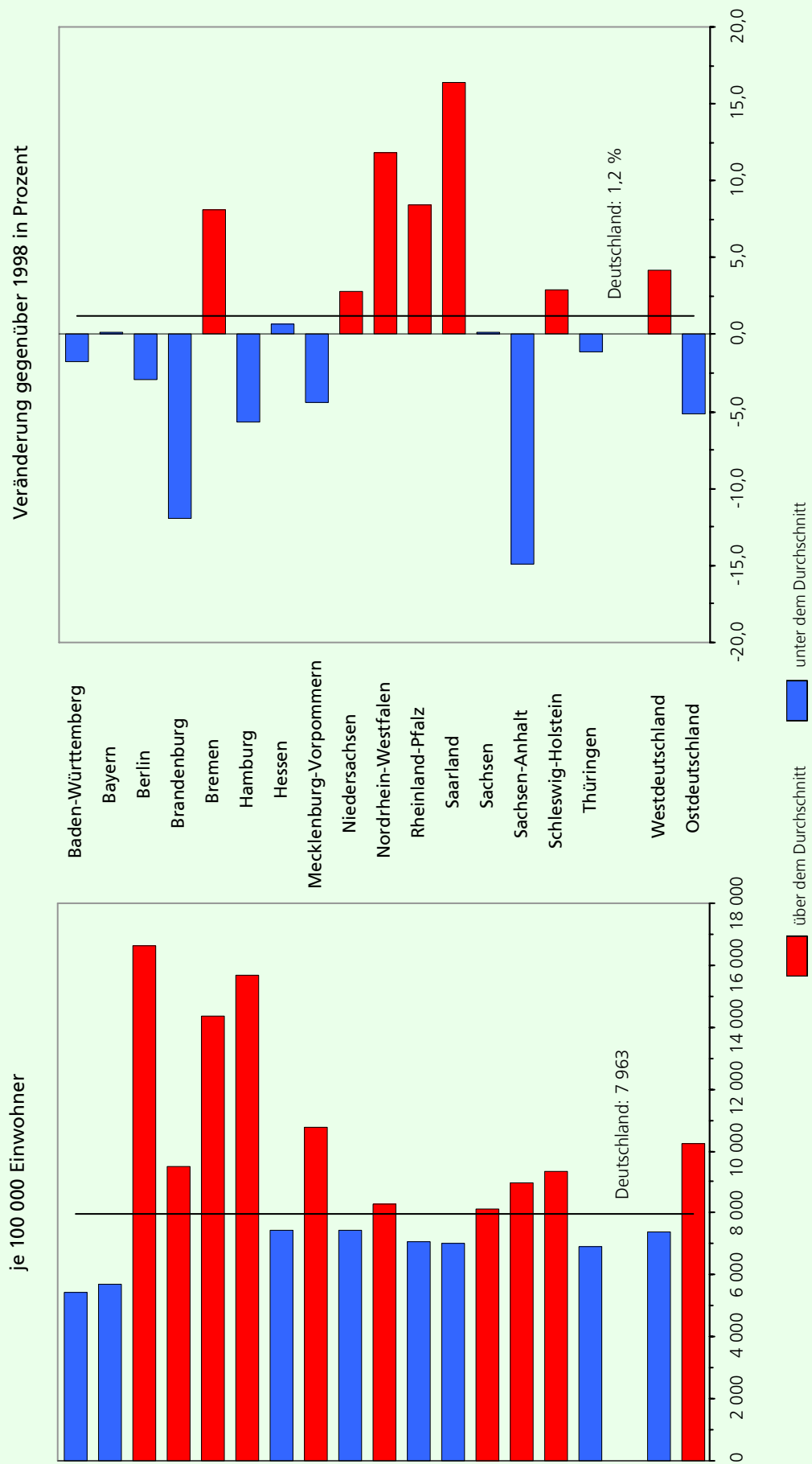
Die Zahl der alleinerziehenden Mütter und Väter (Tab. 44) stieg in Niedersachsen binnen Jahresfrist um + 5,0 % auf 272 000. Beide Zuwachsraten lagen über den entsprechenden Durchschnittswerten für Deutschland. Auf 1 000 Einwohner kommen in Niedersachsen 34 Alleinerziehende; dieser Wert ist im Deutschland-Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich, Niedersachsen hat aber nicht mehr wie noch im Vorjahr den geringsten Anteil an Alleinerziehenden.

Hier gibt es eine klare Struktur: Hohe Anteile alleinerziehender Mütter und Väter gibt es vor allem in Ostdeutschland sowie in den Stadtstaaten. Relativ niedrige Anteile gibt es in den meisten Flächenländern Westdeutschlands. Gerade in diesen aber gibt es hohe Zuwachsraten, so z.B. neben Niedersachsen auch in Bayern und Baden-Württemberg. Insgesamt ergibt sich so ein Angleichungsprozess, der darauf zurückgeht, dass die eher traditionelle Lebensform der Familie mit verheirateten Eltern auch z.B. in ländlichen Regionen nicht mehr die einzige und dominante Form des Zusammenlebens der Geschlechter und Generationen ist.

Weiterhin unterdurchschnittliche Kriminalitätsbelastung

Der Polizei wurden im Jahr 2003 in Niedersachsen 593 616 Straftaten bekannt (Tab. 45). Von diesen wurden 53,5 % als aufgeklärt angesehen. Die Aufklärungsquote liegt damit geringfügig höher als 2002 (53,3 %) und im Bundesgebiet insgesamt (53,1 %). Auf 100 000 Einwohner kamen in Niedersachsen 7 438 Straftaten, gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um - 2,7 %, mittelfristig eine Zunahme um + 2,8 %. Strukturell ist wichtig, dass diese Häufigkeitszahl in Niedersachsen weiterhin klar unter dem Bundesdurchschnitt von 7 963 liegt. Relativ viele Straftaten passieren in den Stadtstaaten, relativ wenige in den süddeutschen Ländern.

Straftaten 2003



Straßenverkehr ist sicherer geworden

Im Jahr 2003 gab es auf Niedersachsens Straßen insgesamt 48 825 verunglückte Menschen, also bei Straßenverkehrsunfällen getötete oder verletzte Personen. Erfreulicherweise bedeutet dies einen erheblichen Rückgang um - 5,1 % im Vergleich zum Vorjahr und sogar um - 8,1 % im Fünfjahresvergleich zu 1998. Beide Abnahmeraten liegen höher als die entsprechenden Bundeswerte.

Mittelfristig gab es besonders hohe Abnahmeraten in Ostdeutschland (- 17,2 %), während in Westdeutschland mit - 4,4 % der Rückgang weniger klar ausfiel. Die Zahl der Verunglückten pro 100 000 Einwohner lag noch 1998 im Osten deutlich höher als im Westen. Eine Vielzahl von Gründen trug zu dieser Ost-West-Disparität, die seit 1994 zu beobachten war, bei. Mittlerweile liegt die relative Unfallhäufigkeit im Westen wieder höher als im Osten. In Niedersachsen entfielen 611 Verunglückte auf 100 000 Einwohner, ein trotz klarer Rückgänge nach wie vor überdurchschnittlicher Wert, der sich im wesentlichen daraus erklärt, dass Niedersachsen ein Transitland für den Nord-Süd- genauso wie für den Ost-West-Verkehr ist.



Fazit

Es gibt keinen niedersächsischen Sonderweg, und darum prägen die wesentlichen Entwicklungslinien für Deutschland insgesamt auch Niedersachsen. Die unbefriedigende Konjunktur und Arbeitsmarktlage sind in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland zu spüren. Deutlich wird dies z.B. bei den öffentlichen Finanzen. Diese spiegeln insgesamt die schlechte gesamtwirtschaftliche Lage wider. Länder und Kommunen reagieren auf die schwachen Einnahmen – zum Teil bedingt durch Steuerreformen – mit Einsparungen, was zu deutlichen Rückgängen bei den Sachinvestitionen führt, denn der größte Ausgabenposten – die Personalausgaben – ist kurzfristig relativ unflexibel. Da die Einsparungen nicht ausreichen, bleiben die negativen Finanzierungssalden hoch, und der Schuldenstand steigt. Niedersachsen folgt – alles in allem – dem Durchschnitt: Im Vorjahresvergleich ist die niedersächsische Entwicklung etwas schlechter, im Fünfjahresvergleich etwas besser als in Deutschland insgesamt.

Es gibt aber zum Negativen wie zum Positiven einige Spezifika und Charakteristika der niedersächsischen Entwicklung. Diese sind:

Der noch Ende der neunziger Jahre spürbare „demographische Vorsprung“ des Landes ist weitgehend dahin. Dieser äußerte sich in überdurchschnittlichen Zahlen für Geburten und Eheschließungen, in unterdurchschnittlichen Zahlen für Scheidungen und Alleinerziehende. Mittlerweile sind die Scheidungsraten überdurchschnittlich, die Geburtenraten gehen kräftig zurück und sind nur noch durchschnittlich, die Zahl der Alleinerziehenden nimmt kräftig zu. Das alles sind Begleiterscheinungen der Modernisierung der Lebensverhältnisse, steigender räumlicher und sozialer Mobilität und Flexibilisierung der Lebensentwürfe.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist insgesamt durchschnittlich, die Entwicklung der Erwerbstätigkeit insgesamt über-

durchschnittlich. Positiv hervorzuheben sind die Zuwächse bei Frauen, bei Selbstständigen und bei Hochqualifizierten sowie die Erfolge bei der Bekämpfung der Armut, die ja u.a. auch auf der vergleichsweise günstigen Arbeitsmarktentwicklung fußen. Um so schwerer fallen die erneuten Zuwächse bei den Schulentlassenen ohne Abschluss ins Gewicht. Diese sind die soziale Problemgruppe der Zukunft, wenn sie nicht durch Konzepte des „Förderns und Forderns“ mobilisiert werden.

Eine Schwäche der niedersächsischen Struktur scheint ein gewisser *Mangel an Internationalität* zu sein. Niedersachsen wird im Ausland offenbar nicht so wahrgenommen wie andere Länder. Man sieht dies an den geringen Zuwächsen bei den Investitionen der Ausländer im Lande, man sieht es auch bei den Tourismuszahlen mit ganz geringen Ausländeranteilen. Hier gibt es zumindest Nachholbedarf.

Die insgesamt durchschnittliche Wirtschaftsentwicklung setzt sich aus sehr unterschiedlichen Mosaiksteinchen zusammen. Dazu gehören eher positive, zumindest im Ländervergleich überdurchschnittliche Zahlen in den produzierenden Sektoren der Volkswirtschaft – die Landwirtschaft sticht hier hervor und zeigt, dass Modernität und Innovation auch in traditionsreichen Wirtschaftszweigen möglich sind. Auf der anderen Seite stehen eher deutlicher gewordene Schwächen im Dienstleistungsbereich. Diese zeigen sich schon im Tourismus, vor allem aber bei den unternehmensnahen Dienstleistungen. Ein großes strukturelles Problem ist der Mangel an wirtschaftlichen Entscheidungszentralen – die Sitze der großen Unternehmen, und damit i.d.R. auch die Sitze der Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, befinden sich meist in den metropolitanen Ballungsräumen des Südens und Westens Deutschlands.

Tabellenteil

Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte

Land	Einwohner am					Einwohner je qkm	Veränderung der Einwohnerzahl	
	in 1 000			Länderanteil			31.12.03/98	31.12.03/02
	31.12.1998	31.12.2002	31.12.2003	1998	2003	%		
	Anzahl (1 000)			%		Anzahl		
Baden-Württemberg	10 426	10 661	10 693	12,7	13,0	299	+ 2,6	+ 0,3
Bayern	12 087	12 387	12 423	14,7	15,1	176	+ 2,8	+ 0,3
Berlin	3 399	3 392	3 388	4,1	4,1	3 799	- 0,3	- 0,1
Brandenburg	2 590	2 582	2 575	3,2	3,1	87	- 0,6	- 0,3
Bremen	668	662	663	0,8	0,8	1 641	- 0,7	+ 0,2
Hamburg	1 700	1 729	1 734	2,1	2,1	2 309	+ 2,0	+ 0,3
Hessen	6 035	6 092	6 089	7,4	7,4	288	+ 0,9	- 0,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 799	1 745	1 732	2,2	2,1	75	- 3,7	- 0,7
Niedersachsen	7 866	7 980	7 993	9,6	9,7	168	+ 1,6	+ 0,2
Nordrhein-Westfalen	17 976	18 076	18 080	21,9	21,9	530	+ 0,6	+ 0,0
Rheinland-Pfalz	4 025	4 058	4 059	4,9	4,9	204	+ 0,8	+ 0,0
Saarland	1 074	1 065	1 061	1,3	1,3	413	- 1,2	- 0,3
Sachsen	4 489	4 349	4 321	5,5	5,2	235	- 3,7	- 0,6
Sachsen-Anhalt	2 674	2 549	2 523	3,3	3,1	123	- 5,7	- 1,0
Schleswig-Holstein	2 766	2 817	2 823	3,4	3,4	179	+ 2,1	+ 0,2
Thüringen	2 463	2 392	2 373	3,0	2,9	147	- 3,6	- 0,8
Deutschland	82 037	82 537	82 532	100,0	100,0	231	+ 0,6	- 0,0
Westdeutschland	64 622	65 527	65 619	78,8	79,5	264	+ 1,5	+ 0,1
Ostdeutschland	17 415	17 009	16 913	21,2	20,5	156	- 2,9	- 0,6

2. Lebendgeborene

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner am (30.06.)			Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	
	1998	2002	2003 ¹⁾	1998	2002	2003 ¹⁾	03/98	03/02
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	111 056	99 603	97 596	10,7	9,4	9,1	- 12,1	- 2,0
Bayern	126 529	113 818	111 536	10,5	9,2	9,0	- 11,8	- 2,0
Berlin	29 612	28 202	28 724	8,7	8,3	8,5	- 3,0	+ 1,9
Brandenburg	17 146	17 705	17 971	6,6	6,8	7,0	+ 4,8	+ 1,5
Bremen	6 360	5 484	5 577	9,5	8,3	8,4	- 12,3	+ 1,7
Hamburg	16 235	15 706	15 916	9,5	9,1	9,2	- 2,0	+ 1,3
Hessen	60 567	55 324	54 399	10,0	9,1	8,9	- 10,2	- 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	12 246	12 504	12 782	6,8	7,1	7,4	+ 4,4	+ 2,2
Niedersachsen	82 207	73 194	70 563	10,5	9,2	8,8	- 14,2	- 3,6
Nordrhein-Westfalen	182 287	163 434	159 883	10,1	9,0	8,8	- 12,3	- 2,2
Rheinland-Pfalz	39 639	34 741	34 083	9,9	8,6	8,4	- 14,0	- 1,9
Saarland	9 111	7 879	7 598	8,5	7,4	7,1	- 16,6	- 3,6
Sachsen	30 190	31 518	32 079	6,7	7,2	7,4	+ 6,3	+ 1,8
Sachsen-Anhalt	17 513	17 617	16 889	6,5	6,9	6,7	- 3,6	- 4,1
Schleswig-Holstein	27 729	24 914	24 216	10,0	8,9	8,6	- 12,7	- 2,8
Thüringen	16 607	17 007	16 911	6,7	7,1	7,1	+ 1,8	- 0,6
Deutschland	785 034	719 250	706 728	9,6	8,7	8,6	- 10,0	- 1,7
Westdeutschland	661 720	594 097	581 367	10,3	9,1	8,9	- 12,1	- 2,1
Ostdeutschland	123 314	124 553	125 356	7,1	7,3	7,4	+ 1,7	+ 0,6

3. Geburten-/Sterbesaldo

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung des Saldos	
	1998	2002	2003 ¹⁾	1998	2002	2003 ¹⁾	03/98	03/02
	Anzahl						absolut	
Baden-Württemberg	14 246	4 491	367	1,4	0,4	0,0	- 13 879	- 4 124
Bayern	6 082	- 5 938	- 10 242	0,5	- 0,5	- 0,8	- 16 324	- 4 304
Berlin	- 5 612	- 4 691	- 4 422	- 1,6	- 1,4	- 1,3	+ 1 190	+ 269
Brandenburg	- 9 181	- 8 789	- 8 891	- 3,6	- 3,4	- 3,5	+ 290	- 102
Bremen	- 1 478	- 2 184	- 2 081	- 2,2	- 3,3	- 3,1	- 603	+ 103
Hamburg	- 2 993	- 2 702	- 2 156	- 1,8	- 1,6	- 1,2	+ 837	+ 546
Hessen	- 413	- 5 043	- 7 110	- 0,1	- 0,8	- 1,2	- 6 697	- 2 067
Mecklenburg-Vorpommern	- 5 373	- 4 829	- 4 933	- 3,0	- 2,8	- 2,8	+ 440	- 104
Niedersachsen	- 1 470	- 10 318	- 14 773	- 0,2	- 1,3	- 1,8	- 13 303	- 4 455
Nordrhein-Westfalen	- 6 860	- 24 899	- 30 911	- 0,4	- 1,4	- 1,7	- 24 051	- 6 012
Rheinland-Pfalz	- 3 069	- 7 928	- 9 850	- 0,8	- 2,0	- 2,4	- 6 781	- 1 922
Saarland	- 3 339	- 4 492	- 5 254	- 3,1	- 4,2	- 4,9	- 1 915	- 762
Sachsen	- 21 693	- 18 578	- 18 590	- 4,8	- 4,3	- 4,3	+ 3 103	- 12
Sachsen-Anhalt	- 13 498	- 12 542	- 12 743	- 5,0	- 4,9	- 5,0	+ 755	- 201
Schleswig-Holstein	- 2 313	- 4 988	- 6 327	- 0,8	- 1,8	- 2,2	- 4 014	- 1 339
Thüringen	- 10 384	- 8 993	- 9 309	- 4,2	- 3,7	- 3,9	+ 1 075	- 316
Deutschland	- 67 348	- 122 423	- 147 198	- 0,8	- 1,5	- 1,8	- 79 850	- 24 775
Westdeutschland	- 1 607	- 64 001	- 88 337	0,0	- 1,0	- 1,3	- 86 730	- 24 336
Ostdeutschland	- 65 741	- 58 422	- 58 888	- 3,8	- 3,4	- 3,5	+ 6 853	- 466

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis.

4. Wanderungssaldo

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung des Saldos	
	1998	2002	2003 ¹⁾	1998	2002	2003 ¹⁾	03/98	03/02
	Anzahl						absolut	
Baden-Württemberg	15 184	56 117	31 213	1,5	5,3	2,9	+ 16 029	- 24 904
Bayern	14 091	63 574	46 273	1,2	5,1	3,7	+ 32 182	- 17 301
Berlin	- 21 325	8 685	477	-6,2	2,6	0,1	+ 21 802	- 8 208
Brandenburg	26 265	- 1 871	1 034	10,2	-0,7	0,4	- 25 231	+ 2 905
Bremen	- 4 440	4 631	3 112	-6,6	7,0	4,7	+ 7 552	- 1 519
Hamburg	- 1 649	5 414	7 652	-1,0	3,1	4,4	+ 9 301	+ 2 238
Hessen	3 845	18 844	4 579	0,6	3,1	0,8	+ 734	- 14 265
Mecklenburg-Vorpommern	- 3 737	- 10 477	- 7 560	-2,1	-6,0	-4,3	- 3 823	+ 2 917
Niedersachsen	21 912	34 376	27 755	2,8	4,3	3,5	+ 5 823	- 6 641
Nordrhein-Westfalen	7 889	49 162	34 241	0,4	2,7	1,9	+ 26 352	- 14 921
Rheinland-Pfalz	10 210	16 589	10 805	2,5	4,1	2,7	+ 595	- 5 784
Saarland	- 3 228	3 010	1 642	-3,0	2,8	1,5	+ 4 870	- 1 368
Sachsen	- 11 246	- 16 505	- 8 998	-2,5	-3,8	-2,1	+ 2 248	+ 7 507
Sachsen-Anhalt	- 13 702	- 19 173	- 13 227	-5,1	-7,5	-5,2	+ 475	+ 5 946
Schleswig-Holstein	11 897	17 248	12 983	4,3	6,1	4,6	+ 1 086	- 4 265
Thüringen	- 4 914	- 10 279	- 9 481	-2,0	-4,3	-4,0	- 4 567	+ 798
Deutschland	47 052	219 345	142 645	0,6	2,7	1,7	+ 95 593	- 76 700
Westdeutschland	75 711	268 965	180 235	1,2	4,1	2,7	+ 104 524	- 88 730
Ostdeutschland	- 28 659	- 49 620	- 37 755	-1,6	-2,9	-2,2	- 9 096	+ 11 865

5. Eheschließungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	1998	2002	2003 ¹⁾	1998	2002	2003 ¹⁾	03/98	03/02
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	55 693	51 946	50 603	53,5	48,9	47,4	- 9,1	- 2,6
Bayern	64 065	60 686	59 009	53,1	49,1	47,6	- 7,9	- 2,8
Berlin	14 526	12 803	12 390	42,5	37,8	36,5	- 14,7	- 3,2
Brandenburg	9 266	9 650	9 975	35,9	37,3	38,7	+ 7,7	+ 3,4
Bremen	3 477	3 130	3 094	51,8	47,4	46,7	- 11,0	- 1,2
Hamburg	7 994	6 999	6 959	47,0	40,6	40,2	- 12,9	- 0,6
Hessen	31 992	30 472	29 613	53,0	50,1	48,6	- 7,4	- 2,8
Mecklenburg-Vorpommern	6 903	7 902	7 872	38,3	45,1	45,3	+ 14,0	- 0,4
Niedersachsen	46 532	42 391	40 827	59,3	53,2	51,1	- 12,3	- 3,7
Nordrhein-Westfalen	97 679	89 803	87 769	54,4	49,7	48,6	- 10,1	- 2,3
Rheinland-Pfalz	21 763	20 800	20 123	54,2	51,4	49,6	- 7,5	- 3,3
Saarland	5 857	5 289	5 141	54,4	49,7	48,4	- 12,2	- 2,8
Sachsen	15 648	15 188	14 778	34,7	34,8	34,1	- 5,6	- 2,7
Sachsen-Anhalt	9 485	9 274	9 316	35,3	36,2	36,7	- 1,8	+ 0,5
Schleswig-Holstein	17 949	17 037	16 985	65,0	60,6	60,3	- 5,4	- 0,3
Thüringen	8 591	8 597	8 372	34,8	35,8	35,1	- 2,5	- 2,6
Deutschland	417 420	391 967	382 923	50,9	47,5	46,4	- 8,3	- 2,3
Westdeutschland	353 001	328 553	320 123	54,7	50,2	48,8	- 9,3	- 2,6
Ostdeutschland	64 419	63 414	62 703	36,9	37,2	37,0	- 2,7	- 1,1

6. Ehescheidungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	21 833	23 700	25 046	21,0	22,3	23,5	+ 14,7	+ 5,7
Bayern	26 553	29 503	29 992	22,0	23,9	24,2	+ 13,0	+ 1,7
Berlin	9 677	9 322	10 102	28,3	27,5	29,8	+ 4,4	+ 8,4
Brandenburg	5 540	5 829	6 107	21,5	22,5	23,7	+ 10,2	+ 4,8
Bremen	1 996	1 742	1 797	29,8	26,4	27,1	- 10,0	+ 3,2
Hamburg	4 968	4 560	4 989	29,2	26,4	28,8	+ 0,4	+ 9,4
Hessen	14 676	15 785	16 288	24,3	25,9	26,7	+ 11,0	+ 3,2
Mecklenburg-Vorpommern	3 891	3 505	3 677	21,6	20,0	21,2	- 5,5	+ 4,9
Niedersachsen	18 154	21 044	21 921	23,1	26,4	27,4	+ 20,8	+ 4,2
Nordrhein-Westfalen	45 246	47 208	50 962	25,2	26,1	28,2	+ 12,6	+ 8,0
Rheinland-Pfalz	10 148	11 187	11 567	25,3	27,6	28,5	+ 14,0	+ 3,4
Saarland	2 996	2 981	2 867	27,8	28,0	27,0	- 4,3	- 3,8
Sachsen	9 337	8 515	8 946	20,7	19,5	20,6	- 4,2	+ 5,1
Sachsen-Anhalt	5 274	5 838	5 863	19,6	22,8	23,1	+ 11,2	+ 0,4
Schleswig-Holstein	7 139	8 194	8 293	25,9	29,2	29,4	+ 16,2	+ 1,2
Thüringen	4 988	5 301	5 558	20,2	22,1	23,3	+ 11,4	+ 4,8
Deutschland	192 416	204 214	213 975	23,5	24,8	25,9	+ 11,2	+ 4,8
Westdeutschland	153 709	165 904	173 722	23,8	25,4	26,5	+ 13,0	+ 4,7
Ostdeutschland	38 707	38 310	40 253	22,2	22,5	23,7	+ 4,0	+ 5,1

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis.

Erwerbstätigkeit

7. Erwerbstätige (Mikrozensus)

Land	Insgesamt (April)			Darunter Selbstständige			Selbstständigenquote 2003	Veränderung insgesamt	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003		03/98	03/02
	Anzahl (1 000)						%		
Baden-Württemberg	4 795	5 019	4 984	486	496	504	10,1	+ 3,9	- 0,7
Bayern	5 743	5 921	5 864	682	685	679	11,6	+ 2,1	- 1,0
Berlin	1 477	1 455	1 420	173	172	190	13,4	- 3,9	- 2,4
Brandenburg	1 124	1 130	1 117	93	103	104	9,3	- 0,6	- 1,2
Bremen	275	268	271	25	23	24	8,9	- 1,5	+ 1,1
Hamburg	787	795	784	93	102	102	13,0	- 0,4	- 1,4
Hessen	2 664	2 784	2 743	287	294	304	11,1	+ 3,0	- 1,5
Mecklenburg-Vorpommern	758	731	725	54	60	62	8,6	- 4,4	- 0,8
Niedersachsen	3 369	3 410	3 390	326	332	343	10,1	+ 0,6	- 0,6
Nordrhein-Westfalen	7 405	7 620	7 515	698	698	716	9,5	+ 1,5	- 1,4
Rheinland-Pfalz	1 749	1 795	1 800	168	186	183	10,2	+ 2,9	+ 0,3
Saarland	428	442	426	41	37	40	9,4	- 0,5	- 3,6
Sachsen	1 887	1 825	1 809	165	166	179	9,9	- 4,1	- 0,9
Sachsen-Anhalt	1 098	1 052	1 051	85	74	80	7,6	- 4,3	- 0,1
Schleswig-Holstein	1 231	1 227	1 244	134	137	141	11,3	+ 1,1	+ 1,4
Thüringen	1 072	1 062	1 030	84	88	92	8,9	- 3,9	- 3,0
Deutschland	35 860	36 536	36 172	3 594	3 654	3 744	10,4	+ 0,9	- 1,0
Westdeutschland	28 446	29 281	29 021	2 940	2 990	3 036	10,5	+ 2,0	- 0,9
Ostdeutschland	7 416	7 255	7 152	654	663	707	9,9	- 3,6	- 1,4

8. Erwerbstätige Frauen (Mikrozensus)

Land	Insgesamt (April)			Erwerbstätigenquote der weiblichen Gesamtbevölkerung			Veränderung insgesamt	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Anzahl (1 000)			%				
Baden-Württemberg	2 062	2 228	2 230	38,8	41,1	41,0	+ 8,1	+ 0,1
Bayern	2 477	2 634	2 607	40,1	41,7	41,2	+ 5,2	- 1,0
Berlin	684	682	668	38,9	39,2	38,4	- 2,3	- 2,1
Brandenburg	503	520	526	38,4	39,7	40,4	+ 4,6	+ 1,2
Bremen	120	121	125	34,6	35,4	36,5	+ 4,2	+ 3,3
Hamburg	365	364	362	41,5	41,0	40,6	- 0,8	- 0,5
Hessen	1 140	1 236	1 222	37,0	39,8	39,3	+ 7,2	- 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	336	334	334	36,8	37,7	38,1	- 0,6	+ 0,0
Niedersachsen	1 416	1 480	1 498	35,3	36,4	36,8	+ 5,8	+ 1,2
Nordrhein-Westfalen	3 016	3 291	3 286	32,6	35,5	35,4	+ 9,0	- 0,2
Rheinland-Pfalz	725	771	784	35,4	37,4	38,0	+ 8,1	+ 1,7
Saarland	176	187	186	31,7	34,1	34,0	+ 5,7	- 0,5
Sachsen	840	843	837	36,1	37,5	37,6	- 0,4	- 0,7
Sachsen-Anhalt	492	485	483	35,5	36,8	37,2	- 1,8	- 0,4
Schleswig-Holstein	522	543	562	37,0	37,8	39,0	+ 7,7	+ 3,5
Thüringen	481	480	468	38,0	39,2	38,6	- 2,7	- 2,5
Deutschland	15 351	16 200	16 176	36,5	38,4	38,4	+ 5,4	- 0,1
Westdeutschland	12 019	12 855	12 862	36,3	38,4	38,4	+ 7,0	+ 0,1
Ostdeutschland	3 336	3 344	3 316	37,2	38,3	38,3	- 0,6	- 0,8

9. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Insgesamt (30.6.)			Darunter Teilzeitkräfte			Insgesamt je 1 000 Einw.	Veränderung insgesamt	
	1998	2002	2003	2002	2003	2003		03/98	03/02
	Anzahl (1 000)			%			Anzahl	%	
Baden-Württemberg	3 667	3 851	3 787	582	590	15,6	354,6	+ 3,3	- 1,7
Bayern	4 183	4 421	4 333	679	691	15,9	349,5	+ 3,6	- 2,0
Berlin	1 133	1 104	1 065	194	194	18,2	314,0	- 6,0	- 3,5
Brandenburg	847	760	733	100	100	13,6	284,6	- 13,5	- 3,5
Bremen	278	285	281	49	51	18,1	424,0	+ 1,0	- 1,3
Hamburg	731	769	750	124	125	16,7	433,1	+ 2,5	- 2,4
Hessen	2 093	2 193	2 151	351	356	16,6	353,3	+ 2,8	- 1,9
Mecklenburg-Vorpommern	606	549	526	73	72	13,7	302,6	- 13,2	- 4,2
Niedersachsen	2 342	2 412	2 376	411	416	17,5	297,4	+ 1,4	- 1,5
Nordrhein-Westfalen	5 737	5 890	5 736	883	886	15,4	317,4	- 0,0	- 2,6
Rheinland-Pfalz	1 159	1 196	1 175	201	205	17,4	289,7	+ 1,4	- 1,7
Saarland	342	353	348	50	51	14,7	327,5	+ 1,7	- 1,5
Sachsen	1 572	1 421	1 395	204	202	14,5	321,9	- 11,2	- 1,8
Sachsen-Anhalt	885	784	763	102	103	13,5	300,9	- 13,8	- 2,7
Schleswig-Holstein	797	814	793	145	145	18,3	281,5	- 0,5	- 2,6
Thüringen	836	771	741	108	103	13,9	310,9	- 11,3	- 3,9
Deutschland	27 208	27 571	26 955	4 255	4 288	15,9	326,7	- 0,9	- 2,2
Westdeutschland	21 330	22 183	21 730	3 475	3 516	16,2	331,5	+ 1,9	- 2,0
Ostdeutschland	5 878	5 389	5 223	780	774	14,8	308,0	- 11,1	- 3,1

10. Arbeitslose und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (im Juni) (alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen)			Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	311 406	326 052	324 666	7,0	6,6	6,6	+ 4,3	- 0,4
Bayern	346 920	415 559	411 920	6,7	7,3	7,2	+ 18,7	- 0,9
Berlin	262 290	306 950	297 401	17,4	20,3	19,9	+ 13,4	- 3,1
Brandenburg	218 137	249 844	249 753	18,1	20,2	20,3	+ 14,5	- 0,0
Bremen	42 861	42 063	42 176	13,5	14,3	14,4	- 1,6	+ 0,3
Hamburg	82 321	86 267	84 392	11,5	11,2	11,1	+ 2,5	- 2,2
Hessen	233 314	237 555	243 058	9,1	8,6	8,9	+ 4,2	+ 2,3
Mecklenburg-Vorpommern	153 636	176 296	175 006	18,2	21,2	21,2	+ 13,9	- 0,7
Niedersachsen	353 783	364 316	357 732	10,9	10,2	10,1	+ 1,1	- 1,8
Nordrhein-Westfalen	829 458	863 399	880 079	11,2	10,7	11,0	+ 6,1	+ 1,9
Rheinland-Pfalz	142 799	149 160	148 128	8,7	8,2	8,2	+ 3,7	- 0,7
Saarland	49 194	47 682	44 522	11,6	10,4	9,7	- 9,5	- 6,6
Sachsen	358 496	392 578	385 482	17,5	18,9	19,0	+ 7,5	- 1,8
Sachsen-Anhalt	263 962	263 749	256 817	21,0	21,6	21,3	- 2,7	- 2,6
Schleswig-Holstein	113 513	131 868	132 222	9,8	10,6	10,6	+ 16,5	+ 0,3
Thüringen	177 160	205 371	200 063	15,4	17,7	17,6	+ 12,9	- 2,6
Deutschland	3 939 250	4 258 709	4 233 417	11,2	11,3	11,3	+ 7,5	- 0,6
Westdeutschland	2 505 569	2 663 921	2 668 895	9,2	9,0	9,1	+ 6,5	+ 0,2
Ostdeutschland	1 433 681	1 594 788	1 564 522	17,9	19,8	19,8	+ 9,1	- 1,9

11. Langzeitarbeitslose und Anteil an der Zahl der Arbeitslosen

Land	Langzeitarbeitslose			Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen			Veränderung der Zahl der Langzeitarbeitslosen	
	1999	2003	30.06.2004	1999	2003	30.06.2004	04/99	04/03
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	110 961	79 301	100 277	34,2	23,5	30,9	- 9,6	+ 26,5
Bayern	114 132	100 266	125 882	29,7	22,4	30,6	+ 10,3	+ 25,5
Berlin	88 722	105 230	123 279	33,1	34,3	41,5	+ 39,0	+ 17,2
Brandenburg	70 085	99 528	113 691	31,4	39,4	45,5	+ 62,2	+ 14,2
Bremen	17 349	14 831	18 202	39,5	35,0	43,2	+ 4,9	+ 22,7
Hamburg	31 096	22 618	28 172	37,0	26,2	33,4	- 9,4	+ 24,6
Hessen	86 152	61 407	84 649	36,0	25,4	34,8	- 1,7	+ 37,8
Mecklenburg-Vorpommern	49 459	67 406	78 259	30,3	37,1	44,7	+ 58,2	+ 16,1
Niedersachsen	138 279	118 238	139 018	36,8	31,2	38,9	+ 0,5	+ 17,6
Nordrhein-Westfalen	326 180	293 538	367 091	39,3	33,4	41,7	+ 12,5	+ 25,1
Rheinland-Pfalz	49 635	39 729	49 103	33,2	25,7	33,1	- 1,1	+ 23,6
Saarland	20 613	15 419	16 758	41,1	32,3	37,6	- 18,7	+ 8,7
Sachsen	127 929	161 005	180 294	33,7	39,9	46,8	+ 40,9	+ 12,0
Sachsen-Anhalt	91 196	105 480	118 434	33,5	39,3	46,1	+ 29,9	+ 12,3
Schleswig-Holstein	40 683	37 427	46 898	33,3	27,5	35,5	+ 15,3	+ 25,3
Thüringen	53 971	75 102	86 591	28,5	35,7	43,3	+ 60,4	+ 15,3
Deutschland	1 416 440	1 396 524	1 676 598	34,6	31,9	39,6	+ 18,4	+ 20,1
Westdeutschland	935 079	782 775	976 050	35,9	28,4	36,6	+ 4,4	+ 24,7
Ostdeutschland	481 361	613 749	700 548	32,2	37,8	44,8	+ 45,5	+ 14,1

12. Arbeitslose Frauen und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (im Juni) (alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen)			Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	1999	2003	2004	1999	2003	2004	04/99	04/03
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	147 937	146 690	146 970	7,3	6,3	6,3	- 0,7	+ 0,2
Bayern	168 802	191 146	192 919	7,1	7,0	7,1	+ 14,3	+ 0,9
Berlin	113 854	126 747	123 877	15,5	17,2	16,9	+ 8,8	- 2,3
Brandenburg	118 957	120 531	119 057	20,3	19,9	19,7	+ 0,1	- 1,2
Bremen	16 973	15 906	15 715	11,8	11,5	11,4	- 7,4	- 1,2
Hamburg	32 600	34 032	34 058	9,5	9,1	9,2	+ 4,5	+ 0,1
Hessen	103 781	100 078	104 215	8,9	7,7	8,0	+ 0,4	+ 4,1
Mecklenburg-Vorpommern	81 692	82 526	80 593	20,0	20,4	20,1	- 1,3	- 2,3
Niedersachsen	162 473	153 472	149 531	11,3	9,2	9,0	- 8,0	- 2,6
Nordrhein-Westfalen	360 220	347 336	353 843	11,1	9,3	9,5	- 1,8	+ 1,9
Rheinland-Pfalz	65 539	64 052	63 913	9,1	7,6	7,5	- 2,5	- 0,2
Saarland	19 852	19 290	18 185	11,2	9,2	8,7	- 8,4	- 5,7
Sachsen	200 859	199 236	194 931	20,2	19,7	19,7	- 3,0	- 2,2
Sachsen-Anhalt	145 599	132 223	129 290	23,9	22,1	22,0	- 11,2	- 2,2
Schleswig-Holstein	47 866	53 219	53 583	9,0	8,9	8,9	+ 11,9	+ 0,7
Thüringen	101 434	104 986	102 117	18,2	18,7	18,5	+ 0,7	- 2,7
Deutschland	1 888 438	1 891 470	1 882 797	11,8	10,6	10,6	- 0,3	- 0,5
Westdeutschland	1 126 043	1 125 221	1 132 932	9,3	8,1	8,1	+ 0,6	+ 0,7
Ostdeutschland	762 395	766 249	749 865	19,6	19,6	19,4	- 1,6	- 2,1

¹⁾ Die Arbeitslosenquoten beziehen sich auf das Bundesgebiet West (= früheres Bundesgebiet) bzw. Ost (= Beitrittsgebiet). Sie sind mit der sonstigen Aufteilung (Ostdeutschland = 5 ostdeutsche Länder plus Berlin) nicht kompatibel, da von der Bundesagentur für Arbeit Westberlin zum Bundesgebiet West gerechnet wird.

Wirtschaft und Einkommen

13. Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1995)

Land	Insgesamt			Je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	268 548	291 842	291 204	52 778	54 267	54 552	+ 8,4	- 0,2
Bayern	317 762	347 110	347 833	52 681	55 424	56 091	+ 9,5	+ 0,2
Berlin	73 260	71 840	70 927	47 536	46 857	46 846	- 3,2	- 1,3
Brandenburg	39 540	42 222	41 856	37 190	41 090	41 253	+ 5,9	- 0,9
Bremen	20 418	21 827	21 633	53 551	55 705	55 562	+ 6,0	- 0,9
Hamburg	66 749	71 116	70 845	65 799	68 202	68 779	+ 6,1	- 0,4
Hessen	168 977	184 952	185 016	58 441	61 198	61 988	+ 9,5	+ 0,0
Mecklenburg-Vorpommern	27 127	27 966	27 518	35 903	38 545	38 649	+ 1,4	- 1,6
Niedersachsen	163 663	169 497	170 227	48 783	48 445	48 948	+ 4,0	+ 0,4
Nordrhein-Westfalen	420 634	437 817	436 280	52 709	52 566	52 943	+ 3,7	- 0,4
Rheinland-Pfalz	82 894	86 831	86 902	48 976	49 545	49 872	+ 4,8	+ 0,1
Saarland	22 872	24 719	24 445	47 122	49 229	49 058	+ 6,9	- 1,1
Sachsen	68 779	70 828	71 683	34 907	36 786	37 364	+ 4,2	+ 1,2
Sachsen-Anhalt	39 613	40 690	40 822	36 239	39 672	40 338	+ 3,1	+ 0,3
Schleswig-Holstein	58 992	62 147	62 010	48 936	50 498	51 194	+ 5,1	- 0,2
Thüringen	36 571	38 297	38 500	34 278	36 538	37 413	+ 5,3	+ 0,5
Deutschland	1 876 400	1 989 700	1 987 700	49 883	51 419	51 879	+ 5,9	- 0,1
Westdeutschland	1 591 509	1 697 858	1 696 395	52 829	54 054	54 522	+ 6,6	- 0,1
Ostdeutschland	284 890	291 843	291 305	38 035	40 058	40 458	+ 2,3	- 0,2

14. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Land	Erwerbstätige insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
	1998	2002	2003	Landwirtschaft	Prod. Gew.	Dienstleistungen	03/98	03/02
	1 000			2003			%	
Baden-Württemberg	5 088,3	5 377,9	5 338,1	2,1	34,3	63,6	+ 4,9	- 0,7
Bayern	6 031,8	6 262,8	6 201,2	3,3	30,2	66,4	+ 2,8	- 1,0
Berlin	1 541,1	1 533,2	1 514,0	0,4	15,6	84,0	- 1,8	- 1,2
Brandenburg	1 063,2	1 027,5	1 014,6	4,1	25,1	70,8	- 4,6	- 1,3
Bremen	381,3	391,8	389,3	0,4	22,7	76,9	+ 2,1	- 0,6
Hamburg	1 014,4	1 042,7	1 030,0	0,5	16,3	83,2	+ 1,5	- 1,2
Hessen	2 891,4	3 022,2	2 984,7	1,6	24,5	73,9	+ 3,2	- 1,2
Mecklenburg-Vorpommern	755,6	725,5	712,0	4,6	20,8	74,6	- 5,8	- 1,9
Niedersachsen	3 354,9	3 498,8	3 477,7	3,5	26,0	70,6	+ 3,7	- 0,6
Nordrhein-Westfalen	7 980,2	8 328,9	8 240,6	1,5	26,6	71,9	+ 3,3	- 1,1
Rheinland-Pfalz	1 692,5	1 752,6	1 742,5	2,9	27,5	69,5	+ 3,0	- 0,6
Saarland	485,4	502,1	498,3	0,8	30,2	69,0	+ 2,7	- 0,8
Sachsen	1 970,3	1 925,4	1 918,5	2,5	28,7	68,8	- 2,6	- 0,4
Sachsen-Anhalt	1 093,1	1 025,7	1 012,0	3,4	26,1	70,5	- 7,4	- 1,3
Schleswig-Holstein	1 205,5	1 230,7	1 211,3	3,5	21,1	75,5	+ 0,5	- 1,6
Thüringen	1 066,9	1 048,2	1 029,0	3,0	30,3	66,6	- 3,5	- 1,8
Deutschland	37 616,0	38 696,0	38 314,0	2,4	27,2	70,4	+ 1,9	- 1,0
Westdeutschland	30 125,7	31 410,5	31 113,8	2,3	27,9	69,8	+ 3,3	- 0,9
Ostdeutschland	7 490,2	7 285,5	7 200,2	2,7	24,5	72,8	- 3,9	- 1,2

15. Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei in Preisen von 1995

Land	Landwirtschaft			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS	
	1998	2002	2003	1998	2003			03/98	03/02
	Mio. €			%		€		%	
Baden-Württemberg	2 830	2 614	2 475	1,1	0,9	10,3	22 348	- 12,5	- 5,3
Bayern	4 312	4 377	4 277	1,4	1,3	17,9	20 643	- 0,8	- 2,3
Berlin	151	120	119	0,2	0,2	0,5	18 052	- 21,1	- 0,8
Brandenburg	1 058	1 148	1 024	2,8	2,5	4,3	24 516	- 3,2	- 10,8
Bremen	48	41	40	0,2	0,2	0,2	29 112	- 16,9	- 2,4
Hamburg	145	138	137	0,2	0,2	0,6	26 763	- 5,7	- 0,7
Hessen	1 079	993	1 013	0,7	0,6	4,2	21 407	- 6,1	+ 2,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 150	1 173	1 163	4,5	4,4	4,9	35 186	+ 1,1	- 0,9
Niedersachsen	3 570	4 362	4 567	2,3	2,8	19,1	37 715	+ 27,9	+ 4,7
Nordrhein-Westfalen	3 146	3 564	3 587	0,8	0,8	15,0	29 109	+ 14,0	+ 0,6
Rheinland-Pfalz	1 526	1 283	1 231	1,9	1,5	5,1	24 108	- 19,4	- 4,1
Saarland	82	77	73	0,4	0,3	0,3	18 756	- 11,1	- 5,2
Sachsen	1 100	1 095	1 038	1,7	1,5	4,3	21 373	- 5,7	- 5,2
Sachsen-Anhalt	1 120	1 068	1 035	3,0	2,6	4,3	29 893	- 7,6	- 3,1
Schleswig-Holstein	1 350	1 236	1 327	2,4	2,2	5,5	31 476	- 1,7	+ 7,4
Thüringen	802	831	822	2,3	2,2	3,4	26 336	+ 2,5	- 1,1
Deutschland	23 470	24 120	23 930	1,3	1,2	100,0	26 326	+ 2,0	- 0,8
Westdeutschland	18 088	18 685	18 727	1,2	1,1	78,3	26 258	+ 3,5	+ 0,2
Ostdeutschland	5 382	5 435	5 201	2,0	1,8	21,7	26 561	- 3,4	- 4,3

16. Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in Preisen von 1995

Land	Produzierendes Gewerbe			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS	
	1998	2002	2003	1998	2003		€	03/98	03/02
	Mio. €			%				%	
Baden-Württemberg	96 723	100 663	99 887	37,9	35,4	18,8	54 588	+ 3,3	- 0,8
Bayern	94 732	97 745	98 174	31,4	29,2	18,5	52 384	+ 3,6	+ 0,4
Berlin	14 758	11 932	11 593	21,2	16,9	2,2	49 144	- 21,4	- 2,8
Brandenburg	11 472	10 347	10 265	30,5	25,3	1,9	40 362	- 10,5	- 0,8
Bremen	5 557	5 894	5 661	28,6	27,0	1,1	63 960	+ 1,9	- 4,0
Hamburg	11 419	11 942	11 813	18,0	17,2	2,2	70 225	+ 3,5	- 1,1
Hessen	39 833	41 391	41 148	24,8	23,0	7,7	56 254	+ 3,3	- 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	6 208	5 320	5 011	24,1	18,8	0,9	33 877	- 19,3	- 5,8
Niedersachsen	48 400	47 332	47 661	31,1	28,9	9,0	52 806	- 1,5	+ 0,7
Nordrhein-Westfalen	123 099	113 983	112 304	30,8	26,6	21,1	51 193	- 8,8	- 1,5
Rheinland-Pfalz	26 148	26 393	26 348	33,2	31,3	5,0	54 927	+ 0,8	- 0,2
Saarland	7 024	7 255	6 971	32,3	29,5	1,3	46 284	- 0,8	- 3,9
Sachsen	21 008	19 289	20 084	32,1	28,9	3,8	36 515	- 4,4	+ 4,1
Sachsen-Anhalt	11 381	10 667	10 831	30,2	27,4	2,0	41 057	- 4,8	+ 1,5
Schleswig-Holstein	13 712	12 758	12 515	24,5	20,9	2,4	49 079	- 8,7	- 1,9
Thüringen	10 739	11 009	11 445	30,9	30,7	2,2	36 653	+ 6,6	+ 4,0
Deutschland	542 210	533 920	531 710	30,4	27,6	100,0	50 940	- 1,9	- 0,4
Westdeutschland	466 646	465 356	462 482	30,9	28,2	87,0	53 319	- 0,9	- 0,6
Ostdeutschland	75 564	68 564	69 229	27,9	24,6	13,0	39 241	- 8,4	+ 1,0

17. Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in Preisen von 1995

Land	Dienstleistende Wirtschaftsbereiche			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS	
	1998	2002	2003	1998	2003		€	03/98	03/02
	Mio. €			%				%	
Baden-Württemberg	155 628	178 332	179 478	61,0	63,7	13,1	52 826	+ 15,3	+ 0,6
Bayern	202 902	232 818	234 196	67,2	69,6	17,1	56 845	+ 15,4	+ 0,6
Berlin	54 705	57 269	56 933	78,6	82,9	4,2	44 775	+ 4,1	- 0,6
Brandenburg	25 042	29 246	29 221	66,7	72,1	2,1	40 668	+ 16,7	- 0,1
Bremen	13 796	15 126	15 237	71,1	72,8	1,1	50 880	+ 10,4	+ 0,7
Hamburg	51 862	56 542	56 616	81,8	82,6	4,1	66 086	+ 9,2	+ 0,1
Hessen	119 654	136 084	136 905	74,5	76,5	10,0	62 063	+ 14,4	+ 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	18 419	20 492	20 458	71,5	76,8	1,5	38 525	+ 11,1	- 0,2
Niedersachsen	103 546	111 860	112 526	66,6	68,3	8,2	45 853	+ 8,7	+ 0,6
Nordrhein-Westfalen	273 452	304 920	306 358	68,4	72,6	22,4	51 718	+ 12,0	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	51 093	56 112	56 528	64,9	67,2	4,1	46 650	+ 10,6	+ 0,7
Saarland	14 627	16 521	16 615	67,3	70,2	1,2	48 330	+ 13,6	+ 0,6
Sachsen	43 248	47 961	48 256	66,2	69,6	3,5	36 559	+ 11,6	+ 0,6
Sachsen-Anhalt	25 141	27 528	27 643	66,8	70,0	2,0	38 739	+ 10,0	+ 0,4
Schleswig-Holstein	40 995	45 974	46 174	73,1	76,9	3,4	50 512	+ 12,6	+ 0,4
Thüringen	23 210	25 115	24 994	66,8	67,1	1,8	36 456	+ 7,7	- 0,5
Deutschland	1 217 320	1 361 900	1 368 140	68,3	71,1	100,0	50 734	+ 12,4	+ 0,5
Westdeutschland	1 027 555	1 154 289	1 160 633	67,9	70,7	84,8	53 419	+ 13,0	+ 0,5
Ostdeutschland	189 765	207 611	207 505	70,1	73,6	15,2	39 599	+ 9,3	- 0,1

18. Unternehmensinsolvenzen

Land	Insolvenzen			Je 10 000 Unternehmen		Veränderung der Zahl der Insolvenzen	
	1998	2002	2003	1998	2003	03/98	03/02
	Anzahl					%	
Baden-Württemberg	2 388	3 366	3 235	59,0	79,0	+ 35,5	- 3,9
Bayern	3 453	4 687	4 818	69,9	93,7	+ 39,5	+ 2,8
Berlin	1 916	2 094	2 161	175,0	194,6	+ 12,8	+ 3,2
Brandenburg	1 459	1 592	1 195	194,8	154,3	- 18,1	- 24,9
Bremen	182	313	297	84,7	137,0	+ 63,2	- 5,1
Hamburg	547	809	1 010	72,3	130,3	+ 84,6	+ 24,8
Hessen	1 967	2 231	2 337	87,0	100,6	+ 18,8	+ 4,8
Mecklenburg-Vorpommern	802	1 146	1 107	165,6	220,0	+ 38,0	- 3,4
Niedersachsen	1 965	2 680	3 115	81,1	124,7	+ 58,5	+ 16,2
Nordrhein-Westfalen	5 182	9 369	11 393	84,3	182,2	+ 119,9	+ 21,6
Rheinland-Pfalz	1 117	1 497	1 549	75,5	102,8	+ 38,7	+ 3,5
Saarland	309	298	410	91,0	121,0	+ 32,7	+ 37,6
Sachsen	2 765	2 727	2 430	210,6	181,3	- 12,1	- 10,9
Sachsen-Anhalt	1 608	2 012	1 803	242,3	274,8	+ 12,1	- 10,4
Schleswig-Holstein	860	1 388	1 420	88,5	140,8	+ 65,1	+ 2,3
Thüringen	1 308	1 370	1 040	182,0	143,4	- 20,5	- 24,1
Deutschland	27 828	37 579	39 320	97,3	134,4	+ 41,3	+ 4,6
Westdeutschland	17 970	26 638	29 584	76,2	122,5	+ 64,6	+ 11,1
Ostdeutschland	9 858	10 941	9 736	196,2	190,5	- 1,2	- 11,0

19. Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen

Land	Anzahl der Unternehmen			Darunter Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz ¹⁾			Veränderung der Zahl der Unternehmen insgesamt	
	1998	2001	2002	1998	2001	2002	02/98	02/01
	Anzahl						%	%
Baden-Württemberg	404 428	409 625	409 401	403 323	408 278	408 038	+ 1,2	- 0,1
Bayern	494 266	510 432	514 242	493 146	509 102	512 922	+ 4,0	+ 0,7
Berlin	109 485	110 942	111 039	109 288	110 749	110 849	+ 1,4	+ 0,1
Brandenburg	74 883	77 459	77 430	74 818	77 398	77 368	+ 3,4	- 0,0
Bremen	21 496	21 552	21 672	21 397	21 425	21 547	+ 0,8	+ 0,6
Hamburg	75 612	77 539	77 532	75 268	77 132	77 130	+ 2,5	- 0,0
Hessen	225 997	231 315	232 246	225 330	230 549	231 512	+ 2,8	+ 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	48 420	50 513	50 315	48 374	50 470	50 273	+ 3,9	- 0,4
Niedersachsen	242 189	248 648	249 803	241 616	247 968	249 120	+ 3,1	+ 0,5
Nordrhein-Westfalen	614 645	624 775	625 283	612 771	622 580	623 155	+ 1,7	+ 0,1
Rheinland-Pfalz	147 915	149 914	150 707	147 662	149 606	150 415	+ 1,9	+ 0,5
Saarland	33 955	34 029	33 871	33 867	33 939	33 784	- 0,2	- 0,5
Sachsen	131 285	134 908	134 007	131 199	134 806	133 891	+ 2,1	- 0,7
Sachsen-Anhalt	66 366	66 374	65 618	66 310	66 322	65 558	- 1,1	- 1,1
Schleswig-Holstein	97 159	99 798	100 860	96 941	99 536	100 591	+ 3,8	+ 1,1
Thüringen	71 882	73 160	72 544	71 846	73 107	72 489	+ 0,9	- 0,8
Deutschland	2 859 983	2 920 983	2 926 570	2 853 156	2 912 967	2 918 642	+ 2,3	+ 0,2
Westdeutschland	2 357 662	2 407 627	2 415 617	2 351 321	2 400 115	2 408 214	+ 2,5	+ 0,3
Ostdeutschland	502 321	513 356	510 953	501 835	512 852	510 428	+ 1,7	- 0,5

20. Lieferungen und Leistungen der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen

Land	Lieferungen und Leistungen insgesamt			Darunter Lieferungen und Leistungen von Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € ¹⁾			Veränderung der Lieferungen und Leistungen insgesamt		Anteile d. KMU a.d. Lieferungen u. Leistungen 2002
	1998	2001	2002	1998	2001	2002	02/98	02/01	
	Mio. €						%		
Baden-Württemberg	581 997	680 407	683 527	260 149	275 425	266 852	+ 17,4	+ 0,5	39,0
Bayern	592 879	701 373	691 662	284 900	304 266	297 298	+ 16,7	- 1,4	43,0
Berlin	100 571	107 590	111 217	51 839	49 670	47 213	+ 10,6	+ 3,4	42,5
Brandenburg	49 451	50 261	50 115	36 400	35 767	34 927	+ 1,3	- 0,3	69,7
Bremen	43 607	51 789	49 618	19 227	19 759	19 164	+ 13,8	- 4,2	38,6
Hamburg	209 184	245 993	274 438	55 695	57 771	56 007	+ 31,2	+ 11,6	20,4
Hessen	351 103	386 040	370 573	135 677	144 127	138 955	+ 5,5	- 4,0	37,5
Mecklenburg-Vorpommern	31 916	32 981	31 997	25 995	25 994	25 276	+ 0,3	- 3,0	79,0
Niedersachsen	320 898	371 713	372 022	158 738	163 674	159 864	+ 15,9	+ 0,1	43,0
Nordrhein-Westfalen	1 052 039	1 180 224	1 150 373	417 048	429 043	418 502	+ 9,3	- 2,5	36,4
Rheinland-Pfalz	138 669	147 691	152 927	77 138	80 811	80 026	+ 10,3	+ 3,5	52,3
Saarland	38 202	40 413	39 474	19 366	19 347	18 994	+ 3,3	- 2,3	48,1
Sachsen	78 976	81 000	80 689	64 906	62 225	60 511	+ 2,2	- 0,4	75,0
Sachsen-Anhalt	44 723	41 860	41 048	35 467	33 805	33 038	- 8,2	- 1,9	80,5
Schleswig-Holstein	102 134	108 939	110 323	58 155	59 094	58 178	+ 8,0	+ 1,3	52,7
Thüringen	42 900	44 611	42 558	36 934	36 452	35 237	- 0,8	- 4,6	82,8
Deutschland	3 779 247	4 272 885	4 252 562	1 737 635	1 797 230	1 750 043	+ 12,5	- 0,5	41,2
Westdeutschland	3 430 712	3 914 581	3 894 938	1 486 093	1 553 317	1 513 841	+ 13,5	- 0,5	38,9
Ostdeutschland	348 537	358 304	357 625	251 542	243 913	236 203	+ 2,6	- 0,2	66,0

¹⁾ bis 1999 weniger als 100 Mio. DM.

21. Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz						Veränderung des Gesamtumsatzes	
	insgesamt			darunter Ausland			03/98	03/02
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	%	
Baden-Württemberg	207 282	237 063	241 544	76 707	102 845	104 656	+16,5	+1,9
Bayern	211 173	256 086	261 396	78 744	112 322	115 555	+23,8	+2,1
Berlin	30 322	29 986	30 015	6 277	7 533	7 497	-1,0	+0,1
Brandenburg	14 041	16 614	16 909	2 052	2 996	3 342	+20,4	+1,8
Bremen	17 122	21 109	20 676	8 167	11 338	10 795	+20,8	-2,1
Hamburg	48 431	66 053	68 803	8 106	10 715	10 203	+42,1	+4,2
Hessen	78 769	82 609	84 005	26 295	32 670	34 430	+6,6	+1,7
Mecklenburg-Vorpommern	6 222	8 030	8 489	924	1 447	2 087	+36,4	+5,7
Niedersachsen	120 263	135 390	138 524	43 347	54 784	55 731	+ 15,2	+ 2,3
Nordrhein-Westfalen	269 928	286 895	287 194	86 315	102 382	103 146	+6,4	+0,1
Rheinland-Pfalz	58 162	62 263	63 031	23 781	27 165	28 427	+8,4	+1,2
Saarland	16 135	19 875	18 045	5 742	8 840	7 008	+11,8	-9,2
Sachsen	26 848	34 937	37 320	5 979	10 178	10 701	+39,0	+6,8
Sachsen-Anhalt	15 165	21 185	23 393	2 050	4 157	4 639	+54,3	+10,4
Schleswig-Holstein	25 911	28 077	27 533	7 712	9 627	9 709	+6,3	-1,9
Thüringen	15 281	19 972	21 665	2 891	5 001	5 540	+41,8	+8,5
Deutschland	1 161 054	1 326 147	1 348 542	385 087	504 000	513 467	+ 16,1	+ 1,7
Westdeutschland	1 053 175	1 195 422	1 210 751	364 915	472 689	479 660	+15,0	+1,3
Ostdeutschland	107 878	130 725	137 791	20 173	31 312	33 806	+27,7	+5,4

22. Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Umsatz			Anteil am Bundesgebiet			Veränderung	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Mio. €			%				
Baden-Württemberg	10 862	10 825	9 896	10,4	12,4	11,7	-8,9	-8,6
Bayern	16 801	16 447	16 159	16,1	18,9	19,2	-3,8	-1,8
Berlin	4 729	2 519	2 501	4,5	2,9	3,0	-47,1	-0,7
Brandenburg	5 167	3 843	3 705	5,0	4,4	4,4	-28,3	-3,6
Bremen	738	732	587	0,7	0,8	0,7	-20,5	-19,8
Hamburg	2 102	1 788	1 659	2,0	2,1	2,0	-21,1	-7,2
Hessen	6 233	5 868	5 637	6,0	6,7	6,7	-9,6	-3,9
Mecklenburg-Vorpommern	3 231	2 276	2 001	3,1	2,6	2,4	-38,1	-12,1
Niedersachsen	9 837	8 580	8 601	9,4	9,8	10,2	-12,6	+0,2
Nordrhein-Westfalen	17 706	14 043	13 658	17,0	16,1	16,2	-22,9	-2,7
Rheinland-Pfalz	4 402	4 187	4 021	4,2	4,8	4,8	-8,6	-4,0
Saarland	1 130	1 059	993	1,1	1,2	1,2	-12,2	-6,2
Sachsen	8 347	6 021	6 292	8,0	6,9	7,5	-24,6	+4,5
Sachsen-Anhalt	5 564	3 547	3 406	5,3	4,1	4,0	-38,8	-4,0
Schleswig-Holstein	3 256	2 461	2 311	3,1	2,8	2,7	-29,0	-6,1
Thüringen	4 175	2 975	2 872	4,0	3,4	3,4	-31,2	-3,5
Deutschland	104 281	87 171	84 269	100,0	100,0	100,0	-19,2	-3,3
Westdeutschland	73 068	65 990	63 522	70,1	75,7	75,4	-13,1	-3,7
Ostdeutschland	31 213	21 181	20 777	29,9	24,3	24,7	-33,4	-1,9

23. Gästeübernachtungen

Land	Übernachtungen						Veränderung der Über-	
	insgesamt			darunter von Auslandsgästen			nachtungen insgesamt	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
Anzahl (1 000)						%		
Baden-Württemberg	36 369	38 187	37 069	4 697	5 051	5 207	+1,9	-2,9
Bayern	68 563	70 756	69 326	8 172	8 735	8 874	+1,1	-2,0
Berlin	8 268	11 016	11 329	2 336	3 220	3 357	+37,0	+2,8
Brandenburg	7 344	8 501	8 452	416	488	473	+15,1	-0,6
Bremen	1 152	1 261	1 282	261	259	260	+11,2	+1,7
Hamburg	4 510	5 079	5 407	997	1 081	1 093	+19,9	+6,5
Hessen	22 871	24 616	23 823	4 319	4 554	4 472	+4,2	-3,2
Mecklenburg-Vorpommern	13 280	21 006	22 140	298	469	501	+66,7	+5,4
Niedersachsen	32 300	32 968	32 340	1 749	1 837	1 901	+0,1	-1,9
Nordrhein-Westfalen	34 751	36 336	35 499	5 573	5 873	5 963	+2,2	-2,3
Rheinland-Pfalz	16 932	17 992	17 939	3 330	3 590	3 657	+5,9	-0,3
Saarland	2 058	2 092	2 066	221	204	227	+0,4	-1,2
Sachsen	12 801	13 514	14 240	732	823	923	+11,2	+5,4
Sachsen-Anhalt	5 118	5 365	5 407	317	295	294	+5,6	+0,8
Schleswig-Holstein	20 483	20 535	20 668	716	864	900	+0,9	+0,6
Thüringen	7 745	8 286	8 175	333	398	425	+5,6	-1,3
Deutschland	294 544	317 510	315 162	34 468	37 740	38 524	+7,0	-0,7
Westdeutschland	239 988	249 823	245 419	30 036	32 047	32 553	+2,3	-1,8
Ostdeutschland	54 556	67 687	69 743	4 432	5 693	5 971	+27,8	+3,0

24. Ausfuhr

Land	Ausfuhr insgesamt			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2003	Veränderung der Ausfuhr insgesamt	
	1998	2002	2003		03/98	03/02
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	85 454	103 762	106 840	16,1	+25,0	+3,0
Bayern	77 375	102 472	106 286	16,1	+37,4	+3,7
Berlin	7 291	9 232	9 111	1,4	+25,0	-1,3
Brandenburg	3 361	4 593	5 076	0,8	+51,0	+10,5
Bremen	9 026	10 184	10 975	1,7	+21,6	+7,8
Hamburg	15 520	21 855	19 611	3,0	+26,4	-10,3
Hessen	27 771	32 713	33 748	5,1	+21,5	+3,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 314	2 267	3 063	0,5	+133,2	+35,1
Niedersachsen	38 078	48 793	50 850	7,7	+33,5	+4,2
Nordrhein-Westfalen	98 761	119 622	120 339	18,2	+21,8	+0,6
Rheinland-Pfalz	21 909	26 557	28 344	4,3	+29,4	+6,7
Saarland	6 858	9 389	9 456	1,4	+37,9	+0,7
Sachsen	7 873	13 932	15 123	2,3	+92,1	+8,5
Sachsen-Anhalt	2 850	4 875	5 367	0,8	+88,3	+10,1
Schleswig-Holstein	9 088	11 728	11 520	1,7	+26,8	-1,8
Thüringen	3 346	5 086	6 391	1,0	+91,0	+25,7
Deutschland ¹⁾	488 342	651 259	661 551	100,0	+35,5	+1,6
Westdeutschland	389 841	487 075	497 969	75,3	+27,7	+2,2
Ostdeutschland	26 034	39 985	44 131	6,7	+69,5	+10,4

¹⁾ Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte.

25. Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und im Versicherungsgewerbe

Land	je Arbeitnehmer(in) im Januar			Veränderung	
	1999	2003	2004	04/99	04/03
	€			%	
Baden-Württemberg	2 745	2 999	3 094	+ 12,7	+ 3,2
Bayern	2 592	2 969	3 036	+ 17,1	+ 2,3
Berlin	2 613	2 887	2 972	+ 13,8	+ 2,9
Brandenburg	1 943	2 184	2 251	+ 15,9	+ 3,1
Bremen	2 760	3 004	3 086	+ 11,8	+ 2,7
Hamburg	2 925	3 369	3 446	+ 17,8	+ 2,3
Hessen	2 746	3 131	3 208	+ 16,8	+ 2,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 912	2 007	2 065	+ 8,0	+ 2,9
Niedersachsen	2 585	2 755	2 864	+ 10,8	+ 4,0
Nordrhein-Westfalen	2 613	2 916	2 971	+ 13,7	+ 1,9
Rheinland-Pfalz	2 535	2 816	2 928	+ 15,5	+ 4,0
Saarland	2 503	2 740	2 823	+ 12,8	+ 3,0
Sachsen	1 934	2 091	2 158	+ 11,6	+ 3,2
Sachsen-Anhalt	1 939	2 108	2 195	+ 13,2	+ 4,1
Schleswig-Holstein	2 457	2 730	2 784	+ 13,3	+ 2,0
Thüringen	1 869	2 016	2 076	+ 11,1	+ 3,0
Deutschland	2 591	2 855	2 933	+ 13,2	+ 2,7
Westdeutschland ¹⁾	2 645	2 947	3 025	+ 14,3	+ 2,6
Ostdeutschland ²⁾	1 957	2 121	2 191	+ 12,0	+ 3,3

26. Bruttomonatsverdienste der weiblichen Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und im Versicherungsgewerbe

Land	je Arbeitnehmerin im Januar			Veränderung		Abstand zu den männlichen Arbeitnehmern		
	1999	2003	2004	04/99	04/03	1999	2003	2004
	€			%		%		
Baden-Württemberg	2 188	2 423	2 504	+ 14,5	+ 3,3	- 26,0	- 24,2	- 24,0
Bayern	2 093	2 442	2 509	+ 19,9	+ 2,7	- 25,0	- 22,5	- 22,0
Berlin	2 318	2 564	2 643	+ 14,0	+ 3,1	- 16,0	- 16,5	- 16,3
Brandenburg	1 810	2 046	2 118	+ 17,0	+ 3,5	- 10,3	- 9,1	- 8,4
Bremen	2 209	2 454	2 499	+ 13,1	+ 1,8	- 24,1	- 21,5	- 22,4
Hamburg	2 497	2 887	2 930	+ 17,3	+ 1,5	- 20,3	- 19,3	- 20,0
Hessen	2 350	2 727	2 802	+ 19,2	+ 2,8	- 18,8	- 16,8	- 16,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 774	1 874	1 957	+ 10,3	+ 4,4	- 10,2	- 9,5	- 7,5
Niedersachsen	2 058	2 281	2 354	+ 14,4	+ 3,2	- 25,3	- 21,1	- 21,7
Nordrhein-Westfalen	2 186	2 448	2 515	+ 15,1	+ 2,7	- 20,4	- 19,9	- 19,1
Rheinland-Pfalz	2 089	2 382	2 482	+ 18,8	+ 4,2	- 22,3	- 19,0	- 18,9
Saarland	1 978	2 201	2 274	+ 15,0	+ 3,3	- 25,1	- 23,3	- 22,9
Sachsen	1 795	1 885	1 944	+ 8,3	+ 3,1	- 10,4	- 13,8	- 13,9
Sachsen-Anhalt	1 822	1 963	2 038	+ 11,9	+ 3,8	- 8,3	- 9,3	- 9,7
Schleswig-Holstein	2 018	2 311	2 348	+ 16,3	+ 1,6	- 23,6	- 19,9	- 20,4
Thüringen	1 686	1 804	1 858	+ 10,2	+ 3,0	- 14,3	- 14,9	- 14,8
Deutschland	2 138	2 390	2 460	+ 15,1	+ 2,9	- 22,5	- 20,7	- 20,5
Westdeutschland ¹⁾	2 172	2 460	2 531	+ 16,5	+ 2,9	- 22,8	- 20,8	- 20,5
Ostdeutschland ²⁾	1 815	1 951	2 018	+ 11,2	+ 3,4	- 10,5	- 11,4	- 11,1

¹⁾ Einschl. Berlin-West. – ²⁾ Einschl. Berlin-Ost.

Innovation

27. Gewerbeanmeldungen

Land	Anmeldungen				darunter Neuerrichtung		Veränderung der Zahl der Anmeldungen	
	1998	2002	2003		1998	2002	03/98	03/02
	Anzahl			je 1 000 Einw.	Anzahl			
Baden-Württemberg	99 109	91 310	101 975	9,5	75 036	72 125	+ 2,9	+ 11,7
Bayern	133 892	120 573	133 107	10,7	101 685	94 107	- 0,6	+ 10,4
Berlin	38 998	33 875	37 374	11,0	31 080	27 467	- 4,2	+ 10,3
Brandenburg	26 171	20 275	24 012	9,3	22 136	16 953	- 8,2	+ 18,4
Bremen	5 579	5 025	5 822	8,8	4 827	4 147	+ 4,4	+ 15,9
Hamburg	19 239	19 416	19 992	11,5	15 365	15 755	+ 3,9	+ 3,0
Hessen	68 493	61 113	67 046	11,0	55 341	47 763	- 2,1	+ 9,7
Mecklenburg-Vorpommern	16 736	13 914	16 236	9,3	14 081	11 880	- 3,0	+ 16,7
Niedersachsen	66 750	62 032	72 099	9,0	52 676	49 155	+ 8,0	+ 16,2
Nordrhein-Westfalen	166 091	151 693	170 712	9,4	136 272	124 656	+ 2,8	+ 12,5
Rheinland-Pfalz	39 021	36 778	39 338	9,7	32 576	29 952	+ 0,8	+ 7,0
Saarland	9 048	7 853	8 761	8,2	7 269	6 487	- 3,2	+ 11,6
Sachsen	45 582	35 681	41 946	9,7	36 973	30 272	- 8,0	+ 17,6
Sachsen-Anhalt	23 797	17 258	19 645	7,7	19 541	14 333	- 17,4	+ 13,8
Schleswig-Holstein	29 500	27 771	31 587	11,2	23 806	22 491	+ 7,1	+ 13,7
Thüringen	23 371	18 766	21 050	8,8	19 130	15 285	- 9,9	+ 12,2
Deutschland	811 377	723 333	810 706	9,8	647 794	582 828	- 0,1	+ 12,1
Westdeutschland	636 722	583 564	650 439	9,9	504 853	466 638	+ 2,2	+ 11,5
Ostdeutschland	174 655	139 769	160 263	9,5	142 941	116 190	- 8,2	+ 14,7

28. Gewerbeabmeldungen

Land	Abmeldungen				darunter vollständige Aufgabe		Veränderung der Zahl der Abmeldungen	
	1998	2002	2003		1998	2002	03/98	03/02
	Anzahl			je 1 000 Einw.	Anzahl			
Baden-Württemberg	90 625	84 108	86 112	8,1	62 044	63 813	- 5,0	+ 2,4
Bayern	110 462	99 972	101 071	8,2	68 923	68 972	- 8,5	+ 1,1
Berlin	36 405	29 887	29 654	8,7	26 740	23 812	- 18,5	- 0,8
Brandenburg	21 615	18 194	17 058	6,6	16 680	14 448	- 21,1	- 6,2
Bremen	5 081	4 568	4 636	7,0	4 218	3 857	- 8,8	+ 1,5
Hamburg	15 682	14 158	13 964	8,1	11 976	10 953	- 11,0	- 1,4
Hessen	60 826	55 965	57 612	9,5	46 465	43 458	- 5,3	+ 2,9
Mecklenburg-Vorpommern	13 440	14 847	14 232	8,2	10 134	12 862	+ 5,9	- 4,1
Niedersachsen	53 281	54 457	56 376	7,1	39 155	41 911	+ 5,8	+ 3,5
Nordrhein-Westfalen	142 688	134 664	143 085	7,9	108 252	107 778	+ 0,3	+ 6,3
Rheinland-Pfalz	32 901	31 558	31 896	7,9	24 154	24 988	- 3,1	+ 1,1
Saarland	6 719	7 543	7 447	7,0	4 679	5 990	+ 10,8	- 1,3
Sachsen	38 819	34 931	32 599	7,5	27 262	29 577	- 16,0	- 6,7
Sachsen-Anhalt	21 358	18 149	16 499	6,5	15 646	15 472	- 22,8	- 9,1
Schleswig-Holstein	24 591	23 928	23 654	8,4	18 047	18 259	- 3,8	- 1,1
Thüringen	21 721	18 761	17 227	7,2	15 593	15 090	- 20,7	- 8,2
Deutschland	696 214	645 690	653 123	7,9	499 968	501 240	- 6,2	+ 1,2
Westdeutschland	542 856	510 921	525 853	8,0	387 913	389 979	- 3,1	+ 2,9
Ostdeutschland	153 358	134 769	127 269	7,5	112 055	111 261	- 17,0	- 5,6

29. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Bruttoausgaben				Veränderung der Investitionen insgesamt	
	insgesamt			je Beschäft.		
	1997	2001	2002		02/97	02/01
	Mio. €			€	%	
Baden-Württemberg	7 791,3	9 912,9	8 924,9	7 175	+14,5	-10,0
Bayern	8 044,3	11 374,3	9 761,9	8 229	+21,4	-14,2
Berlin	1 193,0	953,0	888,3	8 140	-25,5	-6,8
Brandenburg	1 416,2	1 138,2	872,0	9 876	-38,4	-23,4
Bremen	305,9	572,0	497,1	7 858	+62,5	-13,1
Hamburg	813,8	1 026,0	830,8	8 407	+2,1	-19,0
Hessen	2 932,1	3 676,6	3 108,5	7 001	+6,0	-15,5
Mecklenburg-Vorpommern	404,7	471,4	350,7	7 281	-13,3	-25,6
Niedersachsen	4 644,5	4 358,8	4 646,7	8 574	+ 0,0	+ 6,6
Nordrhein-Westfalen	9 781,3	11 318,9	9 787,8	7 083	+0,1	-13,5
Rheinland-Pfalz	2 323,4	2 522,8	2 801,0	9 444	+20,6	+11,0
Saarland	882,2	842,6	1 029,1	9 990	+16,7	+22,1
Sachsen	2 570,4	3 478,9	2 574,9	11 505	+0,2	-26,0
Sachsen-Anhalt	2 132,7	1 255,7	1 220,9	11 450	-42,8	-2,8
Schleswig-Holstein	821,2	946,0	769,9	5 690	-6,2	-18,6
Thüringen	881,9	1 943,3	1 192,1	8 659	+35,2	-38,7
Deutschland	46 938,9	55 791,4	49 256,6	7 933	+ 4,9	- 11,7
Westdeutschland	38 340,1	46 550,9	42 157,7	7 672	+10,0	-9,4
Ostdeutschland	8 598,8	9 240,5	7 098,9	9 947	-17,4	-23,2

30. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland

Land	Bestand (31.12.)			Veränderung	
	1997	2001	2002	02/97	02/01
	Mio. €			%	
Baden-Württemberg	23 308	56 544	58 477	+ 150,9	+ 3,4
Bayern	17 866	61 332	62 819	+ 251,6	+ 2,4
Berlin	5 307	12 704	14 521	+ 173,6	+ 14,3
Brandenburg	1 102	998	1 226	+ 11,2	+ 22,8
Bremen	1 538	1 415	3 856	+ 150,6	+ 172,5
Hamburg	16 189	40 308	48 684	+ 200,7	+ 20,8
Hessen	39 576	99 288	91 807	+ 132,0	- 7,5
Mecklenburg-Vorpommern	448	822	1 095	+ 144,5	+ 33,2
Niedersachsen	8 472	11 390	11 535	+ 36,2	+ 1,3
Nordrhein-Westfalen	49 884	172 442	186 111	+ 273,1	+ 7,9
Rheinland-Pfalz	4 164	9 760	11 218	+ 169,4	+ 14,9
Saarland	848	1 116	1 481	+ 74,6	+ 32,7
Sachsen	750	1 440	1 845	+ 146,1	+ 28,1
Sachsen-Anhalt	2 492	3 257	3 565	+ 43,1	+ 9,5
Schleswig-Holstein	3 537	7 199	7 833	+ 121,5	+ 8,8
Thüringen	585	1 443	992	+ 69,6	-31,3
Deutschland	176 065	481 458	507 065	+ 188,0	+ 5,3
Westdeutschland	165 381	460 794	483 821	+ 192,5	+ 5,0
Ostdeutschland	10 683	20 664	23 244	+ 117,6	+ 12,5

31. Patentanmeldungen

Land	Insgesamt			Anmeldungen je 100 000 Einwohner			Veränderung der Anmeldungen	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Anzahl			%			%	
Baden-Württemberg	10 879	12 822	13 888	105	121	130	+ 27,7	+ 8,3
Bayern	11 691	14 144	14 279	97	114	115	+ 22,1	+ 1,0
Berlin	1 405	1 146	1 101	41	34	32	- 21,6	- 3,9
Brandenburg	444	367	386	17	14	15	- 13,1	+ 5,2
Bremen	170	150	164	25	23	25	- 3,5	+ 9,3
Hamburg	893	1 213	998	53	70	58	+ 11,8	- 17,7
Hessen	4 151	4 133	3 981	69	68	65	- 4,1	- 3,7
Mecklenburg-Vorpommern	215	190	231	12	11	13	+ 7,4	21,6
Niedersachsen	2 966	2 959	2 983	38	37	37	+ 0,6	+ 0,8
Nordrhein-Westfalen	9 657	9 025	8 796	54	50	49	- 8,9	- 2,5
Rheinland-Pfalz	2 068	2 459	2 531	51	61	62	+ 22,4	+ 2,9
Saarland	289	340	330	27	32	31	+ 14,2	- 2,9
Sachsen	1 036	848	824	23	19	19	- 20,5	- 2,8
Sachsen-Anhalt	415	361	455	15	14	18	+ 9,6	+ 26,0
Schleswig-Holstein	656	629	647	24	22	23	- 1,4	+ 2,9
Thüringen	698	727	831	28	30	35	+ 19,1	+ 14,3
Deutschland	47 633	51 513	52 425	58	62	64	+ 10,1	+ 1,8
Westdeutschland	43 420	47 874	48 597	67	73	74	+ 11,9	+ 1,5
Ostdeutschland	4 213	3 639	3 828	24	21	23	- 9,1	+ 5,2

Humanpotenzial

32. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss und Anteil an den Absolventen der allgemein bildenden Schulen

Land	Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss			Anteil an den Absolventen der allgemein bildenden Schulen			Veränderung der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	8 808	9 146	8 739	7,8	7,8	7,3	- 0,8	- 4,5
Bayern	12 418	12 717	11 853	9,4	9,4	8,7	- 4,5	- 6,8
Berlin	4 980	4 211	4 303	12,8	10,8	11,1	- 13,6	+ 2,2
Brandenburg	3 242	3 283	3 024	8,8	8,9	8,4	- 6,7	- 7,9
Bremen	718	607	665	9,8	8,6	9,1	- 7,4	+ 9,6
Hamburg	1 725	1 747	1 747	11,0	11,6	11,5	+ 1,3	+ 0,0
Hessen	5 422	5 419	5 760	8,5	8,8	9,2	+ 6,2	+ 6,3
Mecklenburg-Vorpommern	2 756	2 886	2 669	10,1	10,7	10,3	- 3,2	- 7,5
Niedersachsen	8 121	8 675	9 776	9,7	9,7	10,6	+ 20,4	+ 12,7
Nordrhein-Westfalen	11 434	13 685	13 758	6,0	7,0	6,9	+ 20,3	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	4 147	4 049	4 143	9,7	9,0	9,1	- 0,1	+ 2,3
Saarland	1 182	1 020	1 040	10,7	9,2	9,1	- 12,0	+ 2,0
Sachsen	6 210	5 951	5 599	10,5	10,1	9,9	- 9,8	- 5,9
Sachsen-Anhalt	4 279	4 893	5 017	11,0	14,2	14,1	+ 17,2	+ 2,5
Schleswig-Holstein	3 030	3 144	2 908	10,9	10,7	10,0	- 4,0	- 7,5
Thüringen	4 588	3 881	3 091	13,1	11,7	9,3	- 32,6	- 20,4
Deutschland	83 060	85 314	84 092	9,0	9,1	8,9	+ 1,2	- 1,4
Westdeutschland	57 005	60 209	60 389	8,3	8,5	8,4	+ 5,9	+ 0,3
Ostdeutschland	26 055	25 105	23 703	11,0	10,9	10,5	- 9,0	- 5,6

33. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife				Veränderung der Quoten	
	Absolventen	Abiturientenquote ¹⁾		03/98	03/02	
	2003 ²⁾	1998	2003 ²⁾			
Anzahl	%		Prozentpunkte			
Baden-Württemberg	37 579	29,6	30,6	31,2	+ 1,6	+ 0,6
Bayern	27 338	20,1	20,2	20,0	- 0,1	- 0,2
Berlin	12 543	32,6	31,9	32,8	+ 0,2	+ 0,9
Brandenburg	11 050	32,5	30,8	29,9	- 2,6	- 0,9
Bremen	2 252	31,0	30,9	31,7	+ 0,7	+ 0,8
Hamburg	5 410	33,4	30,9	31,8	- 1,6	+ 0,9
Hessen	18 754	30,2	28,8	29,3	- 0,9	+ 0,5
Mecklenburg-Vorpommern	6 364	25,6	23,5	24,0	- 1,6	+ 0,5
Niedersachsen	21 962	25,5	24,6	25,3	- 0,2	+ 0,7
Nordrhein-Westfalen	55 730	28,9	27,9	28,5	- 0,4	+ 0,6
Rheinland-Pfalz	11 329	24,2	24,8	25,2	+ 1,0	+ 0,4
Saarland	2 518	22,3	20,9	22,1	- 0,2	+ 1,2
Sachsen	15 790	29,7	27,0	27,0	- 2,7	- 0,0
Sachsen-Anhalt	9 359	27,8	26,4	26,8	- 1,0	+ 0,4
Schleswig-Holstein	7 502	24,9	25,5	26,2	+ 1,3	+ 0,7
Thüringen	9 749	30,6	27,0	28,5	- 2,1	+ 1,5
Deutschland	255 229	27,5	26,7	27,1	- 0,4	+ 0,4
Westdeutschland	190 374	26,6	26,4	26,7	+ 0,1	+ 0,3
Ostdeutschland	64 855	29,9	22,9	28,3	- 1,6	+ 5,4

¹⁾ Prozentanteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung. - ²⁾ Die Angaben für 2003 sind vorläufig.

34. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss

Land	Insgesamt (30.6.)			Anteil an allen Beschäftigten (30.6.)			Veränderung insgesamt	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	293 225	353 764	359 226	8,0	9,2	9,5	+ 22,5	+ 1,5
Bayern	311 061	383 863	386 806	7,4	8,7	8,9	+ 24,4	+ 0,8
Berlin	133 857	140 438	137 855	11,8	12,7	12,9	+ 3,0	- 1,8
Brandenburg	80 349	71 630	71 148	9,5	9,4	9,7	- 11,5	- 0,7
Bremen	24 041	28 085	28 737	8,6	9,9	10,2	+ 19,5	+ 2,3
Hamburg	72 239	86 302	86 383	9,9	11,2	11,5	+ 19,6	+ 0,1
Hessen	200 300	230 485	232 880	9,6	10,5	10,8	+ 16,3	+ 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	51 705	47 529	46 368	8,5	8,7	8,8	- 10,3	- 2,4
Niedersachsen	132 571	158 768	163 604	5,7	6,6	6,9	+23,4	+3,0
Nordrhein-Westfalen	411 331	488 789	490 161	7,2	8,3	8,5	+ 19,2	+ 0,3
Rheinland-Pfalz	66 722	79 466	78 621	5,8	6,6	6,7	+ 17,8	- 1,1
Saarland	21 187	24 729	25 147	6,2	7,0	7,2	+ 18,7	+ 1,7
Sachsen	186 827	177 199	175 845	11,9	12,5	12,6	- 5,9	- 0,8
Sachsen-Anhalt	72 379	65 666	64 817	8,2	8,4	8,5	- 10,4	- 1,3
Schleswig-Holstein	40 180	44 874	44 859	5,0	5,5	5,7	+ 11,6	- 0,0
Thüringen	88 689	80 458	76 418	10,6	10,4	10,3	- 13,8	- 5,0
Deutschland	2 186 663	2 462 045	2 468 875	8,0	8,9	9,2	+12,9	+0,3
Westdeutschland	1 572 857	1 879 125	1 896 424	7,4	8,5	8,7	+ 20,6	+ 0,9
Ostdeutschland	613 806	582 920	572 451	10,4	10,8	11,0	- 6,7	- 1,8

Finanzen

35. Gesamtausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Ausgaben insgesamt ¹⁾			Bereinigte Ausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	39 925	44 341	44 199	3 836	4 171	4 138	+10,7	-0,3
Bayern	46 991	51 473	52 046	3 894	4 166	4 198	+10,8	+1,1
Berlin	21 151	21 047	20 619	6 190	6 210	6 080	-2,5	-2,0
Brandenburg	12 114	12 326	11 978	4 694	4 765	4 651	-1,1	-2,8
Bremen	4 054	4 215	4 253	6 045	6 379	6 417	+4,9	+0,9
Hamburg	9 487	8 786	10 606	5 578	5 090	6 124	+11,8	+20,7
Hessen	25 615	27 669	28 337	4 246	4 548	4 654	+10,6	+2,4
Mecklenburg-Vorpommern	8 879	8 760	8 621	4 923	4 997	4 960	-2,9	-1,6
Niedersachsen	28 598	31 624	31 920	3 642	3 968	3 996	+11,6	+0,9
Nordrhein-Westfalen	71 734	75 979	76 882	3 992	4 207	4 254	+7,2	+1,2
Rheinland-Pfalz	14 856	15 920	16 310	3 697	3 931	4 021	+9,8	+2,4
Saarland	4 246	4 329	4 378	3 942	4 064	4 119	+3,1	+1,1
Sachsen	19 428	19 177	20 133	4 310	4 392	4 645	+3,6	+5,0
Sachsen-Anhalt	12 764	12 313	12 661	4 745	4 800	4 993	-0,8	+2,8
Schleswig-Holstein	10 549	11 136	11 388	3 822	3 964	4 042	+7,9	+2,3
Thüringen	11 430	10 856	10 762	4 627	4 519	4 516	-5,8	-0,9
Deutschland	335 009	352 104	357 249	4 084	4 269	4 329	+6,6	+1,5
Westdeutschland	256 054	275 472	280 319	3 966	4 211	4 276	+9,5	+1,8
Ostdeutschland	85 766	84 479	84 774	4 909	4 951	4 999	-1,2	+0,3

¹⁾ Bei den bereinigten Gesamtausgaben werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

36. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Personalausgaben insgesamt			Personalausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	16 489	18 286	18 477	1 584	1 720	1 730	+12,1	+1,0
Bayern	18 523	20 255	20 823	1 535	1 639	1 680	+12,4	+2,8
Berlin	7 095	7 270	7 009	2 076	2 145	2 067	-1,2	-3,6
Brandenburg	4 060	3 847	3 891	1 573	1 487	1 511	-4,2	+1,1
Bremen	1 328	1 322	1 343	1 981	2 001	2 026	+1,1	+1,6
Hamburg	3 329	3 319	3 352	1 957	1 923	1 936	+0,7	+1,0
Hessen	10 017	10 168	10 204	1 661	1 671	1 676	+1,9	+0,4
Mecklenburg-Vorpommern	2 818	2 865	2 849	1 563	1 634	1 639	+1,1	-0,6
Niedersachsen	12 107	12 387	12 619	1 542	1 554	1 580	+4,2	+1,9
Nordrhein-Westfalen	28 210	29 887	29 515	1 570	1 655	1 633	+4,6	-1,2
Rheinland-Pfalz	6 128	6 550	6 652	1 525	1 617	1 640	+8,5	+1,6
Saarland	1 723	1 858	1 892	1 599	1 744	1 780	+9,8	+1,8
Sachsen	6 340	6 325	6 407	1 407	1 449	1 478	+1,1	+1,3
Sachsen-Anhalt	4 396	4 404	4 286	1 634	1 717	1 690	-2,5	-2,7
Schleswig-Holstein	4 207	4 507	4 536	1 524	1 604	1 610	+7,8	+0,6
Thüringen	3 661	3 699	3 690	1 482	1 540	1 548	+0,8	-0,2
Deutschland	130 431	136 950	137 543	1 590	1 661	1 667	+5,5	+0,4
Westdeutschland	102 063	108 539	109 413	1 581	1 659	1 669	+7,2	+0,8
Ostdeutschland	28 369	28 410	28 132	1 624	1 665	1 659	-0,8	-1,0

37. Sachinvestitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Sachinvestitionen insgesamt			Sachinvestitionen je Einwohner			Veränderung insgesamt	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	4 025	5 172	4 161	387	487	390	+3,4	-19,5
Bayern	6 174	6 151	5 604	512	498	452	-9,2	-8,9
Berlin	558	323	299	163	95	88	-46,4	-7,4
Brandenburg	1 737	1 491	1 303	673	576	506	-25,0	-12,6
Bremen	247	231	223	369	350	336	-9,9	-3,5
Hamburg	516	427	488	303	247	282	-5,4	+14,3
Hessen	1 936	2 321	2 234	321	382	367	+15,4	-3,7
Mecklenburg-Vorpommern	1 165	888	848	646	507	488	-27,2	-4,5
Niedersachsen	2 356	2 272	2 094	300	285	262	-11,1	-7,8
Nordrhein-Westfalen	4 898	4 410	3 952	273	244	219	-19,3	-10,4
Rheinland-Pfalz	1 511	1 375	1 321	376	340	326	-12,6	-3,9
Saarland	278	225	248	258	211	233	-10,7	+10,2
Sachsen	2 560	2 093	2 488	568	479	574	-2,8	+18,9
Sachsen-Anhalt	1 782	1 233	1 164	662	481	459	-34,7	-5,6
Schleswig-Holstein	945	881	885	342	314	314	-6,3	+0,5
Thüringen	1 460	1 256	1 157	591	523	486	-20,8	-7,9
Deutschland	32 147	30 749	28 469	392	373	345	-11,4	-7,4
Westdeutschland	22 885	23 465	21 210	355	359	324	-7,3	-9,6
Ostdeutschland	9 262	7 284	7 259	530	427	428	-21,6	-0,3

38. Gesamteinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Einnahmen insgesamt ¹⁾			Bereinigte Einnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	40 525	41 801	41 523	3 893	3 932	3 888	+2,5	-0,7
Bayern	47 319	48 115	48 184	3 921	3 894	3 887	+1,8	+0,1
Berlin	18 291	16 104	16 210	5 353	4 751	4 780	-11,4	+0,7
Brandenburg	11 021	10 711	10 729	4 270	4 141	4 166	-2,7	+0,2
Bremen	4 066	3 620	3 480	6 063	5 479	5 251	-14,4	-3,9
Hamburg	8 722	7 840	8 762	5 128	4 542	5 059	+0,5	+11,8
Hessen	25 277	24 974	25 588	4 190	4 105	4 202	+1,2	+2,5
Mecklenburg-Vorpommern	8 118	7 580	7 577	4 501	4 324	4 359	-6,7	-0,0
Niedersachsen	27 810	27 598	27 626	3 542	3 463	3 458	-0,7	+0,1
Nordrhein-Westfalen	69 242	69 340	67 200	3 854	3 839	3 718	-2,9	-3,1
Rheinland-Pfalz	13 692	13 932	14 383	3 408	3 440	3 546	+5,0	+3,2
Saarland	4 426	3 986	3 822	4 109	3 742	3 596	-13,6	-4,1
Sachsen	19 316	18 231	19 515	4 285	4 175	4 503	+1,0	+7,0
Sachsen-Anhalt	11 402	10 606	10 856	4 238	4 135	4 281	-4,8	+2,4
Schleswig-Holstein	10 143	9 881	9 986	3 674	3 517	3 544	-1,5	+1,1
Thüringen	10 501	9 722	9 555	4 251	4 047	4 010	-9,0	-1,7
Deutschland	323 059	316 195	317 151	3 939	3 834	3 843	-1,8	+0,3
Westdeutschland	251 221	251 087	250 554	3 892	3 839	3 822	-0,3	-0,2
Ostdeutschland	78 649	72 954	74 442	4 502	4 276	4 390	-5,3	+2,0

¹⁾ Bei den bereinigten Gesamteinnahmen werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

39. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Steuereinnahmen insgesamt			Steuereinnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	28 997	29 266	29 975	2 786	2 753	2 807	+3,4	+2,4
Bayern	33 103	34 098	33 503	2 743	2 760	2 702	+1,2	-1,7
Berlin	8 379	7 667	7 706	2 452	2 262	2 272	-8,0	+0,5
Brandenburg	5 130	5 064	5 048	1 988	1 958	1 960	-1,6	-0,3
Bremen	1 773	1 775	1 873	2 644	2 686	2 826	+5,6	+5,5
Hamburg	6 737	6 878	7 146	3 961	3 985	4 126	+6,1	+3,9
Hessen	18 303	18 218	18 373	3 034	2 995	3 017	+0,4	+0,9
Mecklenburg-Vorpommern	3 578	3 384	3 418	1 984	1 930	1 966	-4,5	+1,0
Niedersachsen	18 581	18 120	17 960	2 366	2 274	2 248	-3,3	-0,9
Nordrhein-Westfalen	48 933	49 121	46 619	2 723	2 720	2 579	-4,7	-5,1
Rheinland-Pfalz	9 332	9 091	9 182	2 322	2 245	2 264	-1,6	+1,0
Saarland	2 407	2 312	2 334	2 235	2 171	2 196	-3,0	+1,0
Sachsen	9 068	8 608	8 867	2 012	1 971	2 046	-2,2	+3,0
Sachsen-Anhalt	5 480	5 050	4 958	2 037	1 969	1 955	-9,5	-1,8
Schleswig-Holstein	6 922	6 587	6 867	2 507	2 345	2 437	-0,8	+4,3
Thüringen	4 859	4 608	4 675	1 967	1 918	1 962	-3,8	+1,5
Deutschland	211 583	209 847	208 502	2 580	2 544	2 527	-1,5	-0,6
Westdeutschland	175 089	175 466	173 832	2 712	2 682	2 652	-0,7	-0,9
Ostdeutschland	36 493	34 381	34 672	2 089	2 015	2 045	-5,0	+0,8

40. Kreditmarktschulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Schulden insgesamt (31.12.)			Schulden je Einwohner (31.12.)			Veränderung insgesamt	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	35 466	39 897	42 256	3 407	3 753	3 956	+19,1	+5,9
Bayern	30 776	32 359	34 586	2 550	2 619	2 790	+12,4	+6,9
Berlin	29 421	44 647	48 727	8 610	13 172	14 368	+65,6	+9,1
Brandenburg	13 426	16 447	18 048	5 202	6 358	7 007	+34,4	+9,7
Bremen	8 494	9 584	10 606	12 664	14 505	16 003	+24,9	+10,7
Hamburg	14 929	18 183	19 355	8 778	10 535	11 176	+29,6	+6,4
Hessen	29 896	32 553	34 934	4 956	5 351	5 737	+16,9	+7,3
Mecklenburg-Vorpommern	8 641	10 807	11 595	4 791	6 165	6 671	+34,2	+7,3
Niedersachsen	41 670	47 857	51 244	5 307	6 005	6 414	+23,0	+7,1
Nordrhein-Westfalen	98 682	112 770	119 654	5 492	6 244	6 620	+21,3	+6,1
Rheinland-Pfalz	21 291	25 278	26 721	5 299	6 242	6 587	+25,5	+5,7
Saarland	7 490	7 465	7 884	6 955	7 009	7 418	+5,3	+5,6
Sachsen	15 359	16 022	16 541	3 408	3 669	3 816	+7,7	+3,2
Sachsen-Anhalt	14 943	18 981	20 005	5 555	7 399	7 889	+33,9	+5,4
Schleswig-Holstein	16 862	19 462	20 871	6 108	6 927	7 408	+23,8	+7,2
Thüringen	12 246	15 124	15 995	4 957	6 296	6 712	+30,6	+5,8
Deutschland	399 591	467 436	499 022	4 872	5 668	6 047	+24,9	+6,8
Westdeutschland	305 556	345 408	368 111	4 733	5 281	5 615	+20,5	+6,6
Ostdeutschland	94 036	122 028	130 911	5 383	7 152	7 720	+39,2	+7,3

Soziale Probleme, Sicherheit

41. Reine Ausgaben der Sozialhilfe

Land	Ausgaben absolut			Ausgaben je Einwohner			Veränderung der Ausgaben	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	1 825	1 836	1 977	175	173	185	+ 8,3	+ 7,7
Bayern	2 156	2 528	2 597	179	205	209	+ 20,5	+ 2,7
Berlin	1 595	1 775	1 842	467	524	543	+ 15,5	+ 3,8
Brandenburg	402	488	507	156	189	197	+ 26,3	+ 3,9
Bremen	395	397	404	589	601	610	+ 2,2	+ 1,7
Hamburg	920	912	894	541	528	516	- 2,9	- 2,0
Hessen	1 808	1 881	1 991	300	309	327	+ 10,1	+ 5,8
Mecklenburg-Vorpommern	315	377	398	175	215	229	+ 26,2	+ 5,5
Niedersachsen	2 192	2 349	2 379	279	295	298	+ 8,5	+ 1,3
Nordrhein-Westfalen	5 261	5 597	5 697	293	310	315	+ 8,3	+ 1,8
Rheinland-Pfalz	929	946	958	231	234	236	+ 3,1	+ 1,2
Saarland	321	308	312	298	289	294	- 2,7	+ 1,4
Sachsen	502	644	685	111	147	158	+ 36,4	+ 6,4
Sachsen-Anhalt	457	546	567	170	213	224	+ 24,0	+ 3,9
Schleswig-Holstein	885	945	935	321	336	332	+ 5,6	- 1,1
Thüringen	318	384	427	129	160	179	+ 34,4	+ 11,1
Deutschland	20 281	21 914	22 570	247	266	274	+ 11,3	+ 3,0
Westdeutschland	16 693	17 701	18 144	259	271	277	+ 8,7	+ 2,5
Ostdeutschland	3 588	4 213	4 426	205	247	261	+ 23,3	+ 5,0

42. Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger (HLU) außerhalb von Einrichtungen

Land	Empfänger insgesamt (31.12.)			Empfänger je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Empfänger	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	243 374	222 670	228 190	23	21	21	- 6,2	+ 2,5
Bayern	238 454	224 263	223 198	20	18	18	- 6,4	- 0,5
Berlin	281 692	251 747	260 535	83	74	77	- 7,5	+ 3,5
Brandenburg	57 866	71 227	76 160	22	28	30	+ 31,6	+ 6,9
Bremen	67 861	58 888	60 981	102	89	92	- 10,1	+ 3,6
Hamburg	140 110	120 884	119 239	82	70	68	- 14,9	- 1,4
Hessen	252 817	239 189	237 217	42	39	39	- 6,2	- 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	50 792	61 972	65 646	28	36	38	+ 29,2	+ 5,9
Niedersachsen	334 716	312 782	311 923	43	39	39	- 6,8	- 0,3
Nordrhein-Westfalen	689 731	653 743	682 909	38	36	38	- 1,0	+ 4,5
Rheinland-Pfalz	114 623	102 399	102 830	28	25	25	- 10,3	+ 0,4
Saarland	51 334	44 865	43 422	48	42	41	- 15,4	- 3,2
Sachsen	99 989	126 310	133 256	22	29	31	+ 33,3	+ 5,5
Sachsen-Anhalt	80 302	93 492	95 204	30	37	38	+ 18,6	+ 1,8
Schleswig-Holstein	125 319	119 818	115 009	45	43	41	- 8,2	- 4,0
Thüringen	50 342	52 963	55 484	20	22	23	+ 10,2	+ 4,8
Deutschland	2 879 322	2 757 212	2 811 203	35	33	34	- 2,4	+ 2,0
Westdeutschland	2 258 339	2 099 501	2 124 918	35	32	32	- 5,9	+ 1,2
Ostdeutschland	620 983	657 711	686 285	36	39	41	+ 10,5	+ 4,3

43. Sozialhilfeempfängerinnen (HLU) außerhalb von Einrichtungen

Land	Empfängerinnen insgesamt (31.12.)			Empfängerinnen je 1 000 weibliche Einwohner			Veränderung der Zahl der Empfängerinnen	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	138 285	125 673	127 988	26	23	24	- 7,4	+ 1,8
Bayern	137 224	127 263	125 392	22	20	20	- 8,6	- 1,5
Berlin	147 583	132 185	135 687	84	76	78	- 8,1	+ 2,6
Brandenburg	31 614	38 542	40 821	24	30	31	+ 29,1	+ 5,9
Bremen	38 216	33 068	33 620	110	97	98	- 12,0	+ 1,7
Hamburg	75 528	64 904	63 446	86	73	71	- 16,0	- 2,2
Hessen	140 301	132 860	130 286	46	43	42	- 7,1	- 1,9
Mecklenburg-Vorpommern	27 555	33 132	34 540	30	38	40	+ 25,3	+ 4,2
Niedersachsen	187 452	175 258	173 868	47	43	43	- 7,2	- 0,8
Nordrhein-Westfalen	399 675	376 378	387 778	43	41	42	- 3,0	+ 3,0
Rheinland-Pfalz	66 269	59 270	59 321	32	29	29	- 10,5	+ 0,1
Saarland	29 607	25 928	24 856	53	47	46	- 16,0	- 4,1
Sachsen	56 129	70 187	72 857	24	31	33	+ 29,8	+ 3,8
Sachsen-Anhalt	43 092	50 224	50 296	31	38	39	+ 16,7	+ 0,1
Schleswig-Holstein	70 604	66 876	63 038	50	46	44	- 10,7	- 5,7
Thüringen	27 916	29 223	30 301	22	24	25	+ 8,5	+ 3,7
Deutschland	1 617 050	1 540 971	1 554 095	38	37	37	- 3,9	+ 0,9
Westdeutschland	1 283 161	1 187 478	1 189 593	39	35	35	- 7,3	+ 0,2
Ostdeutschland	333 889	353 493	364 502	37	41	42	+ 9,2	+ 3,1

44. Alleinerziehende

Land	Zahl der Alleinerziehenden			Alleinerziehende je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Anzahl (1 000)						%	
Baden-Württemberg	302	347	365	29	33	34	+ 20,9	+ 5,2
Bayern	362	422	443	30	34	36	+ 22,4	+ 5,0
Berlin	180	202	198	53	60	58	+ 10,0	- 2,0
Brandenburg	136	158	158	53	61	61	+ 16,2	+ 0,0
Bremen	28	29	28	42	44	42	+ 0,0	- 3,4
Hamburg	72	70	76	42	41	44	+ 5,6	+ 8,6
Hessen	187	221	216	31	36	35	+ 15,5	- 2,3
Mecklenburg-Vorpommern	96	98	105	53	56	60	+ 9,4	+ 7,1
Niedersachsen	236	259	272	30	32	34	+15,3	+5,0
Nordrhein-Westfalen	514	578	597	29	32	33	+ 16,1	+ 3,3
Rheinland-Pfalz	133	137	138	33	34	34	+ 3,8	+ 0,7
Saarland	37	37	41	34	35	39	+ 10,8	+ 10,8
Sachsen	210	223	231	47	51	53	+ 10,0	+ 3,6
Sachsen-Anhalt	128	134	131	48	52	52	+ 2,3	- 2,2
Schleswig-Holstein	94	113	119	34	40	42	+ 26,6	+ 5,3
Thüringen	108	121	126	44	50	53	+ 16,7	+ 4,1
Deutschland	2 824	3 149	3 244	34	38	39	+14,9	+3,0
Westdeutschland	1 965	2 213	2 295	30	34	35	+ 16,8	+ 3,7
Ostdeutschland	858	936	949	49	55	56	+ 10,6	+ 1,4

45. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten je 100 000 Einwohner und Aufklärungsquote

Land	Straftaten insgesamt	Häufigkeitszahl (Straftaten je 100 000 Einwohner)			Aufklärungsquote		Veränderung der Häufigkeitszahl	
		1998	2002	2003	2002	2003	03/98	03/02
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	581 727	5 553	5 643	5 456	57,9	55,5	- 1,7	- 3,3
Bayern	707 218	5 701	5 630	5 709	63,8	64,7	+ 0,1	+ 1,4
Berlin	563 905	17 121	17 236	16 622	51,0	49,7	- 2,9	- 3,6
Brandenburg	245 713	10 809	9 422	9 515	55,1	57,5	- 12,0	+ 1,0
Bremen	95 086	13 278	14 444	14 361	45,2	43,9	+ 8,2	- 0,6
Hamburg	271 393	16 650	15 589	15 698	42,8	43,7	- 5,7	+ 0,7
Hessen	454 550	7 409	7 041	7 462	48,6	49,4	+ 0,7	+ 6,0
Mecklenburg-Vorpommern	187 763	11 255	9 917	10 762	53,7	55,0	- 4,4	+ 8,5
Niedersachsen	593 616	7 238	7 648	7 438	53,3	53,5	+ 2,8	- 2,7
Nordrhein-Westfalen	1 497 948	7 409	8 099	8 287	46,6	47,5	+ 11,8	+ 2,3
Rheinland-Pfalz	287 747	6 539	6 935	7 091	56,7	57,7	+ 8,4	+ 2,3
Saarland	74 662	6 021	6 808	7 011	52,5	54,3	+ 16,4	+ 3,0
Sachsen	352 866	8 103	7 678	8 114	57,1	59,2	+ 0,1	+ 5,7
Sachsen-Anhalt	229 209	10 571	9 159	8 992	55,0	55,2	- 14,9	- 1,8
Schleswig-Holstein	263 276	9 087	9 156	9 348	46,7	47,7	+ 2,9	+ 2,1
Thüringen	165 456	6 997	6 889	6 917	59,6	60,8	- 1,1	+ 0,4
Deutschland	6 572 135	7 869	7 893	7 963	52,6	53,1	+ 1,2	+ 0,9
Westdeutschland	4 827 223	7 070	7 295	7 367	52,0	52,3	+ 4,2	+ 1,0
Ostdeutschland	1 744 912	10 815	10 177	10 258	54,4	55,1	- 5,1	+ 0,8

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik.

46. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner			Veränd. d. Zahl d. Verunglückten	
	1998	2002	2003	1998	2002	2003	03/98	03/02
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	56 404	57 817	56 040	541,9	543,9	524,7	- 0,6	- 3,1
Bayern	86 088	84 925	83 020	713,4	687,3	669,7	- 3,6	- 2,2
Berlin	18 665	17 604	16 770	546,2	519,4	494,5	- 10,2	- 4,7
Brandenburg	18 868	15 254	14 352	731,0	589,7	557,2	- 23,9	- 5,9
Bremen	4 137	4 106	3 798	616,8	621,4	573,1	- 8,2	- 7,5
Hamburg	12 159	12 225	11 481	714,9	708,3	662,9	- 5,6	- 6,1
Hessen	35 597	36 285	35 158	590,1	596,4	577,4	- 1,2	- 3,1
Mecklenburg-Vorpommern	14 062	11 341	10 728	779,7	646,9	617,2	- 23,7	- 5,4
Niedersachsen	53 120	51 461	48 825	676,5	645,7	611,2	- 8,1	- 5,1
Nordrhein-Westfalen	95 928	90 508	88 543	533,9	501,1	489,9	- 7,7	- 2,2
Rheinland-Pfalz	24 192	24 875	24 947	602,1	614,2	615,0	+ 3,1	+ 0,3
Saarland	6 991	6 726	6 817	649,1	631,5	641,4	- 2,5	+ 1,4
Sachsen	25 552	23 000	22 564	566,9	526,8	520,6	- 11,7	- 1,9
Sachsen-Anhalt	17 806	14 574	14 305	661,9	568,1	564,1	- 19,7	- 1,8
Schleswig-Holstein	19 292	18 840	17 943	698,9	670,6	636,9	- 7,0	- 4,8
Thüringen	16 250	13 714	13 379	657,8	570,9	561,4	- 17,7	- 2,4
Deutschland	505 111	483 255	468 670	615,8	585,9	568,0	- 7,2	- 3,0
Westdeutschland	393 908	387 768	376 572	610,2	592,8	574,4	- 4,4	- 2,9
Ostdeutschland	111 203	95 487	92 098	636,6	559,6	543,1	- 17,2	- 3,5

Textteil II



Fortschrittsbericht (Kurzfassung), September 2004

2 Kurzfassung

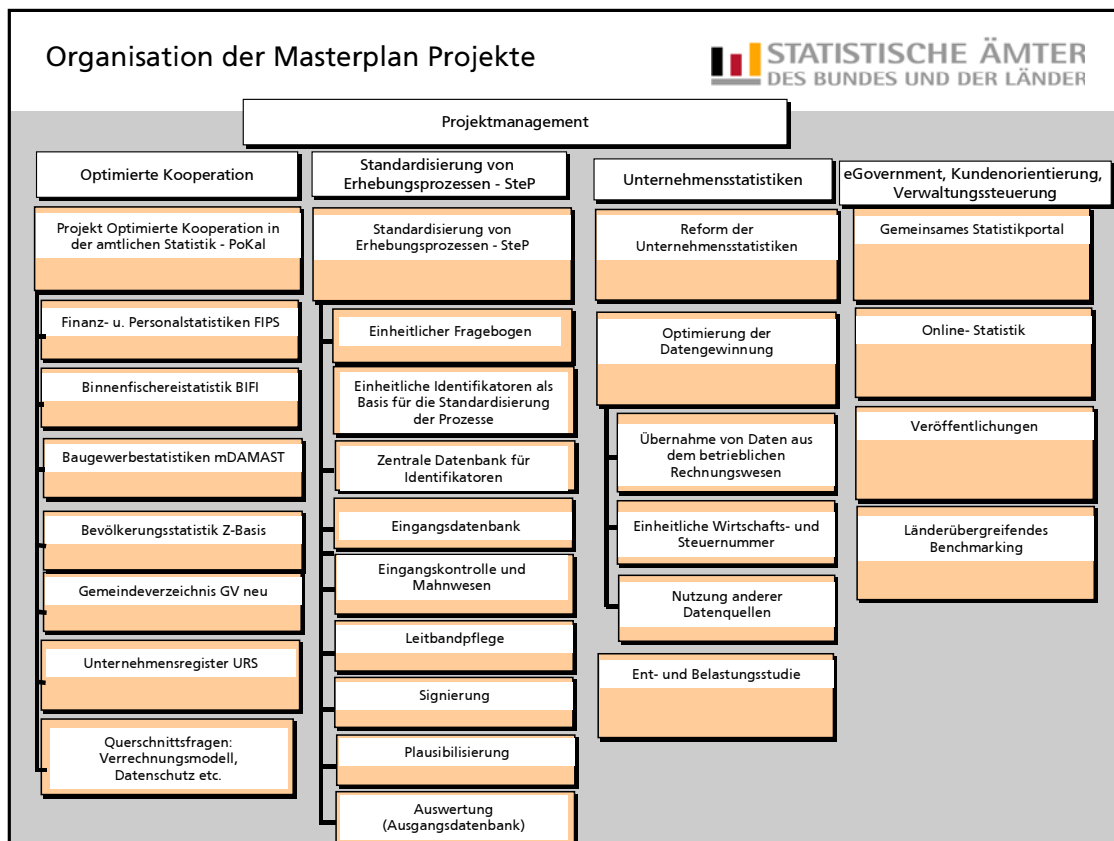
Die Amtsleiterinnen und Amtsleiter der Statistischen Ämter haben 2003 im Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik die Grundlagen für eine Reihe von Projekten beschrieben. Knappe Ressourcen und die Notwendigkeit, Bürger und Unternehmen von Statistikpflichten zu entlasten, waren Anlass nach neuen Wegen und Möglichkeiten zu suchen. So sollen durch Nutzung von Verwaltungsdaten und durch die Umstellung aller wesentlichen Wirtschaftsstatistiken auf Online-Verfahren bis hin zur Nutzung von Daten aus Systemen des betrieblichen Rechnungswesens für wirtschaftsstatistische Zwecke wesent-

liche Entlastungseffekte und Effizienzsteigerungen erzielt werden.

Als maßgebliche Ziele standen folgende Leitlinien im Vordergrund:

- Qualitätssteigerung der statistischen Produkte und Dienstleistungen,
- erhebliche und nachhaltige Verbesserung der Effizienz in den Produktionsprozessen,
- Steigerung der Zukunftsfähigkeit („Hochleistungsverwaltung“),
- Entlastung der Befragten.

Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik



Der Lenkungsausschuss „Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik“ wird gemäß Beschluss der Amtsleiterinnen und Amtsleiter des Bundes und der Länder mit der Vorlage dieses Fortschrittsberichts aufgelöst. Auf der Grundlage der inzwischen von den Amtsleiterinnen und Amtsleitern gefassten Beschlüsse zur Reform der Gremi-

enstruktur in der amtlichen Statistik werden die noch nicht abgeschlossenen Projekte in den thematisch neu abgegrenzten Ausschüssen der Amtsleiterkonferenz (ALK), nämlich im Ausschuss „Organisation und Umsetzung“ sowie im Ausschuss „Strategie und Marketing“ fortgeführt.

2.1 Optimierte Kooperation

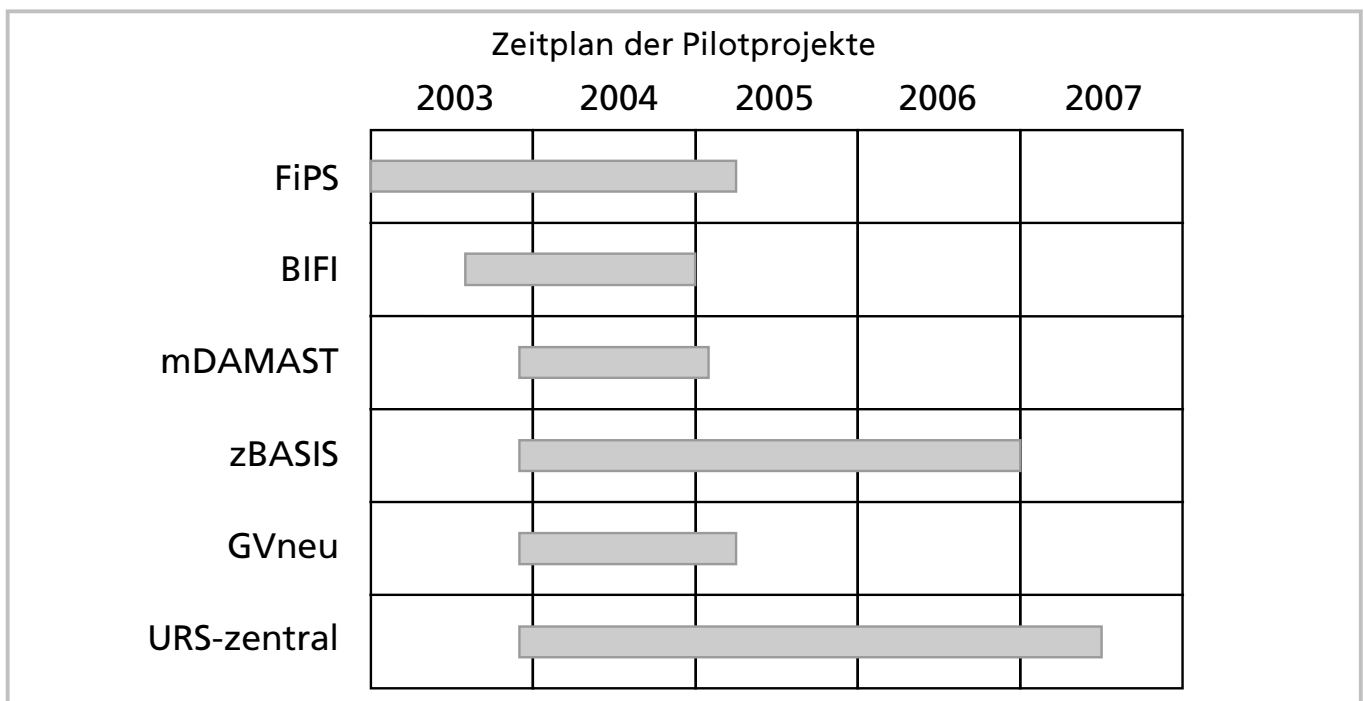
Die Amtsleiterinnen und Amtsleiter der Statistischen Ämter haben 2003 das „Projekt optimierte Kooperation der amtlichen Statistik“ (PoKal) initiiert, das insgesamt die optimierte Zusammenarbeit mit ihren administrativen und technischen Aspekten konzeptionell vorbereiten und an einigen Pilotanwendungen testen soll.

Optimierte Kooperation bedeutet aufgabenbezogene Konzentration von Arbeiten zur Aufbereitung von Statistiken: Ein Statistisches Amt erledigt als Aufbereitungszentrum im Rahmen der Statistikproduktion Arbeiten im Auftrag anderer Ämter. Dieses Aufbereitungszentrum übernimmt die Rolle eines Anbieters von IT-Leistungen im Verbund. Durch diesen Ansatz transformieren die statistischen Ämter ihre bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit in Gestalt des Programmierverbundes sowie in anderen Arbeitsbereichen zu einer betriebswirtschaftlich fundierten Kooperation auf dem gesamten Feld der Statistikproduktion. Sie schaffen damit eine Form der Zusammenarbeit im System einer föderal gegliederten Verwaltung, welche die bisher

identifizierten Defizite der Arbeitsteilung zwischen den Ländern und zwischen Bund und Ländern vermeidet.

In sechs Pilotprojekten werden zurzeit stufenweise unter Beteiligung von mehreren Ämtern für verschiedene Teilprozesse die neuen Konzepte eingeführt und getestet:

- Finanz- und Personalstatistiken [FiPS],
Leitung: LDS Brandenburg
- Binnenfischereistatistik [BIFI],
Leitung: LfStaD Bayern
- Baugewerbestatistiken [mDAMAST],
Leitung: StLA Baden-Württemberg
- Bevölkerungsstatistiken [zBASIS],
Leitung: StLA Mecklenburg-Vorpommern
- Gemeindeverzeichnis [GVneu],
Leitung: Statistisches Bundesamt
- Unternehmensregister [URS-zentral],
Leitung: Statistisches Bundesamt



Die Pilotprojekte dienen auch dazu, die organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu entwickeln bzw. weiter zu konkretisieren. Alle Pilotprojekte liegen derzeit hinsichtlich der angestrebten Meilensteine im Plan. Als erste Vorteile des neuen Modells bestätigten sich die Vereinfachung der Organisation und der Betreuung der Verfahren sowie der vereinfachte Betrieb. Die aufwendigen Verfahren zur Verteilung und zum Betrieb im Verbund wurden dadurch stark vereinfacht. Hier zeigen sich – insbesondere bei einem hohen Grad der Beteiligung – Rationalisierungspotenziale.

2.2 Standardisierung des Produktionsprozesses (SteP)

Die Statistischen Ämter sehen in der Standardisierung des Statistikproduktionsprozesses einen wesentlichen Beitrag zu mehr Wirtschaftlichkeit. Um zu einer weitgehenden Standardisierung zu gelangen, wurde von der Arbeitsgruppe ‚Standardisierung der Prozesse‘ (AG SteP) zunächst ein Gesamtprozessmodell beschrieben, das aus 21 Teilprozessen besteht. Für diese existieren im Verbund bislang noch keine einheitlichen Verfahren, die statistikübergreifend genutzt werden können. In die statistikspe-

zifischen Aufbereitungsprogramme werden bisher jeweils proprietäre Lösungen integriert. Ziel der Standardisierung ist es, dass die Teilprozesse, die in vielen amtlichen Statistiken in gleicher Weise oder zumindest sehr ähnlich ablaufen, durch statistikübergreifend einsetzbare IT-Verfahren bearbeitet werden können.

Von den 21 Teilprozessen wurden hinsichtlich der Standardisierungsmöglichkeiten und des Handlungsbedarfs für den Verbund sechs als prioritär erkannt. Einige Optimierungsmaßnahmen (z.B. Plausibilisierung) wurden bereits begonnen. Weitere Maßnahmen bedürfen eingehender Analyse und Diskussion, da sie massiv in die Arbeitsabläufe aller Ämter – allerdings in unterschiedlicher Art und Intensität – eingreifen werden. Darüber hinaus ist eine Einteilung der Statistiken in Statistikbereiche als Basis für die Standardisierung im Verbund erforderlich. Die Bildung weitgehend homogener Statistikbereiche soll es möglich machen, die Statistiken jeweils eines Bereiches durch einheitliche DV-Verfahren und -Werkzeuge zu unterstützen.

2.3 Unternehmensstatistiken

2.3.1 Reform der Unternehmensstatistiken

Das System der Unternehmensstatistik ist 30 Jahre nach seiner Einführung modernisierungsbedürftig. Dies ergibt sich insbesondere aus wachsenden Anforderungen von Seiten der Europäischen Union, aber auch auf nationaler Ebene von Seiten der Politik, der Wirtschaft sowie von Wissenschaft und Forschung stehen laufende Budgetkürzungen und schrumpfende Ressourcen in den statistischen Ämtern gegenüber. Die Wirtschaftsministerkonferenz hat 2004 u. a. eine Vereinfachung der Statistik und insbesondere eine Reduzierung der statistischen Belastung der Wirtschaft beschlossen. Ziel des Projektes Reform der Unternehmensstatistik soll es daher sein, unter Berücksichtigung des Datenbedarfs der Nutzer ein Konzept für ein weiterhin konsistentes System der Unternehmensstatistik zu entwickeln, das die termingerechte Bereitstellung fachlich und regional ausreichend tief gegliederter Ergebnisse leistet. Datenlücken sollen geschlossen, die Datenqualität gehalten, wenn möglich verbessert werden. Dabei sind aktuelle Rahmenbedingungen, wie die Verpflichtung zur Wirtschaftlichkeit der Datenerstellung, die politische Vorgabe zum Bürokratieabbau und zur Entlastung der Unternehmen von statistischen Auskunftspflichten zu berücksichtigen. Die Amtsleiterkonferenz hat im März 2004 zur Entwicklung eines Rahmenkonzeptes für das weitere Vorgehen eine interdisziplinäre Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt.

2.3.2 Optimierung der Datengewinnung

Erstmals ist es gelungen, die Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V. (AWV), namhafte Software-

firmen, Großunternehmen, mit den statistischen Ämtern in einer produktiven Kooperation zur Verbesserung der **Datenlieferung** an die amtliche Statistik zu verbinden. Diese gemeinsame Aktivität von Wirtschaft und Verwaltung befasst sich sowohl mit fachlich-definitorischen Fragen als auch mit Verfahrens- und DV-technischen Lösungen einer automatischen Gewinnung und Übermittlung von Unternehmensdaten an die amtliche Statistik. In der Lohnstatistik wurden fachliche und DV-technische Standards einer vollautomatisierten Datengewinnung und -übermittlung für die „Laufende Verdiensterhebung im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe“ sowie für die „Jahresverdiensterhebung“ vereinbart. Die in der Arbeitsgruppe vertretenen Softwarefirmen haben zugesagt, auf dieser Grundlage mit der Programmierung der Statistik-Module für eine unmittelbare Datenübernahme aus dem betrieblichen Rechnungswesen zu beginnen und Tests durchzuführen. Das Statistische Bundesamt hat bereits auf der CeBIT 2004 mit eSTATISTIK.core (Common Online Rawdata Entry) ein Konzept für ein einheitliches internet-basiertes Verfahren zur automatisierten Datengewinnung und -übermittlung in den Unternehmen vorgestellt. Ein Testzugang ist interessierten Unternehmen und Softwareherstellern für die „Laufende Verdiensterhebung“ bereits jetzt über das Statistik-Portal des Bundes und der Länder (www.statistik.portal.de) möglich. Nächstes Etappenziel ist die Durchführung einer Pilotanwendung für die „Laufende Verdiensterhebung“ zum Berichtsmonat Januar 2005. Das neue Verfahren der Datengewinnung und -übermittlung soll der Öffentlichkeit auf der CeBIT 2005 vorgestellt werden.

Mit der **bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer (bW)** soll in erster Linie eine Vereinfachung des Umgangs der Wirtschaft (Unternehmen, Freiberufler und Betriebe) mit der öffentlichen Verwaltung und zusätzlich der Verwaltungen untereinander erreicht werden. Voraussetzung hierzu ist, dass alle Behörden, die Geschäftsverkehr mit der Wirtschaft haben, diese Nummer und das dahinter stehende Vergabekonzept mittragen und die bW auch tatsächlich anwenden. Relevante Verwaltungen sind neben den Statistischen Ämtern in Bund und Ländern insbesondere die Steuerverwaltung mit den Oberfinanzdirektionen, dem Bundesamt für Finanzen (BfF) und den Finanzämtern, die Bundesagentur für Arbeit und ihre regionalen Niederlassungen, die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern und die Gewerbeämter in den Kommunen. Das Steueränderungsgesetz 2003 (StÄndG 2003) vom 15. Dezember 2003 hat eine Wirtschafts-Identifikationsnummer zur eindeutigen Identifizierung im Besteuerungsverfahren eingeführt. Die Vergabe und Führung der „Wirtschafts-Identifikationsnummer“ erfolgt durch das Bundesamt für Finanzen (BfF) und sollte als Basis für eine bundeseinheitliche Wirtschaftsnummer, welche die Verarbeitung der Verwaltungsdaten durch die amtliche Statistik erheblich erleichtern würde, dienen.

Im Projekt „**Nutzung anderer Datenquellen**“ wird untersucht, inwieweit eine Reduktion der Belastung der Unternehmen durch die Nutzung anderer Datenquellen erreicht werden kann. Derzeit erfolgt eine Konzentration auf die im Verwaltungsdatenverwendungsgesetz vorgesehene Untersuchung der Eignung von Umsatzdaten der Finanzverwaltung und Beschäftigendaten der Bundesagentur für Arbeit für konjunktur- und andere statistische Zwecke. Der erste entscheidende Meilenstein liegt im Frühjahr 2005. Dann muss spätestens eine Entscheidung getroffen werden, ob für die Konjunkturerhebung in den Dienstleistungsbereichen I und K für 2006 eine neue Rechtsgrundlage notwendig wird bzw. ob die europäische Konjunkturverordnung und der nationale Datenbedarf auf Bundes- und Länderebene auf der Basis von Verwaltungsdaten erfüllt werden können.

2.3.3 Studie zur Ent- und Belastung der Unternehmen

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit wird derzeit eine Studie angelegt über „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“. Die Statistischen Ämter erfragen im Rahmen dieser Studie bei allen Erhebungen im Jahre 2004 auf einem gesonderten Erhebungsbogen die Belastung durch Statistik. Die Erkenntnisse werden in Zusammenarbeit mit dem BMWA durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in ein umfassendes Gutachten einbezogen.

2.4 eGovernment, Kundenorientierung und Verwaltungssteuerung

2.4.1 Gemeinsames Statistikportal des Bundes und der Länder

Das Statistikportal des Bundes und der Länder (www.statistikportal.de) ist eines der am weitesten fortgeschrittenen, erfolgreichen DeutschlandOnline Projekte. Es enthält ein Standardangebot an Tabellen mit statistischen Informationen in identischer Form für alle Länder und den Bund, das dem Nutzer in einfacher Weise einen vergleichenden Überblick ermöglicht. Für individuelle Abfragen bietet es darüber hinaus den Zugang zu den GENESIS-online Datenbanken mit Daten für Bund und Länder sowie Regionalergebnissen aller Länder. Es vermittelt den Zugang zu den spezifischen und weiterführenden Informationsangeboten der statistischen Ämter, zu den Forschungsdatenzentren des Bundes und der Länder sowie zu den Online-Erhebungen für die Berichtspflichtigen. Es bietet außerdem eine Plattform für die gemeinsamen Veröffentlichungen des Bundes und der Länder sowie für individuelle Anfragen auf elektronischem Wege und nicht zuletzt für Rechtsgrundlagen und Klassifikationen, die der

amtlichen Statistik in Deutschland gemeinschaftlich zugrunde liegen.

2.4.2 Online-Statistiken / Interneterhebungen

Online-Erhebungen gehören seit einigen Jahren zum Instrumentarium der amtlichen Statistik, mit dem die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die Auskunftspflichtigen entlasten und die Erhebungs- und Aufbereitungsarbeiten in den Ämtern durch einen medien- und prozessbruchfreien Datenfluss effizienter gestalten. Bereits heute bieten viele Statistische Ämter eine nennenswerte Anzahl Online-Erhebungen an. Ziel des Masterplans ist, dieses Angebot flächendeckend auszudehnen. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wollen bis Ende 2005 23 Statistiken standardisiert online anbieten und dieses Kontingent bis 2007 auf 50 erhöhen. Sie haben dafür im Jahr 2004 die organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen geschaffen und auf der Basis der bisher gewonnenen Erfahrungen ein gemeinsames Verfahren (IDEV) entwickelt, welches ab Anfang 2005 die verschiedenen Pilot- und sonstigen Verfahren ablösen wird. Mit diesem Verfahren wird das Ziel des Masterplans, bis Ende 2005 23 Statistiken im Netz anzubieten, erreicht. Auch das Ziel, die gesamte „50er Liste“ bis Ende 2007 abzuarbeiten, ist nicht gefährdet. Eine Beschleunigung der Umsetzung ist mit den verfügbaren Ressourcen nicht möglich.

2.4.3 Veröffentlichungen

Wirtschaftlichkeit und Kundenorientierung sind die Ziele einer Umstellung auf Online-Publikationen. Beim Umstieg auf elektronische Veröffentlichungen und einer verstärkten digitalen Bereitstellung statistischer Daten handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess, der in allen Statistischen Ämtern stattfindet, wegen der sehr unterschiedlichen Kundenbeziehungen in den Ländern aber kein einheitliches Vorgehen zulässt. Im derzeitigen Übergangsstadium werden neben einer informationellen Grundversorgung im Netz in unterschiedlichem Umfang Printpublikationen angeboten.

2.4.4 Länderübergreifendes Benchmarking

Seit Beginn der Arbeit der AG Benchmarking im November 2002 konnten wichtige Fortschritte bei der Vorbereitung für ein Benchmarking erreicht werden. Alle Statistischen Landesämter (StLÄ) haben inzwischen eine Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) eingeführt oder sind dabei, diese einzuführen; 11 Ämter beteiligen sich derzeit an den Vorarbeiten für das geplante Benchmarking. Es ist erklärtes Ziel, dass sich alle Ämter künftig am Benchmarking beteiligen. Es wurden wichtige Fortschritte erzielt,

um die ämterübergreifende Vergleichbarkeit der Daten herzustellen, was angesichts der teilweise sehr unterschiedlichen länderspezifischen KLR-Systeme überaus schwierig ist. Seit Anfang 2004 erfolgen die Zeitanschreibungen der StLÄ bei vier kostenintensiven Statistiken (Mikrozensus, Wanderungsstatistik, Monatserhebung im Tourismus und Gewerbeanzeigenstatistik) auf einer abgestimmten Grundlage. Ein Benchmarking der vier genannten Statistiken mit den Jahresdaten für das Jahr 2004 wird im I. Quartal 2005 erfolgen. Es ist vorgesehen, ab dem Jahr 2005 weitere kostenintensive Statistiken in das Benchmarking einzubeziehen.